

Landtag von Baden-Württemberg

10. Sitzung 15. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 21. Juli 2011 • Haus des Landtags

Beginn: 9:31 Uhr Mittagspause: 13:29 bis 14:45 Uhr Schluss: 16:17 Uhr

INHALT

 Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2. Aktuelle Debatte – Stuttgart 21: Verkehrsminister auf Geisterfahrt? – beantragt von der Fraktion der CDU	
	Abg. Claus Schmiedel SPD	
15/61 (geänderte Fassung), 15/290c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu dem Antrag der Fraktion der CDU	3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Vierten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011 – Drucksache 15/300	
und der Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Die hohe Qualität in der Lehrerausbildung ist der Schlüssel für die erfolgreiche Förderung der Schülerinnen und Schüler – Drucksachen 15/62 (geänderte Fassung), 15/291	Minister Dr. Nils Schmid374, 386Abg. Peter Hauk CDU376Abg. Muhterem Aras GRÜNE379Abg. Klaus Maier SPD382Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP384Beschluss389	
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	4. Fragestunde – Drucksache 15/257	
Abg. Sabine Kurtz CDU	4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Paul Locherer CDU – Rechtliche Rahmenbedingungen für das angekündigte Umbruchverbot bei Grünland	
Beschluss	Schriftliche Antwort des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz 389	

4.2	Mündliche Anfrage des Abg. Volker Schebesta CDU – Realschulabschluss an Werkrealschulen	390 391 392 391	Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften – Drucksache 15/197
4.3	Mündliche Anfrage des Abg. Georg Wacker CDU – Größe der Einheitsschule	392	Abg. Andreas Stoch SPD
4.4	Abg. Georg Wacker CDU	393 6.	Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über einen Versorgungsfonds des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 15/206
	CDU – Persönlichkeitsschutz im Polizeivollzugsdienst Abg. Thomas Blenke CDU Minister Reinhold Gall Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU	394 395	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 402 Abg. Joachim Kößler CDU 403 Abg. Muhterem Aras GRÜNE 404 Abg. Klaus Maier SPD 405 Staatssekretär Ingo Rust 406
4.5	Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU – Fuhrparkmanagement der Ministerielfe harves in Beden Württernberg.	205	Beschluss
4.6	terialfahrzeuge in Baden-Württemberg	Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregie rung vom 22. Februar 2011 – Gesetz zur Ergän zung rundfunkrechtlicher Staatsverträge hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenent	Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. Februar 2011 – Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenent-
	buchämter		wicklung in den Jahren 2009 bis 2012 – Drucksachen 14/7657, 15/246
4.7	Mündliche Anfrage des Abg. Jürgen Filius GRÜNE – Einsatz der elektronischen Fußfessel in Baden-Württemberg	397	8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Mai 2011, Az.: 2 BvR 633/11 – Verfassungsbeschwerde gegen § 8 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 1, § 15 Abs. 1 Unterbringungsgesetz wegen der Zulässigkeit einer Zwangsmedikation
4.8	Schriftliche Antwort des Justizministeriums Mündliche Anfrage des Abg. Georg Wacker CDU – Abschaffung der Sonderkindergärten		
	Schriftliche Antwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport.		im Maßregelvollzug – Drucksache 15/199 Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschus-
4.9	Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Unterrichtsausfall durch Babypause junger Pädagogen, insbesondere bei naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern	397	ses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 21. Juni 2011 – Karlsruhe, Verkauf des landeseigenen Erbbaugrundstücks Haid-und-Neu-Straße 7 – Drucksachen 15/149, 15/218
	Schriftliche Antwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport.	10. 397	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft
4.10	Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Einstellung von Personal im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur mit der Qualifikation "Parkschützer" zurückgezogen (2000)	395)	vom 24. Juni 2011 – Heidelberg, Ausgabe eines Erbbaurechts für eine Teilfläche des landeseigenen Grundstücks Flurstück Nr. 5932, Gemarkung Heidelberg – Drucksachen 15/150, 15/219

- Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 11. November 2010 Ergebnisbericht 2010 Drucksachen 14/7150, 15/220
- 12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Juni 2008 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 Beitrag Nr. 6: Das Ökokonto als Lösungsansatz für Umsetzungsdefizite bei Straßenbau und Gewässerentwicklung Drucksachen 14/2934, 15/221
- 13. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Juni 2010 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 Beitrag Nr. 8: Fuhrparkmanagement bei den Regierungspräsidien Drucksachen 14/6503, 15/222
- 14. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Juni 2010 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 Beitrag Nr. 21: Neubau für den Höchstleistungsrechner der Universität Stuttgart Drucksachen 14/6526, 15/223
- 15. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2010 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2006 Beitrag Nr. 24: Haushaltsund Wirtschaftsführung eines in der Krankenversorgung tätigen Unternehmens Drucksachen 14/6572, 15/224
- 16. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Juni 2010 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 Beitrag Nr. 4: IuK-Ausfallvorsorge für Großschadensfälle Drucksachen 14/6671, 15/225

- 17. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 16. Juli 2010 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 Beitrag Nr. 15: Förderung von Vertragsforschungseinrichtungen Drucksachen 14/6688, 15/226
- 18. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 31. August 2010 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschriften des Rechnungshofs zu Landeshaushaltsrechnungen von Baden-Württemberg
 - a) Denkschrift 2008 für das Haushaltsjahr 2006 – Beitrag Nr. 15: Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem
 - b) Denkschrift 2007 für das Haushaltsjahr 2005 – Beitrag Nr. 22: Förderprogramme im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
 - Drucksachen 14/6871, 15/227
- Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Oktober 2010 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 Beitrag Nr. 10: Außerunterrichtliche Veranstaltungen der Gymnasien Drucksachen 14/7057, 15/228
- 20. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 1. Juli 2011 Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlungen des Untersuchungsausschusses "Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten" Empfehlungen zum Bereich der Polizei: Nachbereitung des Polizeieinsatzes Drucksachen 15/185, 15/200
- 21. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. Mai 2011 Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß § 23 a Abs. 9 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation Drucksachen 15/10, 15/203

- 22. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2011 Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Zweiten Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten Drucksachen 15/163, 15/204
- 23. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 12. Juli 2011 Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für

Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts – Drucksachen 15/202, 15/243

24. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2011 – Information über die Stresstests für Atomkraftwerke in der Europäischen Union – Drucksachen 15/176, 15/244
Beschluss zu den gemeinsam aufgerufenen Tagesordnungspunkten 7 bis 24
25. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/212, 15/213, 15/214, 15/215 410
Beschluss
Nächste Sitzung

Protokoll

über die 10. Sitzung vom 21. Juli 2011

Beginn: 9:31 Uhr

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 10. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg. Ich darf Sie alle herzlich begrüßen.

Krankgemeldet ist Herr Abg. Schwehr.

Dienstlich verhindert sind Herr Ministerpräsident Kretschmann ab 12:30 Uhr, Herr Minister Bonde und Frau Staatsrätin Erler ganztägig.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

- a) Aktuelle Debatte Qualität der Lehrerausbildung nicht antasten – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP
- b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag der Fraktion der CDU und der Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Die Lehrerausbildung muss den Bedürfnissen des differenzierten Schulwesens entsprechen – Drucksachen 15/61 (geänderte Fassung), 15/290

Berichterstatter: Abg. Klaus Käppeler

 c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu dem Antrag der Fraktion der CDU und der Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Die hohe Qualität in der Lehrerausbildung ist der Schlüssel für die erfolgreiche Förderung der Schülerinnen und Schüler – Drucksachen 15/62 (geänderte Fassung), 15/291

Berichterstatterin: Abg. Helen Heberer

Ich darf zur Aktuellen Debatte noch einmal sagen, was Ihnen bereits bekannt ist: Festgelegt ist eine Gesamtredezeit für die Fraktionen von 40 Minuten, für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen jeweils fünf Minuten und weitere fünf Minuten in der zweiten Runde. Die Redezeit einer Fraktion kann auch insgesamt in Anspruch genommen werden. Entsprechend der Geschäftsordnung soll in freier Rede gesprochen werden.

Die Aktuelle Debatte wurde von der FDP/DVP-Fraktion beantragt. Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Kern, bitte

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! In unserer gestrigen Debatte über die Bil-

dungspolitik wurde deutlich, dass wir uns allzu schnell in Strukturdiskussionen verfangen und dabei die Qualität der Bildung aus dem Auge verlieren. Dabei ist die Qualität der Schlüssel zu folgender bildungspolitischer Leitfrage: Wie können wir den einzelnen Schüler mit all seinen Fähigkeiten und Neigungen, aber auch mit seinen Defiziten und Grenzen am besten fördern?

Die Qualität des Unterrichts hängt ganz wesentlich vom Lehrer ab. In der vergangenen Legislaturperiode hat die Landesregierung die Lehrerbildung in Baden-Württemberg deshalb neu geordnet und für die aktuellen Herausforderungen fit gemacht. Gut drei Jahre hat es gedauert, bis im Dialog mit allen an der Lehrerausbildung Beteiligten die neuen Lehramtsprüfungsordnungen erarbeitet waren, die Sie, Frau Ministerin Warminski-Leitheußer, als eine Ihrer ersten Amtshandlungen als neue Kultusministerin unterzeichnet haben.

Schon zuvor, im Jahr 2009, war die Gymnasiallehrerprüfungsordnung novelliert worden. Neu eingerichtet wurden ein eigenständiger Studiengang für die Grundschullehrerausbildung, ein eigener Studiengang für die angehenden Haupt-, Werkreal- und Realschullehrer und der erweiterte Studiengang Sonderpädagogik.

Einen besonderen Wert haben wir Liberalen vor allem darauf gelegt, dass die Studiengänge einen ausreichenden Zeitrahmen umfassen, damit eine fundierte Ausbildung stattfinden kann. Bei all dem war uns Liberalen wichtig, den fachwissenschaftlichen Gehalt der Lehrerausbildung nicht zu schmälern und gleichzeitig den pädagogischen und vor allem den fachdidaktischen und praktischen Anteil zu stärken. Denn nur, wenn ein Lehrer für sein Fach begeistert ist, wird der Funke auf die Schüler überspringen.

Gleichermaßen muss ein Bezug zu den Schülern und zur Vermittlung des Fachlichen vorhanden sein. Das Schulpraxissemester ist inzwischen integraler Bestandteil aller Lehramtsstudiengänge und wurde durch ein Orientierungspraktikum vor Beginn des Studiums ergänzt.

Warum erläutere ich dies am Anfang so ausführlich? Ich tue das, um Ihr Bewusstsein, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfraktionen, dafür zu schärfen, welche Vorüberlegungen für die Lehrerausbildung schon bislang angestellt wurden und wie viel Erfahrungswissen und Kompetenz der Fachleute in die Prüfungsordnungen eingeflossen sind. Da ist ein rundum gelungener Rahmen für eine fundierte Lehrerausbildung entstanden, der zugleich umfangreiche Differenzierungs-, Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet.

(Dr. Timm Kern)

Meiner Fraktion und mir scheint es also nötig zu sein, dies noch einmal ausdrücklich hervorzuheben, da mich einige Äußerungen – insbesondere von Ihnen, Frau Ministerin Bauer – sehr besorgt gestimmt haben. Am 20. Mai, also fast zeitgleich mit der Unterzeichnung der Prüfungsordnungen durch Ihre Kollegin aus dem Kultusressort, äußerten Sie gegenüber der dpa – ich zitiere –:

Didaktische und diagnostische Fragen müssen auch in der Gymnasiallehrerausbildung eine größere Rolle spielen

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlig richtig, Herr Kollege!)

Quasi im selben Atemzug sagten Sie mit Blick auf die Besoldung der Gymnasiallehrer – ich zitiere –:

Aus der Art der Hochschule, an der ein Studium absolviert wurde, ist keine bestimmte Besoldungshöhe abzuleiten.

Sehr verehrte Frau Ministerin Bauer, was soll man nun aus diesen Äußerungen schlussfolgern? Im besten Fall kann man vielleicht daraus schlussfolgern, dass Sie die Gymnasiallehrerprüfungsordnung, nach der bereits studiert wird, nicht zur Kenntnis genommen haben. Pädagogik, Fachdidaktik und Schulpraxis werden doch in der Gymnasiallehrerausbildung erheblich gestärkt. Die neue Prüfungsordnung sieht vor, dass die zukünftigen Gymnasiallehrer ihre Studienleistungen im Bereich Pädagogik auch an Pädagogischen Hochschulen absolvieren können. Hierzu laufen sogar mehrere Kooperationsprojekte zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen oder Seminaren.

Oder reicht Ihnen das nicht aus? Dann bitte ich aber heute um eine Erklärung, Frau Ministerin, welche Änderungen in den Prüfungsordnungen Ihrerseits konkret geplant sind.

Wir von der FDP/DVP sind im Übrigen nicht der Meinung, dass die Gymnasiallehrerausbildung weg von den Universitäten hin zu den PHs sollte. Wir haben nicht nur ein differenziertes Schulwesen, sondern auch eine differenzierte und vielfältige Hochschullandschaft in Baden-Württemberg, in der jede Hochschulart ihre besonderen Profile und Stärken besitzt.

Die Pädagogischen Hochschulen haben ihren Schwerpunkt im Bereich der Pädagogik, die Universitäten haben ihn im Bereich der Fachwissenschaft. Die Stärken beider Hochschularten gilt es für die Lehrerausbildung bestmöglich zu nutzen.

Bei der Ausbildung der angehenden Lehrer an den Grund-, Haupt-, Werkreal- und Realschulen sowie bei der Ausbildung der Sonderpädagogen liegt der Schwerpunkt entsprechend dem späteren Einsatz auf der Pädagogik. Hier haben die PHs langjährige Erfahrungen gesammelt und eine besondere Kompetenz entwickelt.

Dass aber ein Lehrer, der in der Oberstufe unterrichtet, den Schwerpunkt seiner Ausbildung im fachwissenschaftlichen Bereich haben sollte, finde ich umgekehrt ebenso selbstverständlich; dies gilt übrigens für die Lehrer an beruflichen Gymnasien und Berufsoberschulen in gleicher Weise.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Leider fürchte ich, Frau Ministerin Bauer, dass es Ihnen um etwas anderes geht. Es ist doch erstaunlich, dass Sie ausschließlich die Gymnasiallehrerausbildung in den Blick nehmen und schlechtreden. Dass Sie zugleich die Besoldung der Lehrer ansprechen und beteuern, es gehe nicht um eine Anpassung der Gehälter nach unten, ist doch sehr verräterisch. Würde es Ihnen darum gehen, die Grund-, Haupt-, Werkrealund Realschullehrer besserzustellen, müssten Sie Vorschläge für eine bessere Besoldung oder für mehr Beförderungsmöglichkeiten dieser Lehrergruppen machen.

Dahinter steckt offensichtlich etwas Grundsätzliches. Das geht aus den Stellungnahmen zu den Anträgen der CDU hervor. Es ist Ihnen ein Dorn im Auge, dass nicht nur das Schulwesen in Baden-Württemberg differenziert und vielfältig ist, sondern auch die dementsprechende Lehrerausbildung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch da wollen sie den Einheitsbrei!)

Dies finde ich überaus beunruhigend. Wir Liberalen sind der Ansicht, dass ein vielfältiges und differenziertes Bildungswesen für den Einzelnen die besten Förderungs- und Entwicklungsmöglichkeiten bietet und damit die besten Ergebnisse hervorbringt. Wer Qualität will, muss Differenzierung und Vielfalt zulassen. Das gilt sowohl für jeden einzelnen Schüler als auch für jeden Lehrer und für das Bildungswesen insgesamt.

Wir von der Fraktion der FDP/DVP fordern Sie, Frau Ministerin Bauer, deshalb auf: Lassen Sie um der Qualität willen Differenzierung und Vielfalt in der Lehrerbildung zu, und erkennen Sie, wie es die Frau Kultusministerin bereits getan hat, die in Kraft gesetzten Prüfungsordnungen an. Diese ständig wieder infrage zu stellen schafft ohne Not Unsicherheit bei den Betroffenen, nämlich bei den Lehramtsstudenten und den Hochschullehrern.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Verlässliche und praxistaugliche Rahmenbedingungen für das Bildungswesen zu schaffen, das ist die Politik den Bildungsnehmern und -einrichtungen schuldig. Nicht mehr sollten wir tun, aber auch nicht weniger.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Willi Stächele: In der Debatte erteile ich Frau Abg. Kurtz von der CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Koalitionsvertrag von Grünen und SPD, die die neue Regierung bilden, steht:

Wir wollen die Lehrerausbildung auf die neue Lehr- und Lernkultur ausrichten und streben an, die schulartbezogene Ausbildung zugunsten des Stufenlehramts zu überwinden.

Eigentlich ist das eine klare Ansage, aber trotzdem wissen wir nicht genau, was die Regierung vorhat, und wir alle stochern ziemlich im Nebel. (Sabine Kurtz)

Frau Ministerin Bauer hat sich ziemlich früh ziemlich weit aus der Deckung gewagt und sich in einer Weise geäußert, dass man sie eigentlich so verstehen konnte, als wolle sie die Ausbildung der Gymnasiallehrer von den Universitäten weg an die Pädagogischen Hochschulen verlagern. Frau Warminski-Leitheußer hat dem widersprochen, um sich dann aber in einer von Herrn Dr. Kern schon zitierten Pressemitteilung vom 9. Juni ähnlich zu äußern. Es ist also alles noch ziemlich unklar, und das hat für Irritationen im ganzen Land gesorgt. Denn, meine Damen und Herren, das wäre die Abschaffung des Gymnasiums durch die Hintertür.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Regierung hat zwar versprochen, dass sie die Gesamtschule nicht par ordre du mufti einrichten will, sondern nur dort, wo die Schulträger dies wünschen. Aber was wird dann aus unserem Gymnasium, wenn es keine Gymnasiallehrer mehr gibt? Das Gymnasium wird ausgetrocknet, es wird klammheimlich von der Bildfläche verschwinden.

In der gestrigen Regierungsbefragung haben Sie zwar eine Art Bestandsgarantie für das Gymnasium gegeben, aber die Frage ist schon: Von welcher Art Gymnasium sprechen wir eigentlich? Ein "Aufsetzer" von zwei bis drei Jahren ist jedenfalls nicht das Gymnasium, das sich die CDU-Fraktion vorstellt und das wir für Baden-Württemberg für richtig halten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn es keine gut ausgebildeten, fachlich wirklich hoch qualifizierten Lehrer mehr gibt, dann ist das nicht mehr das Gymnasium, das wir uns vorstellen. Das allein wäre schon schlimm genug für unser Land. Es wäre aber auch, meine Damen und Herren, eine Katastrophe für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn wir brauchen Schulabgänger – da müssten wir uns eigentlich alle einig sein –, die bereit und in der Lage sowie befähigt sind, an den Universitäten Studienfächer zu wählen, die komplex und kompliziert sind, Schulabgänger, die bereit sind, sich Spezialwissen anzueignen und ihre Leistungskraft später in den Dienst von Wirtschaft und Gesellschaft zu stellen. Dazu brauchen wir Lehrer, die selbst die Luft an Universitäten geschnuppert haben, die selbst wissen, welche Ansprüche an den Universitäten – z. B. in den Fächern Mathematik, Physik oder auch Geschichte – gestellt werden, die die Breite und die Tiefe eines Faches ermessen können und junge Menschen darauf vorbereiten.

Eines muss man auch betonen: Die Pädagogischen Hochschulen bestreiten überhaupt nicht, dass diese tief gehende Fachlichkeit nur an den Universitäten vermittelt werden kann. Sie haben ihre Kompetenzen und ihre Qualifikationen auf ganz anderem Gebiet.

Die CDU ist wirklich der Meinung, meine Damen und Herren: Der Stufenlehrer, der Ihnen vorschwebt, schafft das nicht. Das ist eine Art Einheitslehrer. Er ist ausschließlich am Alter der Kinder orientiert. Jeder, der selbst ein bisschen Erfahrung

mit Kindern hat, weiß, dass das Alter ein sehr grobmaschiges Differenzierungsmerkmal ist. Es reicht ganz gewiss nicht aus, um das zu leisten, was auch Sie immer – zumindest als Lippenbekenntnis – fordern und was wir aus tiefster Überzeugung fordern, nämlich die individuelle Förderung der Kinder. Das geht mit einem Einheitslehrer nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich selbst fand sehr beeindruckend, was wir als Schulausschuss in Frankreich gehört haben. Der Schulausschuss hat in der letzten Legislaturperiode eine Reise nach Marseille unternommen.

(Unruhe bei den Grünen)

Die Lehrer an einem Collège, das wir besuchten, an dem Schüler bis zum Alter von 14, 15 Jahren gemeinsam unterrichtet werden, haben sehr eindrücklich gesagt: Ab dem Alter von zehn Jahren fächern sich die Begabungen und die Fähigkeiten auf, da differenziert sich die Schülerschaft aus. Das bekommen Sie nicht mehr unter einen Hut.

Deshalb sind wir wirklich der Meinung: Man muss an der Gymnasiallehrerausbildung festhalten. Ich kann vor diesem Einheitslehrer in unserem Land nur warnen.

Meine Damen und Herren, das heißt nicht, dass nicht auch die CDU der Meinung ist, dass die Lehrerausbildung verbesserungsfähig und -bedürftig ist.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Wir hatten die Prüfungsordnungen bereits verändert. Herr Dr. Kern hat es schon angesprochen. Als eine Ihrer ersten Amtshandlungen, Frau Ministerin, haben Sie das übernommen. Das heißt, Sie fanden das gut.

Dass wir auch die Gymnasiallehrerausbildung schon stark verändert haben, ist ebenfalls angesprochen worden. Es ist keine Erfindung der neuen Regierung, wenn hier mehr Didaktik und Pädagogik, mehr Erziehungswissenschaft und Praxiserfahrung sowie mehr Kompetenz für die Diagnose und die Beratung auch der Elternschaft gefordert werden. Die Frage ist doch nur: Wie kann das gelingen? Da sind wir wirklich gespannt und erwarten Antworten von Ihnen.

Minister Frankenberg hat sich in der letzten Legislaturperiode schon ziemlich gut auf den Weg gemacht. Es gibt Modellprojekte. Ich erinnere nur an die Kooperation der Pädagogischen Hochschule Freiburg mit der Universität Konstanz.

(Zuruf: Eben!)

Man fragt sich natürlich, warum diese Kooperation nicht mit der Universität Freiburg stattfindet. Da gibt es sogar eine Stadtbahnverbindung. Ich erinnere auch an die Kooperation der PH Ludwigsburg mit der Universität Stuttgart; die davon Betroffenen haben es wenigstens etwas näher. Aber an diesen Beispielen sehen Sie schon, dass es da noch hakt.

Ich kann Ihnen wirklich nur empfehlen: Hören Sie hin, hören Sie ins Land hinein, und sagen Sie uns, wie Sie zu einer besseren Vernetzung dieser beiden Hochschularten kommen wol-

(Sabine Kurtz)

len. Das müssen Sie jetzt vorantreiben. Dazu braucht es Anreize und gute Konzepte.

Aber einfach die Gymnasiallehrerausbildung von den Universitäten wegzuverlagern und sie an den Pädagogischen Hochschulen anzusiedeln, macht keinen Sinn. Da bleibt viel zu viel auf der Strecke: die individuelle Förderung, die Fachlichkeit, die Fachdidaktik und, meine Damen und Herren, neben dem Fördern auch das Fordern, das Fordern von Leistungen und das Weiterentwickeln von Begabungen.

Die CDU kann Sie also nur auffordern, sich zusammenzusetzen und konstruktiv miteinander zu arbeiten. Denn nur gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer machen einen guten Unterricht. Nur so geht gute Schule. Davon sind wir überzeugt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Willi Stächele: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich nun Herrn Abg. Lehmann das Wort.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Frau Kurtz, Herr Dr. Kern, die bildungspolitischen Debatten in dieser Legislaturperiode –

(Abg. Georg Wacker CDU: Nehmen zu!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So viel Wertschätzung für den Präsidenten!)

 Entschuldigung. Ich wollte nur sehen, ob Sie aufmerksam sind.

(Heiterkeit)

Präsident Willi Stächele: Das Präsidium ist immer aufmerksam.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Vielen Dank. – Die Debatten muten doch sehr seltsam an. Ich habe mir den Antrag Drucksache 15/61 durchgelesen und auch die Überschrift zur Kenntnis genommen, in der von den "Bedürfnissen des differenzierten Schulwesens" die Rede ist. Was haben Sie denn in der letzten Legislaturperiode gemacht? Wir haben die Novellierung der Lehrerausbildung doch bereits vollzogen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Stufenlehrer!)

Sie haben sich bezüglich der Lehrerausbildung doch schon von dem dreigliedrigen Schulsystem verabschiedet.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Sie haben Hauptschul-, Werkrealschul- und Realschullehrer in eine gemeinsame Ausbildung gebracht. Das haben Sie gemacht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Und das war gut so!)

Frau Kurtz, eine Kooperation der Universität Konstanz mit der PH Freiburg, die Sie angesprochen haben, gibt es bereits;

hier werden eben beide Dinge gemacht. Wir benötigen die hohe Fachlichkeit in der Lehrerausbildung, aber sehr wohl auch eine hohe Praxisorientierung, eine sehr große Nähe zu dem, worum es in diesem Beruf eigentlich geht. All das haben Sie doch auch schon eingeleitet. Sie haben in Ihrer Antragsbegründung als letzten Satz geschrieben – deswegen wundert mich dieser Antrag –, dass es darum geht, die Lehrerausbildung vor dem Hintergrund der veränderten Realitäten behutsam weiterzuentwickeln. Genau das werden wir machen – genau das!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie müssen endlich zur Kenntnis nehmen – Sie werden derzeit in der Bildungspolitik auch ein bisschen von der Bundes-CDU überrollt –:

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja!)

Der Abschied von dem dreigliedrigen Schulsystem ist eingeleitet, und die Letzten, die sich noch dagegen wehren, sind Sie hier in Baden-Württemberg und noch einige in Bayern.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist auch die Bildungselite!)

Sonst will das niemand mehr. Herr Professor Baumert, der Ihnen bereits ein Gutachten vorgelegt hat, hat Ihnen in diesem Jahr zur Kenntnis gebracht, dass lediglich noch 3 % der Eltern, die Kinder im vierten Grundschuljahr haben, sagen, sie stellten sich für ihre Kinder den Hauptschulabschluss vor. 3 %! Hier müssen Sie doch endlich einmal die Realität anerkennen und sich fragen: Was wollen die Eltern? Wie hat sich die Gesellschaft verändert?

Hier müssen Sie wirklich mit offenen Augen durch die Schulen gehen. In Gymnasien sind heute eben keine homogenen Gruppen mehr. Wir haben heute die Situation – das haben Sie selbst immer wieder betont –, dass jedes dritte Abitur an einem beruflichen Gymnasium abgelegt wird. Woher kommen die Schüler? Sie sind zuvor den Weg über die Werkrealschule oder über die Realschule gegangen, und im Anschluss machen sie ihr Abitur am beruflichen Gymnasium.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dann müssen Sie doch auch einmal als Realität anerkennen, dass es in der Sekundarstufe eine einheitliche Ausbildung geben soll. Warum soll diese Ausbildung schlechter sein, wenn jemand über den Bildungsweg der Realschule zum Abitur kommt? Das ist heute, wie gesagt, bei jedem dritten Abiturienten so.

Deswegen muss hier – wir werden dies auch machen – eine Anpassung an diese veränderte Realität erfolgen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Bertelsmann Stiftung hat jetzt eine Umfrage durchgeführt. Die Ergebnisse haben Sie sicherlich auch zur Kenntnis genommen: Zwei Drittel der Befragten in Baden-Württemberg monieren das frühe Aussortieren der Kinder. Sie aber sagen: "Das differenzierte Schulsystem muss bleiben." Die Hauptschule muss bleiben, obwohl sie eigentlich niemand mehr will.

(Siegfried Lehmann)

Dann noch eines: Ich habe gestern in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen sehr guten Kommentar gelesen; den kann ich Ihnen zum Schluss nicht ersparen. Wahrscheinlich haben Sie ihn auch gelesen. Die Überschrift lautet: "Lebenslüge".

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Nicht alles, was in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung steht, ist gut!)

Dieser Artikel bezieht sich darauf, dass auch in Baden-Württemberg mittlerweile die Hälfte eines Jahrgangs die Hochschulreife erlangt – die Hälfte! –, und zwar über berufliche oder allgemeine Gymnasien. Ich zitiere:

Hier offenbart sich die Leistungslüge nicht weniger Konservativer: Man beklagte stets, die Haupt- und die Realschule würden schlechtgeredet, ist aber nie auf die Idee gekommen, im Falle entsprechender Leistungen und Lehrerempfehlungen die eigenen Kinder auf ebenjene Schulen zu lassen. Dass man ein mehrgliedriges, angeblich leistungsorientiertes System, das man selbst vehement fordert, auch vorleben muss – eine unerhörte Vorstellung für die selbsternannte Elite. Das Gymnasium ist die neue Einheitsschule, welche die CDU jetzt in Nordrhein-Westfalen verhindert haben will.

Genau das ist der Punkt. Sie müssen endlich akzeptieren, dass sich die Welt und die Gesellschaft verändert haben

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Können Sie mir den Zusammenhang erklären? Ich verstehe das nicht!)

und dass die Anforderungen an individuelles Lernen auch im Mittelpunkt der Ausbildung stehen müssen. Heterogenität besteht heute an allen Schularten.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das stimmt! Ja!)

Deshalb brauchen wir dringend eine Reform und nicht eine Rückbesinnung auf Dinge, die heute nicht mehr haltbar sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und jeder macht zukünftig das Abitur? Und dann soll jeder glücklich sein?)

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jeder macht zukünftig Abitur, und dann sind alle glücklich?)

Präsident Willi Stächele: Für die SPD-Fraktion erteile ich nun Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man als Praktiker manchen Debatten hier zuhört, wundert man sich manchmal über zwei, drei Dinge.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben Sie recht!)

Ich frage mich immer wieder: Was muss denn tatsächlich im Fokus unserer Auseinandersetzung stehen? Dabei möchte ich gar nicht in Abrede stellen, dass es in letzter Zeit mit den Reformen, die noch von der Vorgängerregierung angeleiert worden sind, Schritte in die richtige Richtung gibt.

Aber es ist, glaube ich, unbestritten: Wir haben tatsächlich einen starken Anpassungsdruck, dem wir alle uns unterwerfen müssen. Das gilt insbesondere auch für den Lehrerberuf.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Anpassung um der Anpassung willen!)

Da geht es um Fachwissen, um Medien, um Methodik. Überhaupt niemand stellt die Qualität der Ausbildung in Abrede, schon gar nicht im Hinblick auf die Gymnasien. Aber es gibt Anpassungsleistungen, die in allen Schularten vollzogen werden müssen.

Allerdings müssen wir mit Blick auf die Praxis auch feststellen – das habe ich in letzter Zeit als Berufsschullehrer immer wieder erlebt –, dass Kinder allzu oft durch das Raster fallen, dass Defizite zu selten erkannt werden und dass keine konsequenten Schlüsse gezogen und keine geeigneten Maßnahmen ergriffen werden. Leider wird auch viel zu häufig § 90 des Schulgesetzes herangezogen, um über disziplinarische Maßnahmen ein Problem aus dem Weg zu räumen. Dieses Vorgehen nach dem Motto "Aus den Augen, aus dem Sinn" hat weitreichende Folgen. Es hat menschlich weitreichende Folgen, und es hat gesellschaftliche Folgen. Das sieht man, wenn man als Kommunalpolitiker die vorhin angesprochenen Kinder später als Leistungsempfänger im Sozialetat wiederfindet.

Folgerichtig haben Grüne und SPD, die die neue Landesregierung bilden, an zentraler Stelle im Koalitionsvertrag vereinbart, der Lehrerbildung neue Impulse zu geben. Diagnostik und individuell ausgerichtete Förderung müssen noch stärker in den Fokus treten. Hochbegabung oder Symptome wie ADHS, LRS, Dyskalkulie müssen schneller und besser erkannt werden, und die richtigen Maßnahmen müssen ergriffen werden. Denn wir müssen endlich – das ist meine volle Überzeugung – viel nachhaltiger unserer Verantwortung dafür gerecht werden, dass kein Kind verloren geht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Als Lehrkraft steht man häufig in einer Situation, in der man manches möglicherweise zu spät erkennt und mit einer Problematik konfrontiert wird, für die man nicht ausgebildet ist. Hier muss sich dringend etwas ändern. Zielgerichtete Förderung ist die Aufgabe unserer Zeit. Sie muss eine zentrale Schlüsselkompetenz jeder Lehrkraft sein, und zwar unabhängig vom späteren Einsatzort. Dies gilt für alle Schularten. Wir müssen meines Erachtens viel stärker auf die jeweilige Altersstufe der Schülerinnen und Schüler eingehen. So stellen Kinder im Grundschulalter andere Anforderungen als Jugendliche in der Pubertät. Der Blick auf die Altersstufe gilt unabhängig davon, ob die Schüler in der Hauptschule, in der Realschule oder im Gymnasium sind.

(Abg. Werner Raab CDU: So ist es!)

Belastungen treten nicht zuletzt auch infolge sozialer Stresssituationen auf. Da haben wir als Lehrkräfte zurzeit das auszubaden, was in der Vergangenheit versäumt wurde. G-8-Druck, Perspektivlosigkeit von Hauptschülern oder auch übervolle Realschulen haben hier Spuren hinterlassen.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Deswegen hat sich die neue Landesregierung zum Ziel gesetzt, strukturelle Veränderungen vorzunehmen. Auch hier wird im Rahmen der Lehrerausbildung reagiert werden müssen.

Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Stichworte für Aufgaben, die wir abzuarbeiten haben, etwa die Evaluationskompetenz oder das nachhaltige Vorbeugen, damit es nicht zu Praxisschocks kommt. Praktika sind zwar ein wichtiges Moment, aber wir werden hier auch noch darüber diskutieren müssen, wie viel Zeit während des Studiums hierfür investiert werden muss.

Die neue Landesregierung hat einen hohen Anspruch. Es geht um eine neue Lehr- und Lernkultur, um eine deutliche Professionalisierung der individuellen Förderung. Dies wollen wir in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen, den Gewerkschaften und den Verbänden angehen. Unser Schulwesen wird neue Impulse erfahren. Ich habe mich sehr gefreut, dass mittlerweile selbst die CDU in Nordrhein-Westfalen bereit ist, neue Ansätze mitzuverfolgen, denn das ist der richtige Schritt heraus aus der Ideologie.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Genau das hat mich hier als jemanden, der neu in ein Parlament kommt und Erwartungen an eine Diskussionskultur und an eine Kultur der Zusammenarbeit hat, in letzter Zeit am meisten gestört: Der ideologische Kampfbegriff des Einheitslehrers hilft an dieser Stelle nicht nur nicht weiter, sondern er ist auch Ausdruck einer völligen Fehleinschätzung des Berufs Lehrer.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Denn Lehrkraft zu sein bedeutet per se, Vielfalt zu praktizieren – im Inhalt, im Umgang mit Menschen, in der Vielzahl der zu beherrschenden Methoden. Die Illusion, dass unterschiedliche Schularten zu homogenen Schülergruppen führen, kann Ihnen jeder Praktiker und können Ihnen vor allem auch die wissenschaftlichen Ergebnisse nehmen. Nicht wir, sondern Sie werfen alle in einen Topf und vernachlässigen völlig die pädagogische Realität. Das ist meines Erachtens auch ein Ausdruck mangelnder Wertschätzung. Wir empfinden diese Wertschätzung und werden diesen wunderbaren Beruf weiterentwickeln, und die Qualität und das Kind werden weiterhin im Mittelpunkt stehen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Georg Wacker CDU: Am Anfang Ihrer Rede waren Sie gut, dann ging es bergab!)

Präsident Willi Stächele: Das Wort hat jetzt die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Warminski-Leitheußer.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, es geht uns darum – da sind Frau Kollegin Bauer und ich uns absolut einig –, den Lehrerberuf sowie die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land weiterzuentwickeln. Das ist nichts Neues. Ich bin Ihnen sehr dankbar, Frau Kurtz, dass Sie gerade betont haben, dass wir im Grunde genommen alle gemeinsam erkannt haben, dass sich die Welt verändert hat, dass sich die Anforderungen für Schülerinnen und Schüler verändert haben

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

und dass wir deshalb die Lehr- und Lernkultur an den Schulen weiterentwickeln wollen und die Lehrerinnen und Lehrer mit einer verbesserten Ausbildung unterstützen wollen. Ich denke, in dieser Frage sind wir uns glücklicherweise einig.

Ja, ich habe gleich an meinem zweiten Amtstag die gemeinsame Prüfungsordnung für die Ausbildung der Realschul-, der Werkrealschul- und der Hauptschullehrerinnen und -lehrer unterschrieben, weil diese schon der erste Schritt in die richtige Richtung ist. Wir haben in dieser Prüfungsordnung zwar aus meiner Sicht nicht das Optimum festgeschrieben, aber es geht schon um eine deutlich stärkere Betonung der praktischen Orientierung im Hinblick auf den Lehrerberuf, und es ist schon der richtige Schritt hin zu einer Loslösung von den Schularten, indem wir die Ausbildung für verschiedene Schularten einfach zusammengefasst haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aha! Jetzt ist die Katze aus dem Sack!)

Worum geht es? Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer, die ausreichend Praxisorientierung haben und die sich sicher sind, dass sie den richtigen Beruf gewählt haben. Denn nur Lehrerinnen und Lehrer, die wissen, dass sie das wirklich wollen, können letztlich auch gute Lehrerinnen und Lehrer sein. Wir brauchen Lehrer, die eine ausreichende didaktische und fachwissenschaftliche Ausbildung haben. Auch in dieser Frage, denke ich, sind wir uns einig.

Mir sagen die Absolventinnen und Absolventen, die ich bisher getroffen habe – ich bin sehr dankbar für die Schilderung der Praxis –: Es reicht nicht aus, was wir lernen, insbesondere in der Gymnasiallehrerausbildung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach so?)

- Ich höre den Menschen sehr aufmerksam zu.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich höre anderes!- Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bei uns gibt es auch Praktiker!)

Ich bin in diesem Amt auch noch ein Stück weit Lernende. Ich höre den Leuten sehr aufmerksam zu. Sie sagen mir: "Wir brauchen gerade in der Gymnasiallehrerausbildung eine bessere praktische Orientierung. Wir finden unsere fachliche Ausbildung gut; die wollen wir auch nicht missen. Aber wir brauchen mehr Didaktik und mehr Unterrichtsgestaltung in unseren Ausbildungsgängen."

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Wie wollen wir das hinbekommen? Es geht doch beileibe nicht darum, die Universitäten, die Pädagogischen Hochschulen oder die Studienseminare gegeneinander auszuspielen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ach so!)

Ganz im Gegenteil:

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Vereinigt euch!)

Es geht – Frau Kurtz hat es gerade gesagt – um die Kooperation, darum, die Stärken dieser Ausbildungs- und Studieneinrichtungen zu kombinieren. Die ersten Kooperationsprojekte

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

haben Sie bereits auf den Weg gebracht; die vorherige Landesregierung hat dies gemacht. Wir werden diesen Weg in größeren Schritten weiterverfolgen, und zwar Frau Kollegin Bauer und ich gemeinsam. Wir haben zu dieser Frage bereits eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Häuser, eingerichtet.

Wir wollen natürlich – daher schließt sich die heutige Debatte durchaus an die gestrige an – der Realität an den Schulen Rechnung tragen. Wir haben heterogenere Gruppen, wir haben Schülerinnen und Schüler, die eine stärkere Förderung benötigen, und die Lehrerinnen und Lehrer müssen zu dieser Förderung befähigt sein. Wir werden durch eine Weiterentwicklung unserer Lehrerausbildung dafür sorgen, dass die Lehrerinnen und Lehrer dies können, und zwar noch besser als bisher.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nur Allgemeinplätze! Inhalt-lich null!)

Präsident Willi Stächele: Das Wort erteile ich nun Frau Kollegin Kurtz für die CDU-Fraktion.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schön, wenn wir uns einig sind, Frau Ministerin,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir sind uns überhaupt nicht einig!)

dass es um eine qualitativ gute Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer geht. Es ist gute Tradition in Baden-Württemberg, dass es da einen gewissen Konsens zwischen Regierung und Opposition gibt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Geht doch! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es geht viel! – Abg. Volker Schebesta CDU zu Abg. Claus Schmiedel SPD: Es geht mit uns mehr als mit euch! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Aber eines muss ich noch einmal betonen: Sie haben ausdrücklich von der Loslösung von den Schularten gesprochen. Da sind wir mit Ihnen überhaupt nicht einig. Ich finde, man muss das Ziel, das Sie hier haben, sehr deutlich aussprechen. Denn Ihre Gesamtschule kommt auf Samtpfoten daher;

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

es heißt, man wolle sie nur auf Wunsch einrichten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kein mutiger Schritt!)

Aber dass Sie durch Veränderungen in der Lehrerausbildung das Gymnasium in seiner bisherigen Form knallhart durch die Hintertür abschaffen wollen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, klar!)

das muss man den Leuten im Land wirklich sagen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP-Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Genau! Vor allem die Realschule! Die geht eh baden! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Herr Lehmann, Sie behaupten, Sie würden die Realität wahrnehmen, die CDU würde sie aber nicht wahrnehmen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Sabine Kurtz CDU: Aber wenn die Übergangsquote an die Hauptschule 20 bis 25 % beträgt, wenn ein Fünftel bis ein Viertel der Kinder eines Jahrgangs diese Schulart wählt – ich sage nicht: diesen Schulabschluss, aber diese Lernart, diesen Lernweg, den die Hauptschule bietet; das macht sie gut; dort sind gute Lehrer –, dann kann man nicht sagen: Das gilt nicht, das sind zu wenig; diese Schulen gehören abgeschafft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Den wählen sie nicht! Der wird gewählt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Eltern wollen, dass ihre Kinder Abitur machen!)

Präsident Willi Stächele: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Sabine Kurtz CDU: Ich erwarte hier doch etwas mehr Respekt für eine Gruppe von jungen Menschen, die einen hochwertigen Weg wählen, den wir ihnen anbieten. Die Kinder, die Sie für problematisch halten, verschwinden nicht einfach,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

wenn Sie ihnen die Tür dieser Schulart vor der Nase zuschlagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Einen Unterschied möchte ich doch hervorheben: Sie behaupten, wir hätten den Einstieg in das Stufenlehramt vollzogen. Aber da gibt es einen feinen Unterschied. Diesem Lehramt stand eine Schulart gegenüber. Wir wollten die Werkrealschule anbieten, aber die wollen Sie ja abschaffen. Wir haben den Lehrer schulartspezifisch ausbilden wollen, aber bei Ihnen geht es jetzt nur noch nach dem Alter der Schüler.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Sabine Kurtz CDU: Habe ich noch Redezeit?

Präsident Willi Stächele: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Sabine Kurtz CDU: Ja, wenn ich das noch zu Ende führen darf. Ich wusste nicht, dass es sich um eine Zwischenfrage handelt.

Präsident Willi Stächele: Sie haben noch Redezeit.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Zur Position der Bundes-CDU und zu dem Papier zur Bildungspolitik, das uns hier immer wieder vorgehalten wird. Sie alle wissen so gut wie ich, dass wir in einem Föderalismus leben, dass Bildung Ländersache ist

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Sabine Kurtz)

und dass wir sehr unterschiedlich aufgestellte Länder haben, und zwar demografisch wie geografisch.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und qualitativ!)

Ich habe mir sagen lassen: In Sachsen hat man definiert, dass die Länge des Weges zur Schule bei einem Grundschulkind bis zu 35 km betragen darf,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

weil dieses Land offensichtlich längst nicht so dicht besiedelt ist wie Baden-Württemberg. Stellen Sie sich vor, wir würden unseren Grundschulkindern 35 km Schulweg zumuten. Es gibt also Unterschiede zwischen den Bundesländern.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das hat nichts mit der Einheitsschule zu tun!)

 Das hat damit zu tun, dass Sie mir vorhalten, die Bundes-CDU verändere unsere Bildungspolitik. Dazu kann ich Ihnen sagen, dass wir in Baden-Württemberg durchaus eine eigene Sicht haben und daran auch festhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Willi Stächele: Es gibt zwei Zwischenfragen, eine vom Kollegen Lehmann und eine von der Kollegin Boser. Gestatten Sie diese beiden Fragen?

Abg. Sabine Kurtz CDU: Ja, natürlich.

Präsident Willi Stächele: Herr Kollege Lehmann beginnt.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Vielen Dank, Frau Kurtz, dass Sie mir das erlauben.

Woher haben Sie eigentlich die Behauptung, dass wir das Gymnasiallehramt abschaffen wollten? Dass wir das nicht wollen, steht doch in der Stellungnahme. Sie verbreiten das aber immer wieder. Woher haben Sie das eigentlich? Haben Sie das aus irgendwelchen Märchenkästchen, aus schlechten Träumen oder was auch immer? Woher haben Sie die Behauptung, dass wir das Gymnasiallehramt abschaffen wollten?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass sich 3 % der Eltern einen Hauptschulabschluss für ihre Kinder wünschen. Faktisch besuchen aber 20 % der Schüler die Hauptschule.

(Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Wie geht die CDU mit dieser Diskrepanz um? Wie geht die CDU mit der Heterogenität in allen Schularten um? Welche Antworten haben Sie darauf?

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Willi Stächele: Herr Kollege, ich darf darauf hinweisen, dass jetzt nur Fragen gestellt werden dürfen. Ansonsten haben Sie nachher noch Redezeit. Sie haben eine Frage gestellt, die jetzt beantwortet wird.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Ich will die Frage auch gern beantworten. Es gibt drei Gründe dafür, warum ich den Eindruck habe, dass beabsichtigt ist, den Beruf des Gymnasiallehrers

und damit das Gymnasium abzuschaffen. Erstens steht das im Koalitionsvertrag,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist doch längst beschlossen!)

in dem Sie von einer schulartbezogenen Ausbildung sprechen,

(Zuruf von der SPD: Aha!)

die Sie zugunsten des Stufenlehramts abschaffen wollen. An dieser Stelle sehe ich den Gymnasiallehrer nicht mehr.

(Unruhe)

Zweitens: Wenn Sie eine Gesamtschule anstreben – in der gestrigen Regierungsbefragung ist deutlich gesagt worden, dass Sie sich zum Ende der Legislaturperiode hauptsächlich Gesamtschulen im Land wünschen –,

(Unruhe)

dann gibt es doch nur noch ein Gymnasium mit zwei oder drei Jahrgangsstufen im Anschluss an die zehnte Klasse.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es gibt einen "Aufsetzer".

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Das heißt, das Gymnasium in unserem Sinn, das in der fünften Klasse beginnt und schon ab der fünften Klasse auf das Abitur vorbereitet, soll es nicht mehr geben.

Drittens gibt es zahlreiche Unsicherheiten – eine Aktuelle Debatte dient auch dazu, hierüber Klarheit zu schaffen –, die zu Beginn der Legislaturperiode von der Regierung ins Land gestreut wurden, weil es hieß, man wolle die Gymnasiallehrerausbildung von den Universitäten wegverlagern. Jetzt haben wir gehört, es gehe um eine Verzahnung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Realschule gibt es sowieso nicht mehr!)

Präsident Willi Stächele: Frau Kollegin Boser, bitte.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Frau Kollegin Kurtz, stimmen Sie mir zu, dass die "Freiwilligkeit" der Übergänge an die Hauptschulen darin besteht, dass eine Grundschulempfehlung ausgesprochen wird, die bindend ist und aufgrund derer die Kinder mit Hauptschulempfehlung nicht die Möglichkeit haben, auf die Realschule oder das Gymnasium zu wechseln? Stimmen Sie mir also zu, dass die "Freiwilligkeit" der Übergänge an die Hauptschule, von der Sie sprechen, vorgegeben wird?

Abg. Sabine Kurtz CDU: Ich habe überhaupt nicht von Freiwilligkeit gesprochen.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Doch, Sie haben von Freiwilligkeit gesprochen! – Unruhe)

- Ich habe gesagt, 20 bis 25 % eines Jahrgangs

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Entscheiden sich freiwillig! – Unruhe) (Sabine Kurtz)

besuchen eine Hauptschule und haben sich damit für einen Lernweg – –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das klingt schon ganz anders! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir haben gehört, was Sie gesagt haben! – Weitere Zurufe)

– Entschuldigung. Bitte lassen Sie mich das zu Ende führen; denn ich bin das gefragt worden.

Sie haben sich ausdrücklich für eine Lernart entschieden, für einen Bildungsweg, aber nicht unbedingt für einen Schulabschluss.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Ich bin davon überzeugt, dass jede Schulart unseres differenzierten Bildungswesens eine eigene Form des Lernens für die Kinder bereithält und so auch individuelle Förderung gewährleistet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Willi Stächele: Mir liegt eine Wortmeldung des Kollegen Dr. Kern vor. Bitte.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Die Äußerungen von Frau Ministerin Bauer waren – so sind sie verstanden worden, und so soll man das auch heute ausdrücken – ein Generalangriff auf die Gymnasiallehrerausbildung. So ist das angekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

So ist das auch bei den Betroffenen angekommen. Das wird mir von Gymnasiallehrern, aus den Seminaren und aus den Universitäten rückgemeldet. Frau Ministerin Bauer, Sie haben heute keine meiner Fragen beantwortet. Sie haben nichts dazu gesagt, wie die Frage der Besoldung zukünftig geklärt werden soll. Was wollen Sie konkret ändern? Sie drücken sich vor der Beantwortung dieser Fragen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie weiß es noch nicht!)

Das hat große Unruhe bei den Betroffenen ausgelöst. Das muss man auch wahrnehmen.

Hier soll vorgegangen werden wie schon beim gegliederten Schulsystem. Ich möchte dazu Herrn Kollegen Lehmann kurz ansprechen. Sie argumentieren sehr interessant. Wenn es Ihnen passt, sprechen Sie vom dreigliedrigen System, äußern Sie, in Baden-Württemberg gebe es ein dreigliedriges System. Übrigens ist das System in Baden-Württemberg nicht dreigliedrig, sondern vielgliedrig. Es gibt die Werkrealschulen, die beruflichen Gymnasien usw.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Tja, Dreiglied-rigkeit!)

Es stimmt nicht, dass es nur drei Glieder gäbe. Zudem sagen Sie, es bestehe eine Heterogenität, aber bei der Ausbildung der Lehrer müsse vereinheitlicht werden. Das passt doch nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!) Im Jahr 2009 ist die Lehrerausbildung gerade im Gymnasialbereich verändert worden, und es wurde deutlich mehr Praxis einbezogen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Genau!)

Was hat sich denn in den vergangenen zwei Jahren alles Entscheidendes getan?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Um mehr Praxis geht es gar nicht!)

Ich verstehe es nicht. Hier soll etwas eingerissen werden, was funktioniert. Zur Begründung ziehen Sie andere Bundesländer heran. Aber wer ist denn besser?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Veränderung ist kein Wert an sich.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Verändert muss etwas werden, wenn es schlecht ist. Aber wir haben ein gutes, ein funktionierendes Schulsystem.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir haben eine hervorragende Lehrerausbildung. Das könnten Sie hier durchaus einmal feststellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

In den Verlautbarungen von Grünen und SPD steht deutlich: "Wir brauchen den neuen Lehrer." Ich sage: Nein. Wir brauchen vielleicht eine neue Wissenschaftsministerin.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die können Sie lassen, Frau Bauer ist schon recht! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es gibt Schlechtere!)

Aber wir brauchen nicht einen sogenannten neuen Lehrer.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nichts gegen Frau Bauer!)

Ein letzter Punkt, der mir sehr wichtig ist: Im letzten Jahr habe ich einen sehr erfahrenen Kollegen als Fachvorsitzenden der Fächer, die ich unterrichte, verabschieden dürfen. Dieser hat gesagt: "Wenn uns doch die Landespolitik endlich unseren Job machen lassen würde, wenn nicht permanent neue ——"

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Lebhafte Unruhe)

Das ist zeitlos.

(Abg. Helen Heberer SPD: Das gilt für den zurückliegenden Zeitraum! – Abg. Martin Rivoir SPD: Damals hat er recht gehabt! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war ein Rohrkrepierer! – Weitere Zurufe – Anhaltende lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Ich bitte um Ruhe.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Diese Aussage ist zeitlos, weil wir im Jahr 2009 etwas Neues gemacht haben. Sie wollen es jetzt schon wieder ändern.

(Unruhe)

Er sagte: "Wenn wir doch endlich einmal die Ressourcen bekämen und den Job, für den wir gut ausgebildet wurden, machen dürften."

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Wir kämpfen sofort um die Ressourcen! Ich brauche noch sechs Deputate! – Unruhe)

Eine wichtige Frage ist: Wenn wir uns schon hinsichtlich der Lehrerausbildung verstärkt an die Pädagogischen Hochschulen wenden wollen, ist zu bedenken, dass es an den Gymnasien einige Fächer gibt, die an den Pädagogischen Hochschulen gar nicht gelehrt werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das betrifft z. B. Russisch, Griechisch und ähnliche Fächer. Wie wollen Sie das regeln? Bitte, Frau Ministerin Bauer, gehen Sie auf die Themen ein, die ich angesprochen habe, insbesondere die Besoldung. Was konkret wollen Sie an der gymnasialen Lehrerausbildung ändern?

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Willi Stächele: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Daniel Andreas Lede Abal das Wort. Danach spricht noch Frau Ministerin Bauer.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn hatte ich gehofft, dass wir die Debatte einigermaßen sachorientiert gestalten können. Jetzt erleben wir, dass leider doch wieder die alten Kampfbegriffe ausgepackt werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Von euch! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Um Gottes willen!)

Eigentlich erleben wir in der Union eine verkappte Einheitsdebatte.

Sie werfen uns die Einheitsschule, die Einheitsschüler, den Einheitslehrer vor. Sie vereinheitlichen hier Ihre Feindbilder. Wenn Sie diesen Prozess abgeschlossen haben, können Sie sich vielleicht einmal an Ihre babylonische Sprach- und Schulverwirrung machen,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

die Sie landesweit und bundesweit betreiben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das kann er auf einem Grünen-Parteitag sagen, aber doch nicht hier!)

Es gibt Hauptschule, Werkrealschule, Realschule, Gemeinschaftsschule. Für diese erhalten wir, nebenbei bemerkt, auch von den Bürgermeistern Ihrer Partei Zuspruch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Vielleicht gelingt es Ihnen jetzt einmal, mit der ehemaligen Landesbildungsministerin Schavan Ihre Verwirrung hinsichtlich der Oberschule, der Regionalschule, der Mittelstufe, der Mittelstufenschule – und wie die ganzen Projekte der Union bundesweit sonst noch heißen werden – zu regeln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das stammt nicht alles von uns! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist nicht Ihr Parteitag!)

Frau Schavan gestaltet das Ganze zusätzlich noch komplizierter. Sie möchte nämlich zum einen die Hauptschulen und die Realschulen – inklusive der Werkrealschulen – zusammenlegen. Zugleich möchte sie aber die Hauptschulpädagogik erhalten. Es tut mir leid, dafür fehlt mir dann doch jedes Verständnis. Warum wird erst zusammengelegt, um später doch wieder zu differenzieren?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Unruhe)

Wir haben im Koalitionsvertrag mit der SPD festgelegt, dass wir eine neue Lern- und Lehrkultur haben wollen,

(Zuruf: Schön!)

dass wir Lehrer nicht mehr schulartbezogen ausbilden wollen, sondern stufenbezogen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aha!)

und dass wir die Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer so gestalten müssen, dass die Lehrer auf die individuellen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schülern eingehen können und sie individuell fördern können

(Beifall des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

In diese Richtung haben Sie sich in den vergangenen Jahren eigentlich auch bewegt. Das möchte ich auch lobend erwähnen. Sie haben beispielsweise die Didaktikausbildung der Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer gestärkt, Sie haben den altersgruppengerechten Unterricht in den Prüfungsordnungen der Pädagogischen Hochschulen verankert, und Sie haben in Ihrer letzten Koalitionsvereinbarung aus dem Jahr 2006 u. a. die Kooperation mit den Pädagogischen Hochschulen bei der Gymnasiallehrerausbildung festgeschrieben. Es ist dann letztendlich kurz vor Schluss doch noch auf den Weg gekommen. Die Genehmigung obliegt jetzt der neuen Landesregierung.

Sie haben 2006 ebenfalls versucht – zumindest haben Sie sich damals darauf geeinigt –, auch die Lehrerausbildung an den Universitäten auf Bachelor und Master umzustellen, um sie an die generelle Umstellung auf Bachelor und Master an den Universitäten anzupassen und mit den anderen Abschlüssen zu vereinheitlichen. Allerdings ist dieses Vorhaben erst irgendwo zwischen Kultusministerium und Wissenschaftsministerium versandet und hat dann letztendlich ganz den Geist aufgegeben.

Es ist verschiedentlich angesprochen worden, welche neuen Erwartungen wir an die Lehrerinnen und Lehrer haben. Dazu gehört, dass wir die individuellen Fähigkeiten der Schülerin(Daniel Andreas Lede Abal)

nen und Schüler stärker herausarbeiten wollen. Wir werden die Lehrer dementsprechend ausbilden müssen. Wir haben ein sehr wichtiges Projekt. Wir werden zusätzlich Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund gewinnen müssen, die die interkulturelle Kompetenz haben, die die Fähigkeiten haben, Kinder zu motivieren.

Zum Schluss möchte ich jetzt noch kurz auf die Lehrerbesoldung eingehen. Es ist sehr schön, Herr Kern, wenn Sie hier die Mutter Teresa der Lehrer machen. Zwei Wochen nach Amtsantritt der Landesregierung haben Sie eine Anfrage an die Landesregierung gestellt, in der Sie bemängelt haben, dass Junglehrerinnen und Junglehrer über die Sommerferien für sechs Wochen in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Es ist schade, dass die FDP/DVP in den 15 Jahren zuvor – in diesen Jahren Ihrer Regierungsbeteiligung wurde diese Regelung eingeführt – nicht die Kraft hatte, einer solchen Sache zu widerstehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP meldet sich.)

 Ich bin gleich fertig. Sie können Ihre Frage dann zum Schluss stellen.

In der letzten Landesregierung haben Sie mit Müh und Not das Vorgriffsstundenmodell verhindert. Das war aber meines Wissens nicht die FDP/DVP. Sie haben ferner durch eine Hinhaltetaktik bei Neueinstellungen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was haben Sie gegen das Vorgriffsstundenmodell?)

viele Studierende, die hier die Lehrerausbildung abgeschlossen haben,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Luft holen!)

nach Abschluss ihrer Lehrerausbildung in andere Bundesländer ziehen lassen.

Danke schön.

Präsident Willi Stächele: Gestatten Sie eine Nachfrage?

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ja.

Präsident Willi Stächele: Herr Abg. Dr. Kern, bitte.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sie haben zu Recht erwähnt, dass ich beantragt habe, dass es bei Referendaren keine sechswöchige Arbeitslosigkeit mehr gibt. Das gleiche Problem haben wir bei den Krankheitsvertretungen. Warum haben Sie diesem Antrag im Bildungsausschuss nicht zugestimmt, wenn Sie der gleichen Meinung sind?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau! Das ist das Thema! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Es ist schön, dass Sie an die Wundertätigkeit der neuen Regierung glauben und dass Sie von uns schon nach zwei Wochen fertige Konzepte verlangen,

(Beifall der Abg. Beate Böhlen und Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

nachdem Sie das in mehreren Jahren zuvor nicht hinbekommen haben.

(Zurufe von der FDP/DVP)

Wir bemühen uns, aber Sie werden uns schon ein wenig Zeit lassen müssen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Willi Stächele: In der weiteren Aussprache erhält der Vertreter der SPD-Fraktion, Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, das Wort. Bitte.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Man muss sich hier an eine neue betriebliche Übung gewöhnen: Die neue Landesregierung wird mit Versäumnissen aus den vergangenen 60 Jahren konfrontiert. Ich wundere mich, welche "guten Ideen" Ihnen in der letzten Zeit gekommen sind. Ich war persönlich betroffen. Auch ich bin in die Arbeitslosigkeit entlassen und nach sechs Wochen wieder eingestellt worden. Das ist eine Verlagerung von Kosten auf die Sozialversicherung. Man fühlt sich da als betroffene Person richtig schlecht. Das hatte ich der vorherigen Landesregierung zu verdanken. Noch einmal vielen Dank im Nachhinein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber jetzt sind Sie doch gut versorgt!)

Ich wiederhole meinen Appell von vorhin: Lassen Sie uns endlich einmal von diesem Betondenken zu Strukturdebatten kommen, und lassen Sie uns bitte die konkrete Situation der Lehrkraft und vor allem das Wohl des Kindes und des jungen Erwachsenen in den Mittelpunkt stellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Richtig! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wenn ich daran denke, was für Situationen ich allein in den letzten Wochen – kurz vor der Notenvergabe – erlebt habe, in denen man auch merkt, dass es Schülerinnen und Schüler gibt, bei denen viel zu spät erkannt wurde, wo die Defizite liegen – Man steht da und weiß: Ich bin dafür nicht ausgebildet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach, Sie merken das erst am Schuljahresende? – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich kann in einer solchen Situation keinen Sozialpsychologen, keinen Schulsozialarbeiter hinzuziehen. Es handelt sich um Defizite, die sich auch anhäufen.

Sie können mich übrigens gern einmal in meinem schulischen Alltag besuchen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, klar!)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Durch das Blocksystem bekommen wir die Schüler nämlich teilweise sehr spät. Die Reaktion erfolgt dann manchmal leider auch zu spät.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Man sollte schon wissen, wo es fehlt!)

- Wir wissen, woran es fehlt. Wir wissen vor allem, woran es in unserer Ausbildung fehlt.

Ich bitte Sie noch einmal, diesen Punkt in den Fokus zu nehmen. Hinsichtlich der Diagnose und der individuellen Förderung haben wir noch einen Weg zu gehen. Erste Schritte in die richtige Richtung sind vollzogen worden. Aber wir müssen noch deutlich nachlegen. Deswegen appelliere ich an Sie: Kommen Sie aus Ihrer ideologischen Kampfecke, aus Ihrer betonierten Strukturdenkecke heraus. Lassen Sie uns das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt stellen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das tun wir schon lange!)

 Das tun Sie schon lange. Möglicherweise ist genau dieser fehlende Realitätssinn und diese mangelnde Wertschätzung auch gegenüber den Kolleginnen und Kollegen

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt hört es aber auf!)

der Grund, der Sie in die Opposition geführt hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie und nicht wir reden doch die Arbeit der Lehrer schlecht!)

- Ich liebe meinen Beruf.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich auch! Da haben wir etwas gemeinsam! Ich liebe sogar meine Schüler! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Ob das erwidert wird? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Reichlich sogar, Herr Schmiedel! Sie würden sich wundern!)

Präsident Willi Stächele: Das Wort erhält nun die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Frau Bauer.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Worüber diskutieren wir heute Morgen bei dieser Aktuellen Debatte? Beantragt ist eine Debatte, eine Aussprache über das Thema "Qualität der Lehrerausbildung nicht antasten". Die Alternative dazu ist die Frage: Gibt es Handlungsbedarf, gibt es Verbesserungsbedarf in der Lehrerausbildung? Ich meine, die Debatten, die wir und die Öffentlichkeit in den letzten Wochen ausführlich geführt haben, haben deutlich gezeigt: Die neue Landesregierung stößt auf jede Menge Zuspruch, Interesse und Freude, dass sie sagt: Wir müssen anpacken, wir müssen verbessern, wir müssen die Lehrerbildung weiterentwickeln.

Mein Haus hat eine Menge Zuschriften erhalten. Es gab unendlich viele Briefe von Leserinnen und Lesern – ich bin mir sicher, auch Sie haben sie gesehen – mit dem Tenor: "Endlich wird das Problem erkannt. Gehen Sie diesen Weg weiter."

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Welt verändert sich, unsere Gesellschaft verändert sich, unsere Schulen verändern sich. Selbst die politischen Debatten verändern sich – auch bei der CDU und der FDP. Ich erinnere z. B. an die Baumert-Studie. Sie wurde im letzten Jahr auf den Weg gebracht und am Ende der letzten Legislaturperiode noch von der vorherigen Kultusministerin Schick vorgestellt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Studie trug den Titel "Herkunft und Bildungserfolg" und enthielt weitreichende Empfehlungen dazu, was sich verändern muss.

Die CDU auf Bundesebene versucht, eine Trendwende zu erreichen und die Ausrichtung ihrer Bildungspolitik neu zu formulieren.

Wohin man auch schaut: Alle haben die Zeichen der Zeit erkannt. Wenn wir gute Schulen haben wollen, wenn wir alle Potenziale heben wollen, wenn wir alle Schülerinnen und Schüler optimal fördern wollen, müssen wir auch den schwierigen, harten und eminent wichtigen Beruf der Lehrerin und des Lehrers aufwerten und weiterentwickeln.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig! Und mehr einstellen!)

Daran gibt es nichts zu deuteln. Aber hier im Haus wird darüber diskutiert, dass wir die Qualität der Lehrerbildung nicht antasten dürfen.

Ich bitte Sie, noch einmal darüber nachzudenken. Vielleicht nimmt das auch ein bisschen die Emotion aus der Debatte. Es geht, glaube ich, um nichts anderes, als im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen alles dafür zu tun, dass diese in unseren Schulen – egal, in welchen sie sich befinden – beste Bildung, beste Ausbildung, beste Vorbereitung auf das Leben erfahren und dass sie in ihrer Unterschiedlichkeit, mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen, Schwerpunkten und Fähigkeiten abgeholt und optimal gefördert werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Keine andere Frage stellt sich. Ich bin mir sicher: Unsere Lehrerinnen und Lehrer haben einen harten Job,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Danke schön!)

leisten eine schwierige Arbeit. Sie haben eine große Verantwortung für unsere Gesellschaft, weil es prägende Erfahrungen für das Leben sind, die Kinder in dieser Zeit machen. Wir legen größten Wert darauf, dass unsere Schulen mit dem besten Personal ausgestattet sind, damit dort gute Bildung vonstattengeht.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Vor diesem Hintergrund ist angesagt, hinsichtlich der gesamten Lehrerbildung über alle Schularten hinweg und über alle Bildungseinrichtungen und Bildungsträger hinweg zu fragen,

(Ministerin Theresia Bauer)

was wir weiter tun können. Nichts anderes habe ich gemacht, als ich in der Öffentlichkeit angekündigt habe, dass wir die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Hochschularten verstärken, Kooperationen ausweiten wollen, weil wir die Stärken der verschiedenen Hochschulen – der Universitäten, der Pädagogischen Hochschulen und im Übrigen auch der Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die bei der Lehrerbildung zum Teil auch eine Rolle spielen – nutzen, zusammenführen und die Kooperationen auf eine breitere Basis stellen wollen.

Die alte Landesregierung hat gern darüber geredet, aber es ist ganz wenig passiert. Die Kooperationsmodelle waren punktuell, fragil: hier mal ein Projektchen, da mal eine Maßnahme; manches ist auch wieder eingeschlafen. Am Ende der letzten Legislaturperiode hat die damalige Landesregierung einen Wettbewerb ausgeschrieben und in der Übergangsphase zwischen der alten und der neuen Legislaturperiode diesen Wettbewerb auch noch zu Ende gebracht. Das ist doch ein Zeichen dafür, dass auch Sie schon eingesehen haben, dass im Bereich der Kooperationen über Hochschulen hinweg noch vieles im Argen liegt und dass viel mehr getan werden muss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie können heute doch nicht so tun, als würde die Welt zusammenbrechen, wenn wir genau diesen Gedanken aufgreifen und sagen: Wir wollen mehr daraus machen, weil wir erkennen, dass wir in allen Schularten, in allen Schulen das nötige Rüstzeug sowohl fachlicher als auch didaktischer und pädagogischer Art brauchen, um mit der Vielfalt der Schülerinnen und Schüler, mit ihrer Unterschiedlichkeit gut umgehen zu können.

Unterschiedlichkeit – lassen Sie mich das nur kurz anreißen – ist nicht nur ein Problem für die Lehrerinnen und Lehrer in den Klassenzimmern. Unterschiedlichkeit ist, wenn man damit umgehen und wenn man sie ins Unterrichtskonzept einbauen kann, ein Potenzial, eine Ressource, die man nutzen kann. Das ist die neue Denkweise, die unsere Schulen brauchen, egal, ob es eine Hauptschule, eine Werkrealschule, eine Realschule oder ein Gymnasium ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das nächste Stichwort: Inklusion, die Fähigkeit, in der Schule damit umzugehen, dass Kinder mit und ohne Behinderungen zusammen lernen können. Das sind die Fähigkeiten, die unsere Lehrerinnen und Lehrer brauchen. Das müssen wir grundlegend in alle Ausbildungs- und Bildungspläne einarbeiten. Das ist der Gedanke, der hinter meinem Interview stand, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Vor wenigen Wochen waren wir bei der Gründung eines breiten Bündnisses mit Kräften aus der Wirtschaft und der Gewerkschaften. Auch verschiedene Ministerien waren vertreten. Es ging darum, ein Bündnis zu schmieden, um mehr Frauen zu motivieren, einen MINT-Beruf zu ergreifen. Viele Unterschriften wurden geleistet, das Medieninteresse war groß. Der Tenor von der IHK, über die Gewerkschaften, über die Ministerien bis zu den Bildungseinrichtungen war: Die Präferenzen, einen technisch orientierten Beruf zu ergreifen oder ein Studium für einen solchen Beruf aufzunehmen, entstehen

sehr früh. Im Prinzip ist die Präferenzbildung mit der Pubertät abgeschlossen. Wenn wir also mehr Mädchen ermutigen wollen, diesen Weg zu gehen, der in Baden-Württemberg noch nicht von so vielen Mädchen beschritten wird, wie wir es brauchen würden, dann müssen unsere Lehrerinnen und Lehrer genau darauf vorbereitet werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Kurzintervention des Herrn Abg. Wacker?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Mir wäre es recht, wenn diese Kurzintervention am Ende meines Beitrags käme.

Präsident Willi Stächele: Am Ende Ihres Redebeitrags?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ja.

(Abg. Georg Wacker CDU: Ich möchte gern, dass die Frau Ministerin auf meine Kurzintervention eingeht!)

Präsident Willi Stächele: Das lassen wir dann sicher noch zu.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ja, natürlich, mit großem Vergnügen.

Präsident Willi Stächele: Also, Frau Ministerin: Wenn Ihr Redebeitrag zu Ende ist, dann erfolgt die Kurzintervention und bei Bedarf noch einmal eine Replik.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Wenn wir bei den MINT-Fächern vorankommen wollen und mehr junge Frauen und mehr Mädchen motivieren wollen, diesen Weg zu gehen, dann muss unseren Lehrerinnen und Lehrern bei der Ausbildung vermittelt werden, wie diese Motivation im Unterricht erfolgen kann. Das geht eben nicht nur mit Fachlichkeit – auch mit Fachlichkeit –, sondern es geht auch mit moderner Pädagogik und Didaktik. Diese zu verbessern, das ist unser Anliegen. Daran werden wir arbeiten, und in diese Richtung werden wir die nächsten Schritte tun. Ich bin sicher, dass die Universitäten, die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und die Pädagogischen Hochschulen eine große Bereitschaft aufweisen, diese Verschränkung, die bessere Nutzung all der Stärken, die in unserer Hochschullandschaft vorhanden sind, voranzubringen.

Es gibt an diesem Punkt keine Differenzen zwischen dem Kultus- und dem Wissenschaftsministerium. Deshalb braucht man sich auch keine Sorgen zu machen. Wir stehen in einem engen, guten Kontakt, haben ein gemeinsames Anliegen, einen gemeinsamen Gesprächsfaden. Wir richten gerade einen gemeinsamen Gesprächs- und Expertenkreis zu diesem Thema ein

Wir werden über alle weiteren Schritte in der nötigen Offenheit und nötigen Öffentlichkeit mit den beteiligten Experten vor Ort diskutieren und werden auch Sie rechtzeitig in diese Diskussion einbeziehen und mitarbeiten lassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Willi Stächele: Vielen Dank.

Wir kommen zur Kurzintervention. Dafür stehen drei Minuten Redezeit zur Verfügung. In der Geschäftsordnung ist vorgesehen, dass der Redner danach in jedem Fall noch replizieren kann. Das ist also ein Instrument, das sicherlich immer wieder zur Belebung beitragen kann.

Bitte schön, Herr Abg. Wacker.

Abg. Georg Wacker CDU: Vielen Dank, Herr Präsident, für die Erläuterung.

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben uns, der CDU, am Anfang Ihrer Rede unterstellt, wir wären für einen Qualitätsstopp in der Lehrerbildung. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir in den letzten Jahren immer gemeinsam – auch in den Fachausschüssen – an der Qualität der Lehrerbildung gearbeitet haben. Viele Redner haben zu Recht gesagt: Die Schule entwickelt sich weiter; denn die Schule ist der Spiegel der Gesellschaft. Deswegen kommen neue Herausforderungen auf die Lehrkräfte zu. Deswegen müssen wir die Lehrerbildung auch weiterentwickeln. So weit sind wir uns einig, Frau Ministerin. Wir sind auch bereit, diesen Weg konstruktiv zu begleiten.

Würden Sie mir aber auch zustimmen, dass es im Grunde um die entscheidende Frage geht – das ist offensichtlich der Dissens, der noch nicht ausgeräumt wurde, weder durch Ihren Beitrag noch durch den Beitrag der Kultusministerin –, dass eine Differenzierung des Unterrichts in jedem Fall notwendig ist? Denn auch jeder Bildungsforscher sagt, dass eine Differenzierung im Unterricht intelligent oder auch weniger intelligent umgesetzt werden kann.

Wenn Sie zusagen, ein Augenmerk auf einen differenzierten Unterricht zu legen – auch in Form von differenzierten Bildungsgängen –, sagen wir Ihnen zu, Sie auf diesem Weg konstruktiv zu begleiten.

Präsident Willi Stächele: Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Vielen Dank für Ihre Intervention, Herr Abg. Wacker. Das gibt mir eine gute Gelegenheit, selbst noch einmal zu differenzieren.

Die Tonalität der heutigen Aktuellen Debatte ist nicht von der CDU eingebracht worden, sondern diese Debatte wurde von der FDP/DVP beantragt. In der Opposition ist man in keiner Koalition; deshalb freue ich mich sehr über die unterschiedliche Tonalität der beiden Oppositionsfraktionen in der heutigen Debatte.

(Beifall bei den Grünen)

Ich sehe durchaus, dass Sie am Ende der letzten Legislaturperiode Schritte in die Wege geleitet haben, die auch aus unserer Sicht Schritte in die richtige Richtung sind. Wir wollen diese weiterentwickeln und werden auch weiter in diese Richtung gehen. Wir freuen uns, wenn wir zwischen Regierungslager und Opposition auch Gemeinsamkeiten finden. Ich bin mir sicher, dass es unseren Schulen, unseren Lehrerinnen und Lehrern sowie unseren Kindern guttut, wenn das Thema Bildungspolitik möglichst im Konsens vorangebracht wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir werden uns nicht von der Weiterentwicklung abhalten lassen, aber wir wollen wirklich aus den alten Grabenkämpfen herauskommen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Und die Differenzierung?)

Jetzt zur Differenzierung: Man mag es Individualisierung oder Differenzierung nennen. Es ist klar, dass guter Unterricht mit unterschiedlichen Kindern davon lebt, dass ein unterschiedliches Tempo, unterschiedliche Aufgabenstellungen und unterschiedliche Bewertungssysteme entwickelt und gelebt werden müssen. Die Differenz – wenn sie überhaupt noch vorhanden ist – besteht doch lediglich darin, ob Unterschiede in einer Klasse oder in einer Schule oder zwischen verschiedenen Schulen herrschen dürfen. Das ist, glaube ich, der letzte harte Differenzpunkt, den es gibt.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das ist der entscheidende Punkt!)

Ich glaube, man kann alles machen. Auch Ihr Experte Professor Baumert sagt genau dies.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist unser aller Experte!)

Natürlich muss man mit Unterschieden umgehen und die angemessene Antwort finden. Man kann es aber unterschiedlich machen. Es gibt nicht nur den einen Weg, es über die Schulstrukturen zu tun, sondern man kann es in der Tat auch über individualisierte Angebote in einer Schule tun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Willi Stächele: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Gern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Ministerin!

Aus der Art der Hochschule, an der ein Studium absolviert wurde, ist keine bestimmte Besoldungshöhe abzuleiten

Das ist ein Zitat von Ihnen. Was meinen Sie damit? Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesem Satz?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ich finde, es ist nicht der zukunftweisende Weg,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das Zitat?)

wenn man Besoldungsstrukturen — Das gilt nicht nur für diesen Bereich; das gilt grundsätzlich. Unser gemeinsames Bestreben — ich glaube, ich habe die letzte Landesregierung an verschiedenen Punkten auch schon so erlebt — muss doch sein, dass Bezahlung bzw. Besoldung in Abhängigkeit von wirklicher Leistung erfolgen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

dass wir unser Besoldungssystem so weiterentwickeln, dass derjenige, der mehr Verantwortung übernimmt und besondere Leistungen erbringt, auch mehr bekommt. In dieser Richtung wollen wir auch unsere Schulen weiterentwickeln. Dass (Ministerin Theresia Bauer)

das entscheidende Kriterium für die Höhe der Bezahlung sein soll, wer an was für einer Hochschule studiert hat, will mir nicht einleuchten. Dies habe ich gesagt, und ich glaube, es finden sich viele Menschen, die dieses Grundprinzip teilen, dass die Bezahlung und die Weiterentwicklung von Leistungszulagen in Abhängigkeit von den realen Aufgaben und den Leistungen, die man erbringt – egal, ob in der Schule oder in der Wirtschaft –, zu stehen haben. Eine Weiterentwicklung in diese Richtung muss unser gemeinsames Anliegen sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Willi Stächele: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Ich gehe davon aus, dass Sie den Beschlussempfehlungen Drucksachen 15/290 und 15/291 zustimmen, die Anträge Drucksachen 15/61 (geänderte Fassung) und 15/62 (geänderte Fassung) für erledigt zu erklären. – Es ist so beschlossen.

Damit schließe ich Punkt 1 unserer Tagesordnung.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Stuttgart 21: Verkehrsminister auf Geisterfahrt? – beantragt von der Fraktion der CDU

Wir haben wiederum die üblichen Redezeiten von fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde festgelegt, und ich bitte Sie, diese einzuhalten. Auch die Landesregierung sollte sich im Rahmen dieser Redezeiten bewegen. Ich bitte weiter, die freie Rede so fortzusetzen, wie sie auch beim ersten Tagesordnungspunkt erkennbar war.

Ich erteile nun Frau Kollegin Razavi von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ist der Unterschied zwischen einem Unglück und einer Katastrophe? Ein Unglück ist, wenn der Verkehrsminister auf der falschen Spur in die falsche Richtung fährt.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Nein!)

Zu einer Katastrophe wird das, wenn er nicht in der Lage ist, umzukehren.

(Zuruf: Dies zu erkennen!)

"Der Verkehrt-Minister", so nannte das der "Tagesspiegel" gestern.

Sie, Herr Minister Hermann, haben sich sogar schon vor Ihrem Amtsantritt für eine Geisterfahrt entschieden

(Oh-Rufe von den Grünen)

und jeden wissen lassen, dass Sie alles tun werden, um Stuttgart 21 zu verhindern,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Eine Geisterfahrt sieht anders aus, Frau Kollegin!)

komme, was wolle, und koste es, was es wolle.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Eine Geisterfahrt machen vielleicht Sie seit der Landtagswahl! Das mag sein! – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

– Es ist schon beachtlich, dass Sie sich schon jetzt aufregen. Ich habe doch gerade erst angefangen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben längst erkannt, Herr Minister, dass Sie Ihr Ziel nicht erreichen werden, weil SMA heute wohl ein positives Urteil abgeben wird.

(Zurufe von den Grünen)

Mit Ihrem Versprechen, Stuttgart 21 zu verhindern, haben Sie auch Ihre eigenen Gefolgsleute hintergangen. Sie können das aber den Geistern, die Sie gerufen haben, nicht eingestehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Mit dem Mut eines Verzweifelten ist Ihnen jedes Mittel recht, Stuttgart 21 schlechtzureden, die Bahn zu diskreditieren, das Renommee der SMA als hoch angesehenem Gutachter zu beschädigen und allen bisher Beteiligten Täuschung zu unterstellen.

In Wahrheit aber, meine Damen und Herren, sind es unser Verkehrsminister und seine Helfershelfer, die die Öffentlichkeit immer wieder täuschen. Das weiß auch Ihr Koalitionspartner und bezeichnet Sie als "Minister für Spekulationen".

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die Mitarbeiter im Ministerium sind jetzt Helfershelfer! Unglaublich!)

Transparenz und Ehrlichkeit, das trägt die Landesregierung vor sich her wie eine Monstranz. Alles, was Sie tun, widerspricht dem und ist scheinheilig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Scheinheiligkeit, erster Teil: Sie lassen Ihren Ministerialdirektor eine Pressekonferenz veranstalten, weil die Medien scheinbar über Kostenexplosionen und das Verschweigen höherer Kosten spekulieren. Dabei sind Sie es selbst, der den Medien seit Wochen selektiv überholte Kalkulationen und alte Akten des Ministeriums zuspielt – teils geschwärzt, teils ungeschwärzt. Peinlich für Sie! Die Unterlagen sind der beste Beweis dafür, dass die Verwaltung und auch die vorherige Landesregierung mit großem Nachdruck auf der Einhaltung der Kosten bestanden haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Selten so gelacht!)

Die Akten haben alle eines gemeinsam: Sie waren Teil der Entwurfsplanungen und hatten deshalb zum Zeitpunkt der Entscheidung des Lenkungskreises am 10. Dezember 2009 keinerlei Relevanz.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

(Nicole Razavi)

Scheinheiligkeit, zweiter Teil: Sie schüren gezielt Zweifel und Kritik an der guten Arbeit der Mitarbeiter Ihres Hauses, damit Ihr MD sie dann wortreich in Schutz nehmen kann. Gleichzeitig entbinden Sie aber eine hoch qualifizierte Referatsleiterin von ihren Aufgaben und ersetzen sie durch Parkschützer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

Herr Minister, Sie wissen eben, dass die Beamtenschaft sachorientiert arbeitet und sich nicht nach Ihren Vorstellungen verbiegen lässt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das passt ihm gar nicht!)

Deshalb unterhalten Sie, wie der "Focus" am vergangenen Montag geschrieben hat, seit Ihrem Dienstantritt als Taskforce – ich zitiere – "ein Küchenkabinett von Hardcore-S-21-Gegnern auf Staatskosten", die in Schlapphüten und Trenchcoats im Ministerium herumgeistern.

(Lachen bei den Grünen)

Herr Minister, das ist der größte Misstrauensbeweis gegenüber unseren Beamten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Nicole Razavi CDU: Nein. Gern am Schluss.

Präsident Willi Stächele: Sie gestatten also eine Nachfrage am Schluss.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das Problem ist: Die Kollegin glaubt selbst nicht, was sie sagt! Das ist das eigentliche Problem! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Sie glaubt das, was in der Zeitung steht!)

Abg. Nicole Razavi CDU: Eine weitere Frage: Wo kommt denn plötzlich – –

(Zurufe von den Grünen – Unruhe)

- Regen Sie sich doch nicht so auf! Es ist doch okay.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das trifft, weil sie die Wahrheit sagt! Das können die Grünen nicht hören!

Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das wird noch besser!
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Wahrheit tut halt weh!
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ich habe keine Angst vor Schlapphüten!)

Woher kommt denn plötzlich der Sinneswandel der landeseigenen Nahverkehrsgesellschaft, die immer beteiligt war? Ob es wohl am neuen Mitarbeiter liegt, der aus dem Sonderkommando kommt?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der Herr Klingel?
 – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, klar!
 – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: "Sonderkommando"! "Helfershelfer"!)

Da taucht doch – seltsam, seltsam! – rechtzeitig zur für heute anberaumten Übergabe des SMA-Gutachtens ein Vermerk vom 14. Juli auf. Man beachte: Das war der Tag, der zunächst für die Präsentation geplant war. An Scheinheiligkeit nicht zu überbieten ist, dass Ihr MD nach wenigen Stunden seine eigene Pressekonferenz komplett revidieren und zurückrudern musste.

(Zuruf von der CDU: Peinlich!)

Plötzlich ist seine Behauptung, Stuttgart 21 koste eher 5 Milliarden € als die vereinbarten 4,5 Milliarden €, nicht mehr die Meinung der Landesregierung, sondern – ich zitiere – "seine persönliche Sicht der Dinge".

(Abg. Volker Schebesta CDU: Geisterfahrt! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der MD ist Privatmann!)

Er stellt zudem klar, dass – aufpassen, jetzt kommt's; ich zitiere –

die derzeit durch die Bahn belegten Kosten die Grenze von 4,5 Milliarden ϵ nicht überschreiten werden.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Um Himmels willen, Herr Minister, welches Gespensterstück spielen Sie uns hier eigentlich vor?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Geisterfahrt!)

Erst stellen Sie alles an, um der Bahn Täuschung zu unterstellen, und dann müssen Sie kleinlaut zugeben, dass die Bahn richtig gerechnet hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der MD ist halt lernfähig!)

Aber ich muss Ihnen sagen: Wo Ihr MD recht hat, hat er recht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Denn Fakt ist: Nicht der Verhandlungsprozess ist entscheidend, sondern die Kostenkalkulation, die dem Lenkungskreis am 10. Dezember 2009 vorlag: 4,088 Milliarden € plus Risikopuffer. Damals wie heute gab und gibt es keine Anhaltspunkte, die dafür sprechen, dass der Gesamtkostenrahmen von 4,5 Milliarden € nicht gehalten werden kann.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das sah der Projektleiter aber anders!)

Auch der damalige Projektsprecher, Wolfgang Drexler, hat dies am 10. Dezember bestätigt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der blickt es ja auch!)

(Nicole Razavi)

Herr Drexler, Sie erlauben, dass ich Sie zitiere:

Die Projektpartner haben sich hierbei strikt an die Finanzierungsvereinbarung vom April dieses Jahres gehalten. In dieser ist verbindlich festgelegt, dass die Kosten für Stuttgart 21 mit der Entwurfsplanung, einer nunmehr vertieften, detaillierten Planung, von der Bahn aktualisiert und dem Land bis spätestens Ende dieses Jahres

- also 2009 -

vorgelegt werden müssen. Nach Prüfung durch das Land hat der Lenkungskreis heute die Signale für Stuttgart 21 auf Grün gestellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Da ist etwas Grünes dazwischengekommen!)

Fakt ist weiter, dass unser Verkehrsminister immer besser informiert war, als er zugibt.

(Zuruf von der CDU: Grün steht auf Rot!)

Die Bundesregierung hat in einem Schreiben vom 30. November 2009 gegenüber dem damaligen Vorsitzenden des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestags, Winfried Hermann, bestätigt, dass es keine Erkenntnisse gibt, wonach die Baukosten die kalkulierten Gesamtkosten plus Risikoschirm überschreiten. Vielleicht erinnern Sie sich an dieses Schreiben

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schwierig!)

Fakt ist weiter: Die Vorwürfe der Grünen zur Kostensteigerung sind uralt und lange widerlegt. Schon am 17. Februar 2010 hat die damalige Landesregierung in ihrer Stellungnahme zu einem Antrag der Grünen alle Kosten und Kostenentwicklungen transparent dargelegt.

Fakt ist schließlich: Alle drei Wirtschaftsprüfer, auch die von den Gegnern vorgeschlagene Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, haben in der Schlichtung die Kalkulation der Bahn überprüft, und zwar nicht nur die Kosten, sondern auch die Einsparpotenziale.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Sie kommen in ihrem Bericht zu dem Ergebnis, dass – letztes Zitat –

keine Hinweise vorliegen, dass die in den Finanzierungsverträgen vereinbarte Gesamtfinanzierung von 4,526 Milliarden ϵ nicht ausreichend bemessen ist.

Klar ist, dass die Baukosten jetzt bei den Vergaben immer konkreter werden. Das heißt auch, dass die finanziellen Risiken künftig sogar geringer sein werden.

Das alles verschweigen Sie, Herr Minister. Und warum? Weil die Wahrheit ganz einfach nicht in Ihr Konzept passt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er will nicht!)

Herr Minister, erkennen Sie endlich, dass die Mehrheit in diesem Land Ihr falsches Spiel durchschaut hat, dass wir Ihre Täuschungsmanöver leid sind. Spätestens wenn ihm die große Mehrheit entgegenkommt, muss ein Geisterfahrer endlich merken, dass er in der falschen Richtung unterwegs ist. Kehren Sie um!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Schlussappell ist fruchtlos! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Tief beeindruckend!)

Schön. Das freut mich.

Präsident Willi Stächele: Zu einer Nachfrage erteile ich nun Herrn Kollegen Renkonen das Wort.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Liebe Kollegin, ist Ihnen eigentlich bekannt, dass der Bundesrechnungshof im Jahr 2008 die Gesamtkosten für das Projekt Stuttgart 21 auf 5,3 Milliarden € beziffert hat?

Abg. Nicole Razavi CDU: Welches Datum nannten Sie gerade?

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: 2008. Ist Ihnen das bekannt?

Abg. Nicole Razavi CDU: Natürlich ist mir das bekannt.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Aha!)

Aber das ist doch wieder Tricksen, Täuschen, Tarnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Genau!)

Herr Renkonen, mich wundert, dass Ihnen das nicht allmählich peinlich wird. Sie haben einfach nicht zugehört. Sie sprachen von 2008. Wann hat der Lenkungskreis entschieden? Im Dezember 2009.

(Zurufe von den Grünen, u. a.: Als er es dann schöngerechnet hatte!)

Lesen Sie doch einmal das Zitat von Herrn Drexler nach. Ich glaube, darin steht alles, was wichtig ist. Hören Sie doch einfach auf, dauernd mit alten Dingen zu kommen, die nicht mehr relevant sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Präsident Willi Stächele: Frau Abgeordnete, lassen Sie eine weitere Nachfrage zu?

Abg. Nicole Razavi CDU: Es wird nichts Neues hinterherkommen, aber bitte.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Ich nerve Sie jetzt nicht mehr mit dem Bundesrechnungshof; da sind wir anderer Auffassung.

(Unruhe)

Abg. Nicole Razavi CDU: Nicht nur da. Wir sind prinzipiell anderer Auffassung.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Ich beziehe mich jetzt auf die Risikoanalyse von Herrn Azer. Ist Ihnen bekannt, dass es eine Risikoanalyse der Deutschen Bahn über Gesamtkosten von 1,2 Milliarden € gibt, die aber bisher nie vorgelegt und auch von der damaligen Landesregierung nicht angefordert worden ist? Stimmt das?

Abg. Nicole Razavi CDU: Das müssen Sie die vorherige Landesregierung fragen. Da war ich nicht beteiligt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na ja!)

Herr Renkonen, das ist Ihr Beitrag Nummer 2 zu Tricksen, Täuschen und Tarnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er muss seine Klientel bedienen!)

Jetzt nehmen Sie doch endlich einmal zur Kenntnis, welche Daten und welche Fakten für die Unterzeichnung des Vertrags entscheidend waren, welche Fakten Ende Dezember 2009 entscheidend waren und welche Fakten, Kosten und Kalkulationen zur Schlichtung auf dem Tisch lagen. Sie waren doch für die Schlichtung, Sie waren für den Schlichter,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Für die SMA waren sie auch!)

und jetzt merken Sie, dass das Ding nicht so läuft, wie Sie wollen, und jetzt sind Sie plötzlich wieder gegen alles.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau!)

Präsident Willi Stächele: Die Rednerin hat ihre Rede erkennbar beendet. Deswegen besteht vielleicht im weiteren Verlauf die Möglichkeit, noch eine Frage unterzubringen.

Ich erteile das Wort nun zur Fortsetzung der Debatte dem Vertreter der Fraktion GRÜNE, Herrn Abg. Schwarz. Bitte schön.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ein Schwarzfahrer jetzt! – Heiterkeit – Abg. Volker Schebesta CDU: Kein Geisterfahrer, ein Schwarzfahrer!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich finde das, was Sie von der CDU tun, schon erstaunlich: Sie beschweren sich darüber, dass der Verkehrsminister seine Pflicht tut.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall bei den Grünen – Zuruf: Geisterfahrer! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Herr Abg. Schwarz, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Razavi?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er hat doch noch gar nicht angefangen! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Er hat ja noch nicht angefangen!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich habe jetzt gerade einmal zehn Sekunden gesprochen. Vielleicht möchte die Kollegin ihre Frage am Ende meiner Rede stellen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Dann vereinbaren wir jetzt, dass die Zwischenfragen am Schluss der Rede gestellt werden.

(Unruhe – Zurufe: Jawohl!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir sammeln die Fragen am Schluss.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Oh, das wird aber lang!)

Ich finde das, was Sie hier betreiben, erstaunlich. Der Verkehrsminister nimmt seine Pflicht, finanziellen Schaden vom Land abzuwenden

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege!)

und auf eine sachgerechte Verwendung von Steuergeldern zu achten, wahr.

(Beifall bei den Grünen)

Es ist die Pflicht der Landesregierung, alle Zahlen und Daten, die die Deutsche Bahn vorlegt, genau zu prüfen und unter Plausibilitätsgesichtspunkten zu bewerten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nichts Neues!)

Es ist dann weiter die Pflicht der Landesregierung, das Parlament und die Öffentlichkeit zeitnah und umfassend zu informieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht zu tricksen! – Abg. Peter Hauk CDU: Wann wurde das Parlament vom Verkehrsminister informiert?)

Schließlich, Herr Kollege Hauk, obliegt uns als Landtag von Baden-Württemberg, als Haushaltsgesetzgeber, die Verantwortung für einen sachgerechten Umgang mit den Steuergeldern, mit den Geldern der Bürgerinnen und Bürger.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Also keine zusätzlichen Stellen!)

Daher ist es nur nachvollziehbar, dass die Landesregierung bestimmte Zahlen und Unterlagen der Bahn infrage stellt

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

und hierzu Informationen einfordert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wann hat er den Landtag darüber informiert? Wann?)

Ich bin mir sicher, dass auch Sie ein starkes Interesse an einer zeitnahen umfassenden Information haben.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Genau das tun wir: Wir klären auf zum Wohle des Landes, wir klären auf, was mit den Steuergeldern passiert.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist doch der Job des Finanzministers! – Abg. Volker Schebesta CDU: Vor allem aufzuklären, dass das, was er vorher gesagt hat, nicht gestimmt hat!) (Andreas Schwarz)

Ich möchte gern, wenn es erlaubt ist, aus einem Interview mit dem Kollegen Mack in der "Eßlinger Zeitung" zitieren, in dem er bestätigt hat, wie wichtig es ist, mit der Bürgerschaft auf Augenhöhe zu kommunizieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Welchen Tagesordnungspunkt haben wir jetzt?)

Ich zitiere Sie gern, Herr Mack:

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

Die Bürger wollen auf Augenhöhe mit ihren Vertretern sprechen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei Ihrer Körpergröße ist das schwierig!)

Es reicht heute nicht mehr aus, zu sagen: Das Planfeststellungsverfahren ist abgeschlossen, und damit musst du das Maul halten. Bürgerbeteiligung geht tiefer.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Ich meine, Herr Mack, mit dieser Analyse liegen Sie genau richtig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Was hat das jetzt mit dem Geisterfahrer Hermann zu tun?)

Ich gehe daher davon aus, dass wir auch Ihre volle Unterstützung haben, wenn wir das Verfahren zu Stuttgart 21, wie innerhalb der Koalition besprochen, so transparent wie möglich für den Landtag von Baden-Württemberg und für die Öffentlichkeit aufbereiten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Vorher war aber nur von Trickserei die Rede!)

Daher ist das Schauspiel, das Sie hier gerade veranstalten, für mich unverständlich und nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist mir schon klar! – Abg. Peter Hauk CDU: Wann wurden denn Sie vom Verkehrsminister informiert, Herr Schwarz?)

Ich finde, in der von der CDU beantragten Aktuellen Debatte ist viel zu viel Polemik – verantwortungslose Polemik –

(Oh-Rufe von der CDU)

und zu wenig Sachargumentation enthalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Das sagt der Richtige!)

Der Titel, den Sie gewählt haben -

(Abg. Nicole Razavi CDU: Der tut weh, gell? Der tut weh!)

wie heißt er?: "Verkehrsminister auf Irrfahrt?" oder "Verkehrsminister auf Geisterfahrt?" –,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das kommt aufs Gleiche heraus!)

wird auch diesem Haus und den Spielregeln in diesem Haus nicht gerecht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Da gab es schon viel schlimmere Titel in der letzten Legislaturperiode, aber das können Sie nicht wissen!)

Dieser Titel enthält eine implizite Wertung und müsste daher unter der Rubrik "CDU-Fraktion: völlige Entgleisung" zu den Akten gelegt werden.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich verwahre mich auch, Frau Kollegin Razavi, gegen Begriffe wie "Sonderkommando" und "Helfershelfer". Das sind Begriffe, die hier in dieser Debatte nichts verloren haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Oberlehrer spricht! – Abg. Peter Hauk CDU: Wo bleiben jetzt Ihre Fakten?)

Abschließend möchte ich noch zwei Sätze sagen, weil mir inzwischen die Zeit wegläuft. Im Koalitionsvertrag --

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl Zimmermann: Herr Kollege, erklären Sie, wie Sie den Schwenk machen konnten vom letzten Jahr zu diesem Jahr, vom Befürworter zum Gegner!)

- Ich komme hier ja gar nicht mehr zu Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Bitte schenken Sie dem Redner Gehör. Sie haben nachher die Möglichkeit, zu replizieren oder Fragen zu stellen. – Bitte schön, Herr Kollege Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Im Koalitionsvertrag haben wir ganz klare Spielregeln und eine ganz klare finanzielle Obergrenze von 4,5 Milliarden € für Stuttgart 21 vereinbart, Herr Kollege Zimmermann. Das Land wird sich an weiteren Kostensteigerungen finanziell nicht beteiligen. Daher muss auch für die Deutsche Bahn klar sein, dass bei einer möglichen Überschreitung dieser Kostengrenze keine weitere finanzielle Beteiligung des Landes erfolgt und daher die Bahn bei etwaigen Mehrkosten auf eigenes Risiko baut.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Willi Stächele: Herr Abg. Schwarz, mir liegen für Nachfragen Meldungen von der Kollegin Razavi, vom Kollegen Hauk

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! Nicht mehr!)

– nicht mehr – und vom Kollegen Zimmermann vor. – Bitte schön, Frau Abg. Razavi.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Schwarz, übersetzen Sie doch bitte einmal den Begriff "Taskforce".

(Zuruf von den Grünen: Ist das eine Englischprüfung? – Heiterkeit – Abg. Nicole Razavi CDU begibt sich zu ihrem Abgeordnetenplatz.)

Präsident Willi Stächele: Bevor Sie, Herr Abg. Schwarz, zur Beantwortung kommen, noch ein Hinweis: Wir sollten die übliche Praxis wahren, dass die Nachfrage gestellt wird und der Fragesteller bis zur Beantwortung der Frage am Mikrofon stehen bleibt.

(Abg. Nicole Razavi CDU begibt sich wieder an ein Saalmikrofon.)

Abg. Nicole Razavi CDU: Ich wiederhole meine Frage: Übersetzen Sie doch bitte einmal den Begriff "Taskforce". Definieren Sie uns doch bitte außerdem einmal die Pflichten des Verkehrsministers.

(Unruhe)

Präsident Willi Stächele: Können Sie eine Frage formulieren?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: "Können Sie?")

Abg. Nicole Razavi CDU: Gern. Ich bin lernfähig.

Was heißt "Taskforce" auf Deutsch,

(Heiterkeit)

und was sind die Pflichten eines Verkehrsministers?

Ist das richtig, Herr Präsident?

Präsident Willi Stächele: Wenn man es richtig macht, wird auch nichts beanstandet.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Herr Abg. Schwarz, bitte.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Liebe Frau Kollegin, den Begriff "Taskforce" übersetze ich mit "Arbeitsgruppe".

(Lachen bei der CDU)

Die Pflichten des Verkehrsministers ergeben sich aus den einschlägigen Regelwerken.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Willi Stächele: Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abg. Nicole Razavi CDU: Was sind denn einschlägige Regelwerke?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Kollegin, die Frage beantworte ich wie folgt:

(Vereinzelt Heiterkeit)

Einschlägige Regelwerke sind die Verfassung sowie die auf unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung beruhenden Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Verwaltungsvorschriften.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Und Verträge! – Abg. Claus Schmiedel SPD: In der Schule sind wir noch nicht, oder?)

Präsident Willi Stächele: Die nächste Frage stellt Herr Abg. Zimmermann. Bitte schön.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege Schwarz, ich kenne Sie schon seit vielen Jahren als sehr engagierten kommunalpolitischen Mandatsträger.

(Beifall bei den Grünen)

Ich weiß, dass Herr Schwarz seine Aussagen immer trifft, nachdem er sich zuvor sehr sachkundig gemacht hat. Das freut mich, und dafür schätze ich ihn.

(Beifall bei den Grünen)

Deshalb drängt sich mir heute eine Frage umso mehr auf. Ich frage Sie: Wie konnten Sie sich innerhalb kürzester Zeit von einem Befürworter zu einem Gegner von Stuttgart 21 entwickeln?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Lieber Herr Kollege Zimmermann, ich bedanke mich für das Lob, das Sie mir ausgesprochen haben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich hoffe, dass es nicht vergiftet war!)

Ich möchte darauf hinweisen, dass ich bereits in der Sitzung des Kreistags des Landkreises Esslingen im Herbst vergangenen Jahres für die Fraktion GRÜNE eindeutige Kritikpunkte am Projekt Stuttgart 21 formuliert habe.

(Unruhe – Abg. Claus Schmiedel SPD: Machen Sie das doch im Kreistag aus! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Darf ich eine Nachfrage stellen?)

Präsident Willi Stächele: Gestatten Sie eine weitere Nachfrage?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Nur zur Ergänzung: Herr Kollege, dies hat im Kreistag Esslingen zu einer völligen Verwunderung geführt, weil Sie zuvor ein absoluter Befürworter waren.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Zimmermann, ich möchte deutlich sagen, dass ich mich nicht erinnern kann, jemals –

(Lachen des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Zuruf: Das glaube ich!)

Was Sie sagen, stimmt einfach nicht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wir sind hier nicht im Untersuchungsausschuss!)

(Andreas Schwarz)

Es stimmt einfach nicht, wenn Sie sagen, ich sei ein Befürworter von Stuttgart 21 gewesen. Das ist einfach nicht zutreffend.

Die Firma, für die ich gearbeitet habe, nämlich der Verband Region Stuttgart, ist Partner von Stuttgart 21. Andreas Schwarz ist aber kein Befürworter von Stuttgart 21. Das ist immer die klare Ansage gewesen.

(Beifall bei den Grünen)

Abg. Karl Zimmermann CDU: Meine Frage ist: Sie waren also nie ein Befürworter des Projekts?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Herr Abg. Zimmermann.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich verstehe ihn gar nicht. Ich habe Ihre Frage akustisch nicht verstanden.

(Zuruf: Das macht nichts! - Vereinzelt Heiterkeit)

Präsident Willi Stächele: Bitte, Herr Abg. Zimmermann. Das Mikrofon ist eingeschaltet.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Meine abschließende Frage bezieht sich darauf: Trifft die Aussage nicht zu, die viele Menschen aus dem Wahlkreis Kirchheim – dem Ort, aus dem Sie kommen, aus dem auch ich komme – treffen,

(Unruhe bei den Grünen)

wenn sie sagen, dass Herr Schwarz ein Befürworter von Stuttgart 21 gewesen sei? Trifft diese Aussage nicht zu?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was für eine Frage!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Zimmermann, ich stelle noch einmal klar, dass ich kein Befürworter von Stuttgart 21 bin. Hätte ich heute eine längere Redezeit gehabt, hätte ich die Kritikpunkte am Projekt noch einmal deutlicher anführen können, insbesondere hinsichtlich der Finanzen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Darum ging es doch gar nicht! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Danke schön!)

Präsident Willi Stächele: Es gibt eine weitere Nachfrage. Herr Abg. Rech.

Abg. Heribert Rech CDU: Herr Kollege Schwarz, ich habe eine einfache Frage. Diese kann man sehr schnell mit Ja oder Nein beantworten. Sie haben von den Vertragspflichten und von den Pflichten des Verkehrsministers gesprochen. Würden Sie auch die sich aus den Verträgen ergebenden Projektförderungspflichten darunter subsumieren? Falls dies zutrifft, kommt der Verkehrsminister Ihrer Meinung nach diesen elementaren Pflichten nach?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Rech, ich beantworte die Frage wie folgt:

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja so etwas!)

Meines Erachtens kommt der Verkehrsminister allen Pflichten, die sich aus Recht, aus Gesetz und aus Verträgen ergeben, nach

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Willi Stächele: Es liegen keine weiteren Fragen vor

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Es gibt keine weiteren Nachfragen? Dann bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Kaum Beifall bei der SPD!)

Präsident Willi Stächele: Ich erteile Herrn Abg. Schmiedel für die SPD-Fraktion das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das soll der Drexler machen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ein guter Vorsatz!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich muss es erst einmal auf das richtige Maß bringen.

(Der Redner fährt das Rednerpult nach unten. – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nach unten! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Auch ein guter Vorsatz!)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich in Ludwigsburg oder im Land Baden-Württemberg unterwegs bin.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist schon ein Unterschied!)

begegnen mir immer mehr Menschen, die nicht in Stuttgart wohnen bzw. nicht in diesem Haus hier tätig sind, und sagen: "Ich kann 'Stuttgart 21' nicht mehr hören."

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP –
Abg. Volker Schebesta CDU: Kein Exportschlager!
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bravo!)

"Ich kann es einfach nicht mehr hören." Wissen Sie, woran das liegt?

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Bei jedem Bericht, bei jeder Debatte entsteht ein solches Durcheinander,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie in der Koalition! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und das wegen eines Bahnhofs!)

dass die Menschen nicht mehr unterscheiden können, was wohin gehört.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wohin gehört der Verkehrsminister? – Unruhe)

Frau Razavi, ich möchte an einem Beispiel zeigen, was die Menschen verwirren muss.

(Zuruf: Der Verkehrsminister!)

(Claus Schmiedel)

Die Menschen muss verwirren, wenn Sie hier am Rednerpult im Landtag zu einem Zeitpunkt, zu dem kein Mitglied des Lenkungskreises über das Gutachten verfügt, mitteilen: "Das Ergebnis der Prüfung von SMA ist positiv."

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ich habe nicht "ist" gesagt! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Da fragt sich doch jeder: Weiß sie mehr? Wenn sie nicht mehr weiß, spekuliert sie dann? Oder ist das Gutachten vielleicht doch nicht seriös?

Wir tun dem Projekt keinen Gefallen, wenn wir hier Sachverhalte in den Raum stellen, die jedenfalls bis zur Stunde nicht auf dem Tisch liegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Keine Ablenkungsmanöver!)

Deswegen wollen die Menschen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was will diese Regierung?)

dass man sich an den Fakten orientiert. Die Tatsache, dass Sie wenige Stunden, bevor das Ergebnis des Stresstests nach der Prüfung durch SMA auf dem Tisch liegt, eine wilde Debatte vom Zaun brechen, ist dazu geeignet, noch mehr Menschen zu verschrecken, sodass diese sich abwenden und sagen: "Ich kann es nicht mehr hören."

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich frage mich tatsächlich: Wir haben jetzt die dritte Runde von Plenarsitzungen in dieser Wahlperiode. In jeder Runde führen Sie Stuttgart 21 an.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sind nicht immer wir!)

Woran liegt das?

(Unruhe)

Ich nenne Ihnen den Grund.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Der Grund ist, dass Sie von Versäumnissen ablenken wollen, die 50 Jahre lang in der Verkehrspolitik in Baden-Württemberg geschehen sind. So sieht es aus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist nicht das Thema! – Unruhe)

Ich gebe ein Beispiel: Was regt die Menschen mehr auf?

(Abg. Peter Hauk CDU: Thema!)

Ist es die Debatte über Stuttgart 21 oder die Tatsache, dass sie täglich auf den Autobahnen rund um Stuttgart im Stau stehen? Was regt sie mehr auf?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ihnen ist es in Ihrer Regierungszeit nicht gelungen,

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ein einfaches Instrument zum Stauabbau einzuführen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Thema!)

nämlich die Möglichkeit, dass man die Standspuren zum Fahren nutzt, wenn der Verkehrsfluss es erfordert.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Sie haben das nicht hinbekommen. Zehn Jahre haben Sie benötigt,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Thema verfehlt!)

um die Verkehrsleitzentrale von Ludwigsburg nach Stuttgart zu verlegen,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Thema verfehlt! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Scheingefecht!)

damit das Thema überhaupt erst angegangen werden kann. Der Verkehrsminister war noch keine 100 Tage im Amt, als er gesagt hat: "Das ist mein Thema. Ich setze das um: Weg mit den Staus rund um Stuttgart."

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Hat er das gesagt? – Weitere Zurufe – Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Bitte schenken Sie dem Redner wieder Ihre ganze Aufmerksamkeit.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Verstehen Sie es?

Präsident Willi Stächele: Kollege Schmiedel, es wird um die Gestattung einer Zwischenfrage gebeten.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Überschrift Ihrer Aktuellen Debatte ist zum einen daneben.

(Zuruf: Was?)

Das muss man sagen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Zum anderen ist sie so unpräzise, dass man sich nicht wirklich vorbereiten kann.

(Lachen bei der CDU – Zurufe)

Worüber reden wir denn jetzt am Beginn einer neuen Legislaturperiode, wenn es um Verkehrspolitik geht? Wir reden darüber, wie wir die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte aufarbeiten können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ist es! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zebrastreifen! – Abg. Nicole Razavi CDU: Thema verfehlt!)

Zweites Beispiel: Denken Sie einmal an die Gäubahn. Es ist über 60 Jahre her – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Wann kann die Zwischenfrage gestellt werden?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich muss erst einmal das Thema Gäubahn zu Ende führen.

(Heiterkeit)

Präsident Willi Stächele: Das ist in Ordnung. Das ist dann sicher die richtige Reihenfolge.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Vor 60 Jahren haben die Franzosen das zweite Gleis abgebaut.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Jahrzehntelang haben Sie den Verkehrsminister gestellt. Was ist mit dem zweiten Gleis?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! Wo ist es hin?)

Es ist kein zweites Gleis vorhanden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn wir uns jetzt um die Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur kümmern, dann sollten Sie mitmachen.

(Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck und Volker Schebesta CDU)

Sie sollten konstruktiv mitarbeiten, damit etwas vorangeht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Liegt das Gleis jetzt in Frankreich? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wasserwege! Neckar!)

Wir sind uns einig, dass das Land Baden-Württemberg über Jahrzehnte hinweg zu wenig Bundesverkehrswegemittel bekommen hat, um den Anforderungen gerecht zu werden. Egal, wer in Berlin regiert hat, es waren immer zu wenig Mittel, weil nach Länderquote, aber nicht nach Bedarf verteilt wurde. Diese Koalition hat sich vorgenommen, mehr Bundesverkehrswegemittel nach Baden-Württemberg zu bringen, damit wir den Anforderungen gerecht werden. Dann helfen Sie doch mit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

Machen Sie mit! Ihre Partei regiert in Berlin. Sie müssen dabei mitmachen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Was machen Sie denn mit dem Geld?)

jedenfalls, solange Sie dort noch regieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Was machen Sie dann mit dem Geld? Sie bauen doch keine neuen Straßen!)

Mein Appell lautet: Lassen Sie uns auf eine vernünftige Art und Weise zusammenarbeiten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zusammenarbeiten ist gut!)

Das tut der Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg gut.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: An uns liegt es nicht! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So viel zur Gäubahn! – Heiterkeit)

Präsident Willi Stächele: Eine Zwischenfrage der Frau Abg. Gönner, bitte. Danach Herr Abg. Dr. Bullinger.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und Zebrastreifen! – Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Drexler ist einfach klasse!)

Abg. Tanja Gönner CDU: Herr Kollege Schmiedel, ich hatte mich eigentlich bereits gemeldet, als es noch um Stuttgart 21 ging, aber trotzdem möchte ich gern die Gelegenheit nutzen, um Ihnen einige Fragen zu stellen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Einige, Herr Präsident?)

Stimmen Sie mir zu, dass die Zustimmung zum Ergebnis der Schlichtung zu Stuttgart 21 groß war und dass die Menschen nach der Schlichtung genau wussten, um was es geht? Wenn ja, würden Sie mir auch zustimmen, dass die Schwierigkeit beim Durcheinander eher daran liegt, dass wir eine Regierung haben, in der die einen sagen: "Wir sind zwar dafür, aber wir wissen nicht, wie wir es hinbekommen" und die anderen wie immer Opposition machen,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

und dass dies möglicherweise dazu führt, dass die Menschen draußen sagen: "Wir können das Thema nicht mehr hören" und erwarten, dass das Projekt endlich umgesetzt wird?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Zuruf: Das ist wie mit den Neckarschleusen! – Glocke des Präsidenten)

Meine zweite Frage: Kennen Sie --

Präsident Willi Stächele: Die erste Frage wird beantwortet, dann schauen wir weiter.

Abg. Tanja Gönner CDU: Nachdem ich ja hier stehen bleiben muss, vielen Dank.

Präsident Willi Stächele: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich stimme Ihnen zu, dass die Schlichtung ein guter Prozess war, dass die Schlichtung vielen Menschen geholfen hat, sich eine fundierte Meinung zu bilden. Wie die Mehrheiten hinterher aussahen, weiß man nicht. Umfragen deuten darauf hin, dass das Projekt nach der Schlichtung mehr Zustimmung als Ablehnung erfahren hat.

Das Zweite: Das Durcheinander in den Köpfen gab es auch schon unter der alten Regierung. Das ist nicht neu. Denn wir haben keine Auseinandersetzung allein zwischen Regierung, Bahn und wenigen anderen, sondern eine Debatte, an der ganz, ganz viele beteiligt sind. Das war die Grundlage der Schlichtung; diese Situation bestand schon vor der Schlichtung.

(Claus Schmiedel)

Die Unsicherheit der vorherigen Regierung beim Umgang mit dem Thema kann man nicht plastischer erleben als beim Umgang mit dem Schlossgarten. Was ist denn dort seit der Schlichtung passiert?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Er sieht schlimm aus! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schlimm sieht er aus!)

Es soll also niemand so tun, als sei er davon unberührt. Ich bin sehr froh, dass Sie konstatieren, dass es ein Durcheinander gibt. Deshalb bin ich auch dankbar, dass heute das Gutachten von SMA veröffentlicht wird. Dann weiß man mehr.

Ich bin auch froh, wenn dann die Vergaben öffentlich werden. Dann weiß man auch mehr über die Kostenentwicklung.

Man kann unter dem Strich für oder gegen dieses Projekt sein, je nachdem, wie man das Kosten-Nutzen-Verhältnis bewertet. Mein Credo bei diesem Projekt ist, dass man versuchen sollte, sich immer hart an den Fakten zu orientieren und zwischen Fakten und Bewertung zu unterscheiden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sehr gut! – Abg. Volker Schebesta CDU: Nicht zu uns schauen!)

Ich habe jeden Respekt vor Bewertungen. Ich habe aber keinen Respekt davor, wenn Fakten, die als objektive Fakten existieren, infrage gestellt werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Willi Stächele: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich darf noch Folgendes sagen,

Präsident Willi Stächele: Ja.

Abg. Claus Schmiedel SPD: ... weil es vorhin so herauskam, als sei das, was Kollege Schwarz gesagt hat, infrage gestellt worden: Auch die vorherige Regierung hat betont: Bei Gesamtkosten von über 4,5 Milliarden € gibt es aus Baden-Württemberg kein Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Da sind wir uns einig!)

Wenn wir dies als Gemeinsamkeit festhalten, ist es auch eine wichtige Botschaft für die Bevölkerung,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir haben es nicht infrage gestellt!)

dass wir sagen: In diesem Punkt gibt es in diesem Haus eine ganz breite Übereinstimmung. Man muss nicht immer einen Streit führen, der sich gar nicht lohnt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Nein! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber SMA akzeptieren Sie!)

Präsident Willi Stächele: Erlauben Sie jetzt eine weitere Frage von Frau Abg. Gönner?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber bitte nicht solche Schulfragen mit Übersetzungen usw.

Abg. Tanja Gönner CDU: Herr Schmiedel, würden Sie mir zustimmen, dass der Bundesverkehrsminister in den Jahren 1998 bis 2009 von der SPD gestellt wurde und es in dieser Zeit beim Thema Gäubahn keine Fortschritte gegeben hat? Würden Sie einräumen, dass der Bau von Bundesautobahnen vom Bund und nicht vom Land finanziert wird?

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Ja!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich habe Ihnen gesagt: Ich orientiere mich an den Fakten. Fakt ist – das hat übrigens sogar Herr Oettinger hier festgestellt; deshalb ist das Ganze auch nicht revolutionär neu –:

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber es war so wichtig, dass Sie es noch einmal gesagt haben!)

Das Land Baden-Württemberg wird, egal, wer in Berlin regiert, nicht bedarfsgerecht mit Mitteln hierfür ausgestattet, weil wir eine Verteilung nach Länderquoten haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Warum werfen Sie es uns dann vor?)

Daran hat sich auch unter einem Verkehrsminister von der CDU nichts geändert.

Jetzt geht es darum, einen neuen Ansatz zu finden,

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum bringen Sie es bei S 21?)

weil wir eine Verkehrsprognose – diese kennen Sie, Frau Gönner – für die Verkehrsentwicklung bis zum Jahr 2020 haben, wonach der Hauptverkehrszuwachs im Süden und im Westen liegt. Im Norden stagniert die Verkehrsentwicklung, und im Osten ist sie rückläufig. Vor diesem Hintergrund an der Länderquote festzuhalten ist schlicht nicht sachgerecht.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Deshalb wäre es schön, wenn wir an diesem Punkt gemeinsam daran arbeiten würden, für die Zukunft eine Änderung herbeizuführen. Denn man kann den anderen Ländern auch sagen: Unter denen, die in Baden-Württemberg im Stau stehen, sind nicht nur Baden-Württemberger, sondern auch Verkehrsteilnehmer aus anderen Bundesländern. Die Stausituation in Baden-Württemberg schadet also allen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf: Das ist ein Fakt!)

– Das ist Fakt.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Von 1998 bis 2002 wurde der Bundesverkehrsminister von der SPD gestellt, und es ist wenig Geld hierher geflossen! Vielen Dank! – Unruhe)

Präsident Willi Stächele: Frau Abg. Gönner, damit ist die Frage beantwortet.

(Präsident Willi Stächele)

Jetzt liegt noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger vor. Würden Sie, Kollege Schmiedel, diese zulassen?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt die Zebrastreifen!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Schmiedel, die Frage, die ich eigentlich stellen wollte, wurde mit der gerade gestellten zweiten Frage weitgehend abgedeckt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich will Sie deshalb ergänzend etwas zu den Länderquoten fragen. Bundesverkehrsminister Ramsauer ist, wenn ich es richtig weiß, auch bereit, mehr im Süden zu investieren. Er hat das auch erkannt. Wären Sie bereit, mit der Mehrheit im Bundesrat dies entsprechend positiv zu begleiten?

(Zuruf: Natürlich!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Hier? Der Verkehrsminister im Bundesrat? Aber ja, mit voller Kraft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Aber es gibt ja auch noch ein paar andere Regierungen, und wenn Sie da mithelfen, dann schaffen wir es gemeinsam.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Bayern sind auch dabei!)

Präsident Willi Stächele: Zur Fortsetzung der Debatte erhält nun der Vertreter der FDP/DVP-Fraktion, Herr Abg. Haußmann, das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe heute extra eine grüne Krawatte umgebunden, um die Gemüter wieder etwas zu beruhigen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle auch ausdrücklich sagen, dass der Verkehrsminister nichts dafür kann, dass man in Stuttgart ab 1. Januar 2012 nicht mehr mit der gelben Plakette fahren darf, sondern nur noch mit der grünen.

Vor gerade einmal 23 Tagen haben wir uns in einer Aktuellen Debatte hier im Plenum über das Projekt Stuttgart 21 und über den Geist der Schlichtung unterhalten. Mit meinem damaligen kurzen Hinweis auf Rumpelstilzchen hatte meine Fraktion die Hoffnung verbunden, dass wir wieder zu einer entsprechenden Struktur kommen und dass der Verkehrsminister und das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur wieder ihrer Projektförderungspflicht nachkommen. Herr Kollege Schwarz, ich danke Ihnen ausdrücklich für Ihren Hinweis, dass der Verkehrsminister beim Projekt Stuttgart 21 zur Projektförderungspflicht stehen muss.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sollte! – Abg. Nicole Razavi CDU: Müsste!)

Inzwischen müssen wir aber mit großer Besorgnis feststellen, dass das Gegenteil der Fall ist. Wir erleben eine Fortsetzung des schlechten Stuttgarter "Sommermärchens". Es ist erschreckend, mit anzusehen, wie sich die Projektorganisation des Verkehrsministeriums gestaltet. Die CDU spricht sogar von einer "Geisterfahrt" des Verkehrsministeriums. Auch da, Herr Kollege Schmiedel, stimme ich Ihnen zu: Die Bürger können es allmählich nicht mehr hören.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Warum?)

Die Frage ist nur, wie man es beurteilt und bewertet.

Wir sorgen uns beim Projekt Stuttgart 21 um die Glaubwürdigkeit des Landes Baden-Württemberg,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Wir auch!)

und wir sorgen uns dabei auch um das Ansehen des Landes Baden-Württemberg und um unser Ansehen gegenüber unserem Vertragspartner, der Deutschen Bahn.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Und um die Finanzen!)

Die neueste Taktik zeigt sich darin, dass inzwischen andere ins Rennen geschickt werden, damit der Verkehrsminister ein bisschen aus der öffentlichen Wahrnehmung herauskommt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr wohltuend!)

Wir werten das so, dass doch ein wenig Zweifel an der eigenen Glaubwürdigkeit bestehen.

Die Pressekonferenz des Amtschefs Hartmut Bäumer in der vergangenen Woche wird im "Focus" mittlerweile als sogenannte 100 000-€-Pressekonferenz tituliert. Freimütig wurde dort über interne, möglicherweise vertrauliche, ja sogar "vertragsstrafenbehaftete" Ministeriumsvermerke bezüglich angeblicher Kostenmehrungen beim Projekt Stuttgart 21 gesprochen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kenne das von anderen Projekten auch so: Es ist wichtig, dass ein Verkehrsministerium die Zahlen eines Vertragspartners – die Deutsche Bahn ist ein Vertragspartner; das Verkehrsministerium ist ja keine Abteilung der Bahn – kritisch hinterfragt, dass man Worst- und Best-Case-Szenarien macht. Es kann also gut sein, dass in den Archiven auch andere Zahlen vorhanden sind. Das spricht für die gute Qualität und Arbeitsweise des damaligen Verkehrsministeriums.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Der letzte Rettungsanker ist jetzt die landeseigene Nahverkehrsgesellschaft. Völlig überraschend, wie Phönix aus der Asche, stellt die beim Lenkungskreis zum Stresstest beteiligte Nahverkehrsgesellschaft fest, dass der Begriff "gute Betriebsqualität" nun plötzlich neu zu definieren sei. Man hat sich damals einvernehmlich darauf verständigt, dass SMA das Gutachten erstellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vorschlag von Boris Palmer!)

(Jochen Haußmann)

Insofern ist für uns nicht nachvollziehbar, wie die Nahverkehrsgesellschaft jetzt in einer Art Torschlusspanik Dinge infrage stellt, die man schon längst hätte klären können. Da frage ich auch nach der "guten Betriebsqualität" der Nahverkehrsgesellschaft.

Apropos Geister: Der Volksglaube versteht unter Geist oder Gespenst ein meist unkörperliches, häufig mit übernatürlichen Fähigkeiten ausgestattetes, aber zugleich mit menschlichen Eigenschaften versehenes Wesen.

(Heiterkeit der Abg. Nicole Razavi CDU)

Zugegeben: Eine Geisterfahrt ist dem Wortsinn nach schon ein Stück weit stramm.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Allzu menschlich!)

Ich würde eher von einer Geisterbahn sprechen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist auch gut!)

Eine Geisterbahn funktioniert nach dem Prinzip, dass durch das plötzliche Erscheinen und das ebenso plötzliche Verschwinden von Figuren der Adrenalinspiegel der Besucher steigen soll und damit bei ihnen eine Gänsehaut erzeugt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

So wirkt es derzeit auch bei der Handlungsweise des Verkehrsministeriums hinsichtlich des Projekts Stuttgart 21, meine sehr geehrten Damen und Herren.

In manchen Geisterbahnen ergänzen übrigens gruselig verkleidete Angestellte die mechanischen Gruseleffekte.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Im Verkehrsministerium sollen dem Vernehmen nach zeitlich befristet Praktikanten mit zweifelhafter Qualifikation beschäftigt sein.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Faire Arbeitsverhältnisse!)

Zweifelhaft ist ihre Qualifikation wohl insbesondere dann, wenn das Projekt Stuttgart 21 realisiert wird. Wir fragen uns: Was machen sie denn, wenn das Projekt gebaut wird?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann gehen sie zurück in den Park!)

Wenn schon nicht der Verkehrsminister als Stuttgart-21-Gegner das Ergebnis des Stresstests, die Projektförderungspflicht und die SMA-Gutachter akzeptieren will, so appellieren wir an den Ministerpräsidenten und an den Koalitionspartner, die SPD, in dieser Sache klar Position zu beziehen, damit das Land Baden-Württemberg in der Öffentlichkeit als verlässlicher Projektpartner wahrgenommen wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Präsident Willi Stächele: Gibt es keine Wortmeldungen mehr vonseiten der Abgeordneten? – Gut. Dann hat der Minister für Verkehr und Infrastruktur, Herr Hermann, das Wort.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frei nach Frau Razavi würde ich sagen: Werte Heilige mit und ohne Schein!

(Unruhe bei der CDU)

- Mit und ohne Schein.

Ich will meine Rede mit einem Zitat beginnen:

Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass sie in dem eingerichteten Lenkungskreis gemeinsam mit den Projektpartnern auf ein striktes Kostencontrolling achtet, die Risiken von Kostensteigerungen so weit wie möglich minimiert und dem Landtag regelmäßig über den Projektfortschritt und die Kostenentwicklung berichtet.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber erst dem Landtag!)

Das ist der eindeutige Auftrag des Landtags – viele von Ihnen waren dabei –, erteilt im Mai 2009, nachdem dieser Landtag positiv für dieses Projekt gestimmt hat. Das ist der klare Auftrag, und zwar an jede Nachfolgeregierung. Das verstehe ich auch als meinen Auftrag.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein.

(Unruhe)

Wir kennen jetzt das Spiel, dass Sie immer schon dann, wenn eine Rede beginnt, Zwischenfragen stellen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ich wollte Sie nur ganz konkret fragen, wann Sie dem Landtag berichtet haben!)

Sie dürfen Ihre Frage gern am Ende stellen. Sie verfolgen nur die Strategie, den Zusammenhang meiner Rede zu zerstören. Stellen Sie Ihre Zwischenfragen bitte am Ende.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Das heißt, Zwischenfragen können erst am Ende Ihrer Rede gestellt werden?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Keine weiteren Zwischenfragen, bitte.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist Mitnahme der Bürger! Sie nehmen nicht einmal die Abgeordneten mit! – Zurufe: Endfrage! – Unruhe)

Als Minister der Landesregierung habe ich selbstverständlich die Pflicht, dieses Projekt kritisch zu begleiten und darauf zu

achten, dass die vielen Millionen Euro aus Steuermitteln – egal, ob es Bundes- oder Landesmittel sind; aber vor allem geht es um die Landesmittel – zielgerichtet und zweckgerecht ausgegeben werden

(Beifall bei den Grünen)

und dass die ausgegebenen Mittel tatsächlich der Verbesserung des Schienenverkehrs in Baden-Württemberg dienen, und zwar nicht nur in Stuttgart und bei einem Bauprojekt, sondern dem Schienenverkehr in ganz Baden-Württemberg, damit mehr Menschen das Verkehrsangebot auf der Schiene nutzen können.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Klar ist: Es gibt Verträge, und es gibt Pflichten. Die kennen wir; das habe ich sowohl im Lenkungskreis als auch an anderer Stelle deutlich gemacht. Allerdings verstehen wir Projektförderungspflicht nicht so, dass man die Millionen blindlings irgendwo hineinschüttet und nicht nachfragt, was damit geschieht.

(Zuruf von der CDU: Wer macht das?)

Die Kosten und die Kostenrisiken müssen bei einem solchen Großprojekt offengelegt werden. Wir haben in der Republik vielfach die Erfahrung gemacht, dass Großprojekte aus dem Ruder laufen, insbesondere dann, wenn sie von der Deutschen Bahn realisiert werden. Wir, die Regierung, müssen für Kostentransparenz sorgen und darauf hinwirken, dass die Kalkulationen und Risiken offengelegt werden.

(Beifall bei den Grünen – Unruhe bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will mir später nicht nachsagen lassen, dass ich die Kosten nicht ausreichend kontrolliert hätte – schon gar nicht von der Opposition, die das in der Zeit der eigenen Regierungsverantwortung jahrelang nicht so gesehen hat.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Gerade weil wir als Land finanziell so stark beteiligt sind, weil wir Partner sind, haben wir das Recht und die Pflicht, die Bahn immer wieder zu fragen: Wo steht ihr? Was sind die Risiken? Wie entwickeln sich die Kosten? Bleibt es bei 4,1 Milliarden €, oder werden es 4,1 Milliarden € plus x plus x? Das ist unsere Pflicht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber Sie wollen doch das Projekt gar nicht!)

Liebe Kollegen von der CDU, genau an diesem Punkt hat die letzte Regierung meines Erachtens versagt. Sie haben in den vergangenen Jahren die Zweifel vieler Fachleute – heute ist schon der Bundesrechnungshof zitiert worden – zur Seite geschoben. Der Bundesrechnungshof

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der hat aber Fehler gemacht!)

hat angesichts der Kostenentwicklung schon sehr früh gewarnt; er hat Vergleichsprojekte herangezogen und Vergleichs-

rechnungen aufgemacht. Das alles hat er gemacht. Sie haben das einfach zur Seite geschoben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie verwechseln das mit dem Landesrechnungshof!)

Sie haben zudem – ich finde, das wiegt noch viel schwerer – die warnenden Hinweise Ihrer eigenen Verkehrsverwaltung eigentlich auch mehr oder weniger zur Seite geschoben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Was jetzt? Mehr oder weniger?)

Ihre eigene Verwaltung hat auf Kostenentwicklungen hingewiesen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Bitte keine Behauptungen! Belege!)

aber Sie haben sie nicht zur Kenntnis genommen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Belege!)

Sie haben sich ganz nach dem Prinzip

(Abg. Peter Hauk CDU: Belege!)

uns nahestehender Artgenossen verhalten: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Unglaublich! – Abg. Volker Schebesta CDU: Belegen Sie das doch, wenn Sie können! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und bei Ihnen sind die auf den Bäumen, oder wie? – Abg. Peter Hauk CDU: Dann belegen Sie das doch einmal!)

Aber die Bahn hat das Land auch nicht zeitnah, nicht ordentlich informiert. Das wird immer deutlicher, je tiefer wir in die Akten eindringen und untersuchen, wer wann was gesagt und wie informiert hat.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Herr Minister Hermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein. Ich glaube, ich habe vorhin eine deutliche Ansage gemacht: Zwischenfragen bitte zum Schluss.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Wie immer! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist der Umgang der Landesregierung mit dem Parlament! Das ist eine Sauerei! – Unruhe – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Hört doch einmal zu!)

Bereits 2008, also vor dem Abschluss der Vereinbarung, gab es massive Hinweise auf Kostensteigerungen bei den Tunnelbauten. Projektscharfe Darlegungen ergaben Mehrkosten von 900 Millionen €.

(Unruhe)

– Jetzt hören Sie wieder nicht zu, weil Sie immer dazwischenreden und offenbar nicht zuhören wollen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie sagen immer das Gleiche! Unbelehrbar!)

Über diese Tatsache – bereits 2008 ergaben sich bei Tunnelbauten zusätzliche Kosten in Höhe von 900 Millionen € – hat die Bahn das Land nicht zeitnah informiert. Das belegen Hinweise der Mitarbeiter meines Hauses. Das sind übrigens die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die schon die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meiner Amtsvorgängerin waren. In einem Vermerk heißt es:

Die hohen Kostensteigerungen resultieren im Wesentlichen aus den Tunnelabschnitten. ... Die Kostenzusammenstellungen ... tragen das Datum November 2008. Dies bedeutet.

- dieser Satz ist im Vermerk fettgedruckt, damit es auch jeder sehen kann -

dass bei der DB beim Abschluss des Finanzierungsvertrags bereits bekannt war, dass im Tunnelbau mit deutlich höheren Kosten zu rechnen ist!

(Zuruf von den Grünen: Das ist Betrug!)

Das heißt, der Finanzierungsvertrag vom April 2009 wurde auf der Grundlage von alten, überholten Zahlen abgeschlossen, und das bedeutet, im Bundestag war im November/Dezember 2008 – da war ich selbst extra zu diesem Tagesordnungspunkt im Haushaltsausschuss, und ich war auch im Verkehrsausschuss – das Datenmaterial veraltet, wie wir heute wissen, obwohl die Bahn schon deutlich andere Hinweise hatte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie waren schon damals dagegen! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Aus Ihren ganzen Reden höre ich immer nur Widerstand! Anstatt dass Sie als Verkehrsminister das Projekt fördern!)

Dies bedeutet aber auch, dass der Landtag im Mai 2009 seine Zustimmung zum Finanzierungsvertrag in dem Glauben erteilt hat, dass die dort festgeschriebenen Zahlen realistisch sind. Das hätte man aber, wenn man alle Informationen der Bahn gehabt hätte, so nicht annehmen können.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was sagen Sie zur Kalkulation 2009?)

Hier stellt sich die Frage nach der Legitimation von Parlamentsbeschlüssen im Bundestag und im Bundesrat, wenn diese Gremien auf der Grundlage von nicht aktuellen Zahlen – diese lagen deutlich unter dem, was kurze Zeit später bekannt gemacht wurde – entscheiden.

(Beifall bei den Grünen)

Unsere Nachforschungen haben ergeben, dass die damals zuständigen Beamten – übrigens damals im Innenministerium – entsetzt waren, als sie von der Kostenexplosion bezüglich der Tunnelpassagen erfuhren. Ich zitiere wörtlich aus einem Vermerk vom 6. November 2009:

Ihre bisherigen Verlautbarungen, Stuttgart 21 sei das "bestgeplante Projekt Deutschlands", hat sie

- die Bahn -

selbst ad absurdum geführt.

Das stand am Schluss dieses Kommentars von Beamten. Sie waren entsetzt darüber, wie man ihnen falsche Zahlen hat vorgaukeln können. Das Land war also offenbar selbst nicht gerade begeistert von der Informationspolitik. Denn sonst hätte man nicht ein Anwaltsbüro beauftragt, zu prüfen, ob arglistige oder fahrlässige Täuschung vorliegt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hört, hört! – Abg. Tanja Gönner CDU: Mit welchem Ergebnis? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Keine Ahnung! Das ist doch logisch: Wenn man eine Beteiligung des Landes will, rechnet man seine Kosten höher, damit der Anteil der Beteiligung höher wird! – Weitere Zu- und Gegenrufe von der CDU und den Grünen – Unruhe)

- Hört, hört! - Wir konnten den Akten leider nicht entnehmen, warum Sie diesem Ansinnen nicht weiter nachgegangen sind.

Meine Damen und Herren, im Jahr 2009 ist Bahnchef Mehdorn gestürzt worden. Er hat einen Nachfolger namens Grube. Herr Grube hat sich vorgenommen, für mehr Kostentransparenz und Klarheit zu sorgen. Das hat er auch sehr schnell getan. Zu meinem großen Erstaunen − vielleicht auch zum großen Erstaunen des einen oder anderen von Ihnen − hat er sehr schnell ein neues Kostentableau gehabt, und zwar eines von 5,2 Milliarden €. Er hat, wie er mir damals persönlich gesagt hat, nachrechnen lassen, wie sich das Ganze zusammensetzt.

Es war natürlich in der Tat ein Problem, dass jetzt plötzlich 5,2 Milliarden € anstanden. Er hatte dann das Problem: Wie bekomme ich das wieder herunter? In relativ kurzer Zeit hat er ein knappes Papier erarbeiten lassen, mit dem er 900 Millionen € wieder hat herausrechnen lassen – mit sehr vielen Annahmen, beispielsweise mit der Annahme der Reduzierung von Tunnelstärken, ohne dass klar war, ob das EBA dies je genehmigen würde, beispielsweise mit der Annahme, dass bei den Grundstücksankäufen deutliche Einsparungen zu erzielen sein würden,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das alles sind doch alte Kamellen! Das weiß doch jeder! Es geht um die Kosten 2011!)

ohne dass bereits Grundstückskäufe getätigt worden wären. Es wurden eine ganze Reihe von Luftbuchungen genau in diesem Bereich vorgenommen.

Aber – jetzt tritt die Verantwortung des Landes in Kraft – man hätte seinerzeit nachfragen können und müssen, ob diese Kosteneinsparungen denn möglich waren. Da war, muss man sagen, Fehlanzeige. Es gibt bis zum heutigen Tag keinen Nachweis, dass Einsparmaßnahmen in dieser Größenordnung wirklich realisiert werden können.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Es gibt Erläuterungen der Bahn. Sie sagen, man könne es so oder so machen. Es gibt aber keine nachvollziehbaren Belege.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich, sobald es vergeben wird!)

anhand derer man überprüfen und glaubwürdig nachvollziehen könnte, dass diese 900 Millionen € wieder herauszuschwitzen sind.

Meine Damen und Herren, so kann Kontrolle nicht funktionieren, wenn man einfach nur hinnimmt, was einem kurzzeitig vorgelegt wird, und wenn für die Kontrolle nur zwei Tage angesetzt werden. Wenn es um so komplexe Zahlenwerke geht, muss man sich Zeit nehmen. Genau das haben Sie aber vor der entscheidenden Sitzung des Lenkungskreises nicht getan, als es darum ging, ob man für dieses Projekt endgültig grünes Licht gibt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Das entspricht nicht den Tatsachen! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sagen Sie doch einfach, Sie unternehmen alles, damit es verhindert wird! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Das hat er doch schon gesagt!)

Das wollten auch Sie nicht. Denn der damalige Ministerpräsident Oettinger hat deutlich gesagt: Es kommt zwar darauf an, dass die Mehrkosten und die Kostensteigerungen plausibel gemacht werden, aber entscheidend ist, dass beide Vertragsparteien von den bestehenden Ausstiegsklauseln keinen Gebrauch machen. Es war also klar: Es sollten keine Zahlen nach außen dringen, die das Projekt und die Zustimmung dazu gefährden könnten. Das war der entscheidende Punkt. Sie haben die letzte Chance, angesichts drohender Kostenüberschreitungen von diesem Projekt Abstand zu nehmen, verstreichen lassen.

Sie haben in Ihrer Rede heute darauf hingewiesen, dass in der Faktenschlichtung von drei Wirtschaftsgutachtern deutlich gemacht worden sei

(Abg. Nicole Razavi CDU: Einer war von Ihnen vorgeschlagen!)

– ein Gutachter ist von den Gegnern vorgeschlagen worden –, dass es keinen Hinweis darauf gebe, dass die Kosten über die vorgesehene Summe hinausgehen würden. Allerdings – soviel ich weiß, waren Sie nicht dabei; ich war dabei –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nein, aber es gibt einen Bericht, aus dem ich zitiert habe!)

haben die drei Gutachter geäußert, in der Kürze der Nacht sei es unmöglich gewesen, diese Unterlagen genau zu prüfen. Sie sagten, sie könnten nur den vagen Hinweis geben, dass keine Angaben hätten gefunden werden können, die den Sachverhalt belegen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Herr Hermann, der Schlichterspruch sieht anders aus!)

Wenn man genauer ins Detail geht, dann stellt man fest, dass sehr viele optimistische Annahmen gemacht wurden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Entschuldigung! Der Schlichterspruch sieht anders aus!)

Meine Damen und Herren, in meiner letzten Sitzung als Ausschussvorsitzender hat der Verkehrsausschuss im Deutschen Bundestag

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lesen Sie einmal den Schlichterspruch!)

den für diesen Bereich zuständigen Bahnvorstand Kefer eingeladen. Es ging genau um die Frage der Kosten und ihrer Entwicklung. Dort ist Herr Kefer mehrfach gefragt worden: Wie ist es mit der Einschätzung der Kosten und der Risiken? Gehen Sie von eher pessimistischen, mittleren oder optimistischen Annahmen aus, was die Kosten und die Risiken anlangt? Auf mehrere Nachfragen hat er mit nettem Augenzwinkern gesagt: Natürlich war das eine eher optimistische Annahme

Klar ist, dass die Bahn bei all diesen Zahlen immer optimistisch gerechnet hat, um die Kosten herunterzuspielen – die aber, wenn man ein bisschen in das Projekt und in die Unterlagen schaut, unübersehbar sind.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Für Sie vielleicht! – Zuruf: Das Parlament hat sich täuschen lassen!)

Meine Damen und Herren, mein oberstes Ziel bei diesem Projekt –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Verhinderung ist Ihr Ziel!)

da können Sie noch so viele Debatten führen und mich noch so oft mit allem Möglichen beschimpfen oder bewerfen – bleibt: Ich möchte für Aufklärung bei den Kosten sorgen. Ich möchte die Risiken offenlegen. Ich will alles tun, um sicherzustellen, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen, aber auch deutlich machen, dass dann, wenn sie über das 4,5-Milliarden-€-Plateau hinausschießen, Schluss ist.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Nein! Eben nicht!)

Wir werden deshalb keine zusätzlichen Landesmittel zahlen, wenn die Gesamtsumme 4,5 Milliarden € übersteigt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben Sie recht!)

Die Stadt Stuttgart wird nach Gemeinderatsbeschluss auch nicht mehr bezahlen. Dann wollen wir gern sehen, dass die Bahn die Kostenrisiken bei diesem Projekt übernimmt. Das haben wir der Bahn übrigens schon durch einen Brief des Ministerpräsidenten signalisiert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das weiß die Bahn doch!)

Wir werden die Interessen des Landes wahrnehmen,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Oje, oje!)

aber nicht als kritiklose Fangemeinschaft und auch nicht als blinde Partner.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber als blinde Gegner! – Abg. Winfried Mack CDU: Als Heilige ohne Schein!)

Wir haben jede Menge kritische Fragen, die die Bahn bisher nicht beantwortet hat. Es sind weit über 30 Fragen. Wir werden diese Fragen in der nächsten Sitzung des Lenkungskreises abarbeiten. Wir werden ein striktes Kostencontrolling machen und darauf achten, dass die Kostenrahmen eingehalten werden.

Ich kann Ihnen sagen: Wir sind hellwach, und wir werden hellwach bleiben.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die SPD sieht es Gott sei Dank etwas differenzierter!)

Präsident Willi Stächele: Eine Frage, bitte schön.

(Unruhe)

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Minister Hermann, habe ich das akustisch richtig verstanden? Sie haben in etwa gesagt – wenn ich zitieren darf –: "Sie haben die letzte Chance verstreichen lassen, aus diesem Projekt aus Kostengründen auszusteigen." Jetzt ist meine Frage: Könnte man daraus schließen, dass es jetzt einfach nicht mehr möglich ist, aus diesem Projekt auszusteigen?

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er baut!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Sehr geehrter Kollege, Sie haben mich bei einer nicht ganz präzisen Formulierung erwischt.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wieder einmal! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Stuttgarter Szene! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Sehen Sie, ich kann auch einen Fehler zugeben. Es gibt noch weitere Chancen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bei jedem Auftritt!)

aber zu diesem Zeitpunkt wäre es sehr einfach gewesen, weil es vertraglich so geregelt war.

Präsident Willi Stächele: Es gibt keine weiteren Nachfragen mehr, wie ich sehe. Vielen Dank, Herr Minister Hermann.

Einzelne Fraktionen haben jetzt an sich ihre Redezeit ausgeschöpft. Aber ich denke, angesichts des Beitrags der Regierung ist es angemessen, dass wir, sofern Bedarf besteht, jeder Fraktion noch einmal zwei Minuten zugestehen. Die FDP/DVP hat sogar noch zwei Minuten reguläre Redezeit, also bis zu vier Minuten. Wollen wir uns darauf verständigen?

Dann erteile ich Frau Kollegin Razavi das Wort. Bitte.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Verkehrsminister, ich bin einigermaßen entsetzt.

(Zurufe von den Grünen: Wir auch! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat die SPD aber schon mitbekommen!)

Normalerweise kommt bei einer Geisterfahrt irgendwann einmal, spätestens nach einer halben Stunde, im Radio die Meldung: "Die Gefahr eines Geisterfahrers auf der A soundso besteht nicht mehr." Aber Sie machen einfach so weiter.

(Beifall bei der CDU)

Sie tun doch tatsächlich so, als wären Sie der Erfinder des Kostencontrollings.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bei Ihnen hat das nicht funktioniert!)

Die vorherige Landesregierung hat extra Controller eingestellt,

(Zuruf: Hat aber nichts gebracht!)

um auf die Kostenentwicklung bei diesem Projekt zu achten,

(Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl: Witz komm raus, du bist umzingelt!)

um ganz genau hinzuschauen.

Die Vermerke, die Sie aus dem Ministerium herausgespielt haben, belegen ganz eindeutig – das habe ich vorhin schon gesagt –, wie genau man hingeschaut hat.

(Glocke des Präsidenten)

Wir teilen vollkommen Ihre Auffassung, dass man da auf die Kostenentwicklung schauen muss. Aber in einem Punkt unterscheiden wir uns.

Präsident Willi Stächele: Frau Kollegin – – Entschuldigung! Führen Sie Ihren Satz zu Ende aus.

Abg. Nicole Razavi CDU: Projektförderungspflicht heißt zum einen

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE begibt sich zu einem Saalmikrofon.)

Herr Fritz, setzen Sie sich wieder hin; ich möchte erst einmal meine Rede zu Ende bringen –, dass man genau hinschaut, wie sich die Kosten entwickeln. Aber Projektförderungspflicht heißt zum anderen auch, dass man selbst bereit und in der Lage ist, die Verträge einzuhalten, und genau das tun Sie nicht. Das Land – vor allem der Verkehrsminister – ist ein ganz unsicherer Kantonist.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dazu kann ich nur Herrn Schmiedel zitieren, der vor Kurzem gesagt hat:

Wer massiv Stimmung gegen die Bahn macht, kann nicht erwarten, dass das Unternehmen uns bei anderen Projekten wie etwa beim Ausbau der Rheintalbahn entgegenkommt

Recht hat er. Einen solchen Vertragspartner will man einfach nicht haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Frau Kollegin, es liegen zwei Zwischenfragen vor. Sollen wir diese jetzt oder am Schluss behandeln?

Abg. Nicole Razavi CDU: Am Schluss.

Präsident Willi Stächele: Gut. Beide werden vermerkt für den Schluss.

Abg. Nicole Razavi CDU: Können Sie sich eigentlich vorstellen, welche Auswirkungen das auf das Land hat? Welcher Investor hat denn noch Lust, hier im Land zu investieren?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! Verheerend ist das!)

Die investieren alle woanders.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP – Oh-Rufe von den Grünen)

Das Zweite ist: Wenn Sie sagen, Sie würden auf die Kostenentwicklung achten, dann muss ich entgegnen: Sie müssen einmal aufpassen, wie hoch die Vertragsstrafe für Ihren wiederholten Bruch der Vertraulichkeit sein wird. Dass die Bahn dem Land wegen Bruchs der Vertraulichkeit eine Rechnung schreibt, davon ist auszugehen. Ich bin gespannt, wie hoch diese sein wird. Darüber hinaus bin ich gespannt, ob Sie womöglich schon jetzt einen Betrag in den Haushalt eingestellt haben, mit dem Sie das bezahlen werden, und wie Sie das dann hier vor dem Haus begründen werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Noch eines: Herr Schmiedel, etwas war bei Ihnen schon ein bisschen unhöflich.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Oh!)

Ich wollte Sie eigentlich verschonen. In meiner ganzen Rede kommen Sie bislang nur positiv vor.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Noch! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist aber höchst gefährlich! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

 - Ja, eben. – Aber eigentlich holen wir für Sie die Kohlen aus dem Feuer.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Genau! So ist es! – Abg. Thomas Blenke CDU zu Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt lächeln Sie mal wieder!)

Sie sind beim Thema Stuttgart 21 eine Art zahnloser Bettvorleger, weil Sie nicht Ihren eigenen Verkehrsminister beißen wollen. Jetzt schieben Sie es auf uns und lenken ab.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Das ist wie bei dem Abiturienten, der sich auf eine Prüfung über den Elefanten vorbereitet hat, aber dann lieber über den Regenwurm spricht, weil er sich nicht zu dem Thema bekennen will.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD, auf Abg. Andreas Stoch SPD zeigend: Das ist sein Witz!)

Ich zitiere Herrn Stoch gern.
 Bleiben Sie also da doch einfach sachlich. Wenn Sie so tun, als würden Sie die Haltung des Verkehrsministers stützen, glaubt Ihnen das sowieso niemand

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Willi Stächele: Es liegen zwei Nachfragen vor, eine von Herrn Abg. Dr. Rösler und eine von Herrn Abg. Fritz. Wir behandeln sie in dieser Reihenfolge. Bitte schön.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Frau Kollegin Razavi, ich habe eine Frage an Sie, die über den Inhalt hinausgeht und den Stil Ihrer Rede betrifft.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Den Stil Ihres Auftritts auch! – Zuruf von der CDU: Das sagt jemand ohne Krawatte im Hohen Haus!)

Herr Kollege Schwarz hat es schon angesprochen: Jeder hier im Haus weiß, dass das angesprochene Thema viele Emotionen weckt. Jeder hier im Haus weiß, dass man zu einer Verschärfung beitragen und Öl ins Feuer gießen kann.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das macht ihr doch! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie wissen es am besten!)

- Ich habe nicht behauptet, dass ich es am besten weiß. Ich habe gesagt: Das wissen wir alle, Sie genauso wie ich.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber Sie schütten das Öl hinein! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie halten Pressekonferenzen ab! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Jetzt kommt die Frage. Bitte lassen Sie ihn jetzt die Frage stellen. Bitte schön.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Jetzt habe ich die Frage an Sie: Sind die Begrifflichkeit "Helfershelfer" und die Begrifflichkeit "Mitarbeiter aus dem Sonderkommando",

(Abg. Klaus Herrmann CDU: War es ja auch!)

die Sie gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verwendet haben, die zu ganz großen Teilen auch unter der Vorgängerregierung tätig waren, wirklich die angemessene Form, in der wir hier diskutieren sollten? Ich heische da keinen Beifall, ich heische da eher Nachdenklichkeit – auch bei Ihnen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oh! Krokodilstränen! – Zuruf von der CDU: Was für eine Frage!)

Präsident Willi Stächele: Das war die Frage. Jetzt kommen wir zuerst zur Beantwortung dieser Frage. Dann kommen die Fragen des Kollegen Fritz und des Kollegen Blenke an die Reihe.

Abg. Nicole Razavi CDU: Diese Scheinheiligkeit muss doch wehtun.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja!)

(Nicole Razavi)

Ich wäre eigentlich nicht noch einmal darauf eingegangen, aber "Taskforce" heißt ganz einfach "Kampftruppe".

(Unruhe – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Peinlich! Meine Güte!)

– Nein. Diesen Begriff haben nicht wir erfunden. – Jetzt die Tatsachen zu verdrehen und so zu tun, als würden Beamte im Ministerium, die ich seit vielen Jahren persönlich gut kenne, keine gute Arbeit leisten, das nimmt Ihnen niemand ab. Sie wissen genau, wen ich meine. Sie wissen auch genau, was die Herrschaften im Ministerium tun. Deswegen erübrigt sich die Antwort auf Ihre Frage.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Präsident Willi Stächele: Wir kommen zur nächsten Frage. Herr Kollege Fritz, bitte schön.

(Zuruf)

 Ich würde sagen, zur Kurzintervention kommen wir nach den Fragen.

Bitte schön, Herr Kollege Fritz.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Abg. Nicole Razavi CDU: Das war vor meiner Zeit.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der Deutsche Herbst! Verstehen Sie?)

- Da kennen Sie sich besser aus als ich.

Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Frau Kollegin Razavi, können Sie sich noch an den Neujahrsempfang der CDU in Göppingen erinnern, an dem Herr Kollege Hauk inhaltlich gesagt hat: "Lassen Sie das Projekt eine Milliarde mehr kosten, deswegen wird trotzdem gebaut"? Es ging um Stuttgart 21 und die Neubaustrecke.

(Zuruf)

Wir haben beide an dem Empfang teilgenommen. Sie reden hier von Kostencontrolling und Kostenbegrenzung. Der derzeitige Vorsitzende Ihrer Fraktion hat vor gut einem halben Jahr gesagt: "Lassen Sie es halt eine Milliarde mehr kosten."

Können Sie sich an diese Aussage erinnern, und wie bewerten Sie das?

Abg. Nicole Razavi CDU: Ich kann mich nicht an diese Aussage erinnern. Ich protokolliere auch nicht mit bei Neujahrsempfängen. Ich verstehe aber auch nicht den Hintergrund Ihrer Frage. Was soll das denn jetzt?

Präsident Willi Stächele: Die Frage ist damit beantwortet. – Gestatten Sie eine Kurzintervention, Frau Kollegin Razavi?

Abg. Nicole Razavi CDU: Ja.

Präsident Willi Stächele: Bitte schön, Herr Kollege. Sie haben zwei bis drei Minuten Zeit für eine Kurzintervention.

Abg. Thomas Blenke CDU: So lange brauche ich nicht.

Die Aussage des Kollegen Rösler veranlasst mich, auch einen Sachverhalt darzustellen. Er hat Frau Kollegin Razavi und damit uns Stilbruch vorgeworfen.

(Zurufe: Frage!)

 Das ist eine Kurzintervention. Da brauche ich keine Frage zu stellen.

Ich darf Ihnen sagen, dass gestern Abend ein Mitglied der Fraktion GRÜNE gegenüber vier Abgeordneten der CDU-Fraktion in Anwesenheit Dritter gesagt hat, dass die CDU daran schuld sei und Verursacher sei, wenn es in Stuttgart Bürgerkrieg gäbe. So viel zu der Behauptung, wir seien die Brandstifter und verantwortlich, wenn es Bürgerkrieg gäbe. Wenn Herr Kollege Rösler meint, uns über Stilfragen belehren zu müssen, möchte ich das an dieser Stelle zu Protokoll geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Willi Stächele: Vielen Dank. Keine Replik? – Nein. Das war die Kurzintervention.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommen wir zum nächsten Redner. Herr Kollege Schwarz hat noch eine Redezeit von zwei Minuten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die SPD will noch etwas zu Stuttgart 21 erklären! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Aber nicht mit dem Zebrastreifen! – Zuruf von der CDU: Lassen Sie einmal den Drexler ran! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen den Drexler hören! – Abg. Bernd Hitzler CDU: Was ist mit dem Drexler?)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ganz deutlich bekräftigen, was die Landesregierung gesagt hat: Sie wird ein strenges Kostencontrolling an den Tag legen. Ich möchte auch darum bitten, eine Information bei der Deutschen Bahn darüber einzuholen, wie das fortgeschriebene Kostenkalkulationsblatt der Deutschen Bahn aussieht. Der Landtag von Baden-Württemberg und die Öffentlichkeit haben ein Recht auf diese Information. Ich bitte darum, das hier vorzulegen.

(Beifall bei den Grünen)

Weiter bitte ich darum, die von Ihnen zitierten warnenden Hinweise der Verkehrsabteilung ernst zu nehmen und diese in den Lenkungskreis einzubringen.

Eine gute Betriebsqualität ist uns besonders wichtig. Jeder, der schon einmal mit dem ICE gefahren ist, weiß, wie lange das Ein- und Aussteigen dauert, wie lange es dauert, mit Gepäck in einen voll besetzten ICE einzusteigen bzw. mit Gepäck aus einem voll besetzen ICE auszusteigen. Wir wollen, dass die Menschen mit dem Zug fahren, dass sie auch mit Gepäck mit dem Zug fahren. Daher bitten wir, genügend lange Umsteigezeiten als gute Betriebsqualität zugrunde zu legen. Dieses Projekt muss eine gute Betriebsqualität abbilden.

(Beifall bei den Grünen)

Ich möchte, Frau Kollegin Razavi, noch auf Ihre Ausführungen Bezug nehmen. Ich bitte Sie, die von Ihnen genannten Be-

(Andreas Schwarz)

griffe "Sonderkommando" und "Helfershelfer" zurückzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Ich sage nur "Bürgerkrieg"! Was sagen Sie dazu? Das hat gestern ein Kollege von Ihnen gesagt!)

Diesen Begriff, Herr Kollege Blenke, habe nicht ich verwendet. Hätte ich diesen angeführt, hätte ich ihn zurückgenommen.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Aber natürlich! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das glauben wir nicht!)

Das ist gar keine Frage. In einer Debatte in einem Parlament aber, Herr Kollege Blenke, haben Begriffe wie "Sonderkommando" und "Helfershelfer" nichts verloren.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen: So ist es! – Abg. Nicole Razavi CDU: Nur, wenn es stimmt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie können auch SOKO sagen! – Abg. Karl Zimmermann CDU: "SOKO" kommt immer um 18:15 Uhr im Fernsehen! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir wissen schon, was gemeint ist!)

Präsident Willi Stächele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wir wollten aber den Drexler! Wir hätten gern das Original! – Unruhe)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben in meinen Ausführungen eine angeblich fehlende Sachlichkeit bemängelt.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Nein! Das ist das falsche Thema!)

Der Vorteil an der Schlichtung war, dass man sich bei unterschiedlichen Positionen und in einer aufgeheizten Situation bemüht hat, auf den sachlichen Kern zu kommen. Ich finde, das ist eine richtige Umgangsform. Zum sachlichen Kern, Herr Kollege Schwarz, gehört, dass der Fahrplan mitsamt den Haltezeiten der Züge in den Bahnhöfen zu den grundsätzlichen Eingaben bei einem Stresstest gehört. Diesem hat die Landesregierung zugestimmt.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Übrigens hält der ICE auf jeder seiner Haltestationen auf der Strecke Berlin–Stuttgart zwei Minuten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber oft ist er nicht pünktlich! Das kommt noch hinzu!)

Zweitens: Man könnte den Eindruck erhalten, als gäbe es --

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Es gibt eine Wortmeldung für eine Zwischenfrage.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das kann bestimmt noch warten!)

Möchten Sie jetzt oder am Ende der Rede eine Zwischenfrage stellen?

(Abg. Tanja Gönner CDU: Jetzt!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Gut.

Präsident Willi Stächele: Bitte, Frau Abg. Gönner. Danach ist eine Fortsetzung der Rede möglich.

Abg. Tanja Gönner CDU: Herr Schmiedel, würden Sie zugestehen, dass Sie bereits in der letzten Debatte über Stuttgart 21 sagten, dass der Fahrplan – so, wie er eingegeben worden sei – mit der Landesregierung abgestimmt gewesen sei? Würden Sie zugestehen, dass der zuständige Minister auf mehrfache Nachfrage von mir nicht bereit war, genau diese Frage mit Ja zu beantworten? Ist es also so? Hat die Landesregierung diesem Fahrplan zugstimmt, und der Minister hat falsch geantwortet? Oder haben Sie die Hoffnung, es wäre so gewesen, aber der Minister macht immer etwas anderes?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schwierige Aufgabe! – Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist schwierig!

Jetzt ist er in der Zwickmühle!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich reduziere es jetzt auf den sachlichen Teil.

(Vereinzelt Lachen bei der CDU)

In Bezug auf die Sachlichkeit kann ich anführen: Die Bahn hat zu Zeiten der vorherigen Landesregierung mit ihrem eigenen Fahrplan gearbeitet.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Falsch! Wir haben den richtigen zugrunde gelegt!)

Vielleicht haben Sie Einfluss genommen; das mag sein. Das kann ich nicht beurteilen.

(Beifall bei den Grünen)

Fakt ist aber, dass der jetzige Verkehrsminister begründete Einwände bei der Fahrplangestaltung eingebracht hat, die alle von der Bahn als begründet aufgenommen wurden. Sie wurden eingearbeitet, und am Ende wurde festgestellt, dass wir bezüglich der Eingaben Übereinstimmung erzielen.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Sehr gut!)

Wir könnten einmal sagen: Das ist wirklich ein sehr konstruktiver Beitrag zum Gelingen des Projekts.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Applaus bei der CDU-Fraktion! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Ich wollte noch auf das Thema Kosten eingehen, denn man könnte den Eindruck gewinnen, es gäbe seit dem Beginn der Planung des Projekts über verschiedene Planungsfortschritte bis zur letzten Kostenermittlung vor Baubeginn nur bei dem Projekt Stuttgart 21 Kostensteigerungen. Ich führe einmal ein Projekt als Beispiel an, dem alle in dem dafür zuständigen Regionalparlament immer zugestimmt haben, obwohl es Kostensteigerungen gab: die S 60 zwischen Böblingen und Renningen. Im Jahr 2002 waren dafür 93,2 Millionen € angedacht. Im Jahr 2010 hatte das Eisenbahn-Bundesamt eine Gesamtfördersumme für das Projekt von 150,7 Millionen € festgestellt. Das zeigt, dass es im Wesen solcher größeren Projekte

(Claus Schmiedel)

liegt, dass es Kostensteigerungen gibt, je näher der Termin der Realisierung rückt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Das betrifft übrigens nicht nur Bauvorhaben bezüglich des Schienenverkehrs. Deswegen habe ich als Beispiel auch ein Straßenbauprojekt herausgesucht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das betrifft auch den Ausbau!)

Die unterirdische B-29-Umfahrung von Schwäbisch Gmünd hatte eine Kostensteigerung von 180 Millionen \in auf 230 Millionen \in .

Solche Steigerungen liegen im Wesen solcher Großprojekte. Wenn es zuträfe, dass wir irgendetwas zugestimmt hätten, dann wäre für uns die aktualisierte Kostenrechnung, die den Finanzierungsverträgen zugrunde läge, entscheidend.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Jetzt möchte ich eine Bitte äußern, weil wir in wenigen Tagen zu zwei von den Beamten unter der vorherigen Regierung sehr kritisch gesehenen Teilabschnitten des Projekts – die Abschnitte 1.2 und 1.6; sie betreffen Tunnel vom Hauptbahnhof hoch – das echte Ausschreibungsergebnis auf dem Tisch haben:

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich möchte bitten, dass wir in der ersten Sitzung des Landtags nach der Sommerpause einen Bericht

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Richtig! Sehr gut!)

über die Vergabepreise und über die anstehenden Vergabeverhandlungen bekommen, wie es dem Beschluss, den der Verkehrsminister zitiert hat, entspricht. Dann sind wir schon in der Größenordnung von 40 bis 50 % des Gesamtprojekts, und dann können wir – daran müssten Sie alle genauso interessiert sein wie ich – auf der Grundlage von Fakten miteinander diskutieren. Dann kann noch immer jemand sagen: "Die Gesamtkosten stehen für mich in keiner Relation zum Nutzen." Für uns gilt das nicht. Es ist bekannt, dass für uns gilt: Kostet viel, bringt aber auch viel.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Da kann man auch anderer Meinung sein. Aber wichtig ist doch für uns,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Vereinzelt Heiterkeit)

dass wir die Fakten, die vorhanden sind, zur Kenntnis nehmen und dann auch dem Landtag berichten; das ist meine Bitte. Dann können wir eine Diskussion – pro und kontra – auf der Grundlage von allgemein anerkannten Fakten führen. Zu den allgemein anerkannten Fakten gehört für mich das, was im Schlichterspruch steht. Jetzt lese ich es einmal vor:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Sagen Sie es noch einmal! Prima!)

Die Plausibilität der Kosten von Stuttgart 21 hat zwar Risiken deutlich aufgezeigt, in der Summe aber keinen wirklich überzeugenden Anhaltspunkt dafür gebracht, das Projekt aus Kostengründen zum jetzigen Zeitpunkt doch noch zu stoppen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das ist das Ergebnis der Schlichtung. Ich erinnere mich nicht, dass einer der Beteiligten in der Schlichtung die Seriosität der Überprüfung durch das entsprechende Wirtschaftsprüfungsbüro infrage gestellt hat. Deshalb ist das für uns auch ein Fakt, auf den wir uns stützen. Ich hoffe, er wird am Ende durch die Ausschreibungsergebnisse gedeckt, durch die man dann in Euro und Cent beziffern kann, was es wirklich kostet.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Präsident Willi Stächele: Herr Kollege Haußmann von der FDP/DVP-Fraktion, bitte schön.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem Zauber des Anfangs ist im Verkehrsministerium der Schrecken der Realität eingekehrt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was?)

Ich möchte nur noch kurz auf zwei Dinge hinweisen: Herr Verkehrsminister Hermann, Sie haben zu Recht angesprochen, dass wir auch gehalten sind, die Haushaltsmittel sparsam einzusetzen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das ist ja ganz neu!)

Herr Minister Hermann, ich bin jetzt seit 25 Jahren in verschiedenen mittelständischen Unternehmen tätig, auch in Führungsfunktionen. Da habe ich gelernt, dass man mit Vorbild vorangehen soll. Wenn ich dann sehe – heute haben wir noch den Nachtragshaushalt auf der Tagesordnung –, dass im Verkehrsministerium 59 zusätzliche Stellen geschaffen werden sollen,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die alte Leier wieder! Darüber haben wir doch schon diskutiert!)

davon 21,5 neue Planstellen in der sogenannten Hausspitze, dann muss ich einmal sagen: Fangen Sie einmal bei Ihrem eigenen Haus an, bevor Sie mit dem Finger auf Vertragspartner zeigen

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wenn eine große Zahl dieser neuen Mitarbeiter ausgewiesene Stuttgart-21-Gegner sind, dann – das muss ich schon sagen – sind drei Stellen mit k.w.-Vermerk relativ wenig.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das trifft die anderen!)

Zweiter Punkt: Ich mache mir Sorgen, wenn ich sehe, dass wir im Land Baden-Württemberg weitere Projekte haben, die wir (Jochen Haußmann)

mit der Deutschen Bahn als Vertragspartner angehen – Stichworte Rheintalstrecke, Elektrifizierung der Südbahn, Gäubahn. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Sie bei diesen Projekten wieder auf den Pfad der Zusammenarbeit zurückkehren, wenn Sie beim Projekt Stuttgart 21 schon jetzt, nach kürzester Zeit, wenige Monate nach dem Start Ihrer Regierungstätigkeit, Schwierigkeiten im Umgang mit der Bahn haben? Das frage ich mich. Herr Minister Hermann, das kann und wird nicht funktionieren.

Die gleichen Schwierigkeiten sehe ich auch im Straßenbau und für Projekte in anderen Bereichen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Denn wenn Sie alles anzweifeln, ist es das Beste, wenn Sie gar kein Projekt mehr realisieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Standort-schädigung!)

Dann sparen Sie am meisten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Willi Stächele: Das Wort erteile ich der Frau Ministerin im Staatsministerium Krebs, Bitte schön.

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Landtagsabgeordnete, liebe Opposition! Sie machen sich Sorgen – –

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Man unterscheidet zwischen Landtagsabgeordneten und Opposition! Das ist ein Skandal!)

 Erst kam die allgemeine Anrede, dann haben Sie zusätzlich noch eine spezielle Anrede erhalten. Das war eine höfliche Geste.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Danke schön, Frau Staatsministerin ohne Landtagsmandat!)

– Bitte schön. Es heißt übrigens "Ministerin im Staatsministerium", um das bei dieser Gelegenheit einmal zu sagen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Danke für die Belehrung!)

– Bitte schön, aber gern.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber Belehrungen haben wir heute schon oft genug erfahren!)

Jetzt würde ich gern mit meinem eigentlichen Beitrag anfangen. Sie haben gesagt, Sie machten sich um den Ruf von Baden-Württemberg Sorgen, weil durch die neue Landesregierung sehr viel Verwirrung aufgekommen sei.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt hören Sie doch einmal zu!)

Erinnern Sie sich noch daran, was am 30. September letzten Jahres in Stuttgart passiert ist und wie das zum Ruf unseres Landes beigetragen hat?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wer hat das ausgelöst? – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Sie sagen, Sie machten sich um das Verhältnis in der Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Deutschen Bahn Sorgen. Ich bin leidenschaftliche Bahnfahrerin und daher begeisterte Kundin der Deutschen Bahn.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn Sie reisen wollen, halte ich Sie nicht auf! – Zuruf des Abg. Konrad Epple CDU)

Aber die öffentliche Hand hat bei der Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn wirklich spannende Erfahrungen gemacht. Vielleicht fragen Sie einmal Ihre Kollegen in Berlin, welche guten Erfahrungen sie bei der Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn in Sachen S-Bahn hatten. Man kann von der Deutschen Bahn und ihrem Angebot sehr gern Gebrauch machen und dennoch wissen, dass dieses Unternehmen einer intensiven Kooperation und eines Austauschs mit der öffentlichen Hand bedarf, wenn die Dinge nicht aus dem Ruder laufen sollen

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: So gehen Sie mit einem Vertragspartner um!)

Was Sie mit diesen fortwährenden Debatten über das Verkehrsministerium machen, ist doch nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ach!)

Es war in der Vergangenheit und ist heute Ihr gutes Recht, für das Projekt Stuttgart 21 einzutreten. Aber Sie hätten in der Vergangenheit, als Sie die Regierungsverantwortung trugen, das Recht und auch die Pflicht gehabt, dieses Projekt gerade in finanzieller Hinsicht kritisch zu begleiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Ich würde die Frage gern am Schluss beantworten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ein neuer Stil der Debatte! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: 90 % des Hauses waren dafür!)

Ich zitiere die ehemalige Verkehrsministerin Tanja Gönner zu der Frage, wie die Einschätzung war: Gab es Kritik der alten Landesregierung an den Kosten? Auf die Frage, ob es das Gefühl gab, getäuscht zu werden, sagt die Exverkehrsministerin am 16. Juli:

Ich gehe davon aus, dass mein Vorgänger alle relevanten Fragen beispielsweise in den regelmäßigen Sitzungen des Lenkungskreises gestellt hat. (Ministerin Silke Krebs)

Wenn man so gründlich prüft, welches Projekt man zu welchen Bedingungen übernommen hat, macht man es sich eben auch ein bisschen einfach.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Frau Ministerin, gilt Ihre Aussage generell, keine Zwischenfragen zuzulassen?

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Am Schluss.

Präsident Willi Stächele: Am Schluss. Dann werden die beiden Zwischenfragen am Schluss aufgerufen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir hören auch nur noch am Schluss zu! – Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil das nichts bringt, was sie sagt!)

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Sie sind von den Beamten in der Verwaltung über Jahre hinweg auf Kostenrisiken bei dem Projekt hingewiesen worden. Sie sind auf Verschleppungen seitens der Bahn hingewiesen worden, auf ständig neue Forderungen, auf nicht fristgerecht überreichte Unterlagen. Sie haben das beständig ignoriert und in den Wind geschlagen. Da sind Sie Ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht gerecht geworden.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auch gegenüber dem Landtag nicht, mit 90 % Zustimmung?)

Wenn Sie jetzt den Verkehrsminister fortlaufend nach seiner Projektförderungspflicht fragen – diese Frage haben wir, glaube ich, hinlänglich beantwortet –, dann frage ich Sie: Wo war Ihre kritische Projektbegleitung in diesen Punkten, wo war Ihre Verantwortung in Bezug auf die Steuermittel?

(Beifall bei den Grünen)

Wir machen, was die Pflicht der Landesregierung ist: Wir begleiten das Projekt im Rahmen der Projektförderungspflicht. Aber wir begleiten auch den Umgang mit öffentlichen Geldern.

Wir können den Bürgerinnen und Bürgern versichern, dass wir das auch in Zukunft machen werden und unserer Aufgabe gerecht werden.

Ich möchte noch jemanden zitieren, und zwar den ehemaligen Ministerpräsidenten Mappus, der am 20. Januar dieses Jahres zum Thema "Umgang mit Stuttgart 21" gesagt hat:

Wenn die Politik darauf reagiert, früh einbezieht, modern kommuniziert und ständig informiert, kann sie dafür sorgen, dass eine solche Situation in Zukunft nicht mehr entsteht, Eskalation vermieden wird. Das habe ich gelernt im letzten halben Jahr. So etwas passiert mir nicht mehr im Leben.

Herr Mappus, Sie haben gesagt, Sie hätten verstanden. Vielleicht erklären Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen noch einmal, wo es ein Problem bei diesem Thema gab.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Willi Stächele: Ich habe jetzt eine Liste von Nachfragen. Herr Kollege Hauk.

(Abg. Peter Hauk CDU: Hat sich erledigt!)

- Hat sich erledigt. Dann kommt Frau Abg. Gönner.

Abg. Tanja Gönner CDU: Frau Krebs – Frau Ministerin im Staatsministerium Krebs, Verzeihung –, würden Sie zugestehen, dass die Landesregierung zu einem frühen Zeitpunkt ein Controllingsystem eingerichtet hat und dass ein Controllingsystem dazu da ist, Kosten zu überprüfen?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

Wenn Sie das zugestehen, hätten Sie dann auch Verständnis dafür, dass man sich bei einem gemeinsam auf den Weg gebrachten Projekt – bei aller Schwierigkeit, die unterschiedliche Vertragspartner bei einem solchen Projekt haben –, bei dem kein Kündigungsrecht mehr besteht, nicht damit beschäftigt, Akten aufzuarbeiten, um dem Projektpartner Knüppel zwischen die Beine zu werfen? Sind Sie mit uns der Auffassung, dass es darum geht – das verstehen wir unter Projektförderungspflicht –, den Weg gemeinsam zu gehen und das Projekt kritisch zu begleiten, und gestehen Sie zu, dass wir deswegen ein Controlling eingerichtet haben?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wie war noch gleich die Frage?)

Würden Sie zugestehen, dass das die Aufgabe ist, die eine Landesregierung hat, und dass ein Minister nicht ständig versuchen sollte, alte, im Übrigen aber bekannte Sachverhalte als neue Tatsachen darzustellen, weil er damit vom Ergebnis und der Sachlichkeit der Schlichtung weg wieder zur Emotionalität führen will, um das Ergebnis der Schlichtung vergessen zu machen?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, das hatte den Umfang einer Kurzintervention! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Und jetzt noch die Frage!)

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete Gönner, ich gestehe Ihnen zu, dass ein Kostencontrolling Sinn macht. Ich habe nur leider in der Zeit, in der ich in der Landesregierung bin, bisher noch nicht feststellen können, dass dieses offenbar vorhandene Kostencontrolling so durchgeführt wurde, dass der derzeitigen Landesregierung bekannt wird, welches im Moment der wahre Kostenstand von Stuttgart 21 ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Tanja Gönner CDU: So viel zum Thema "Umgang mit dem Personal"!)

Präsident Willi Stächele: Die nächste Fragestellerin ist Frau Abg. Razavi.

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Ministerin, die Projektgegner haben gerade erklärt, dass sie die Präsentation des Stresstests boykottieren werden. Meine Frage an Sie als Vertreterin des Teils der Landesregierung, der gegen das Projekt ist: Stehen Sie weiter zur Schlichtung und zum Schlichtungsergebnis?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Natürlich!)

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Selbstverständlich stehen wir zur Schlichtung und zum Schlichtungsergebnis, insbesondere zu den offenen Fragen, die auch die Schlichtung an die Gestalt des Projekts formuliert hat.

Präsident Willi Stächele: Die nächste Frage kommt vom Kollegen Röhm.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Ministerin im Staatsministerium, ich frage Sie: Glauben Sie, dass die Kollegen von der SPD-Fraktion, der FDP/DVP-Fraktion und der CDU-Fraktion in der 14. Legislaturperiode ihre Entscheidung für das Projekt Stuttgart 21 nach reiflicher und gewissenhafter Prüfung getroffen haben, oder glauben Sie, sie haben fahrlässig gehandelt?

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Ich glaube selbstverständlich nicht, dass jemand fahrlässig gehandelt hat. Ich gehe selbstverständlich davon aus, dass jeder hier im Haus, der diesem Projekt zustimmt bzw. zugestimmt hat, das aus fester Überzeugung tut bzw. getan hat. Aus derselben festen Überzeugung bin ich und sind Mitglieder der Regierung und auch viele in meiner Partei der Meinung, dass dieses Projekt vermutlich nie wirklich funktionieren wird und die Kosten aus dem Ruder laufen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt lassen Sie doch dem Ministerpräsidenten das letzte Wort!)

Präsident Willi Stächele: Letzte Nachfrage, Kollege Mappus.

Abg. Stefan Mappus CDU: Frau Ministerin, nachdem Sie mich korrekt zitiert haben und ich das im Übrigen genau so gesagt habe und weiterhin so sehe, könnten Sie im Zuge dessen bestätigen, dass die vormalige Landesregierung eine Bundesratsinitiative eingebracht hat, die in puncto Bürgerbeteiligung genau diese frühere Einbeziehung in die Projektphase initiieren soll?

Könnten Sie uns in diesem Zusammenhang auch erklären, warum nach meinen Informationen die aktuelle Landesregierung dieses Konzept so nicht weiterverfolgen will?

Könnten Sie, nachdem heute verschiedentlich Stilfragen angesprochen wurden, uns im Zusammenhang mit Fragen der Bürgerbeteiligung und des wohlwollenden Umgangs miteinander auch erklären, warum es der Landesregierung und ihrer Spitze bis zum heutigen Tag nicht möglich ist, sich von "Lügenpack"-Rufen, die im Zusammenhang mit Stuttgart 21 gefallen sind, zu distanzieren und dadurch auch einen Beitrag dazu zu leisten, dass diese ganze Debatte entemotionalisiert wird?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Zunächst zum letzten Punkt: Der Ministerpräsident hat sich schon, bevor er Ministerpräsident wurde, und auch danach klar und deutlich von "Lügenpack"-Rufen distanziert.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Winfried Mack, Abg. Stefan Mappus und Abg. Peter Hauk: Nein, nein, nein!) – Doch. Das wurde mehrfach in der Presse zitiert. Auch ich persönlich kann Ihnen versichern, dass ich nichts davon halte, in solchen Auseinandersetzungen mit dem Begriff "Lüge" zu operieren. Ich habe vorhin gerade geschildert, dass ich davon ausgehe, dass jeder seine Position aus voller Überzeugung vertritt – auf beiden Seiten.

Zum Thema "Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement": Wir haben gesehen, dass es da eine Initiative gab. Wir haben sie in anderer Form aufgegriffen. Wir haben eine Staatsrätin mit dieser Aufgabe versehen, die sehr emsig dabei ist, neue Verfahren aufzubauen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Zehnfach höhere Besoldung!)

– Das ist eine ehrenamtliche Ministerin. Wir können gern über die Besoldungsfrage reden; das machen wir dann während der Haushaltsberatungen. Ich will hier jetzt nur darstellen, dass wir das Thema "Mehr Bürgerbeteiligung" sehr ernst nehmen. Ich wollte mit der Wiedergabe Ihrer Äußerungen, mit dem Zitat von Ihnen, Herr Mappus, darauf hinweisen, dass es auch der früheren Regierung bei diesem Projekt nicht gelungen ist, die Probleme, die es gab, zu beseitigen,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das lag aber nicht an uns!)

und darauf hinweisen, dass der schwierige Umgang mit diesem Thema wirklich kein Markenzeichen dieser Regierung ist. Mit diesem Thema haben schon viele Regierungen in Baden-Württemberg ihre Mühe gehabt.

Präsident Willi Stächele: Frau Ministerin, erlauben Sie eine weitere Nachfrage des Kollegen Mappus?

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Gern.

Abg. Stefan Mappus CDU: Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie die Gesetzesinitiative auf Bundesebene – es handelt sich um Bundesgesetzgebung – mit dem Ziel von mehr Bürgerbeteiligung seitens der neuen Landesregierung zurückgezogen haben und das Ganze infolgedessen nicht gesetzlich implementiert wird?

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Nein, da haben Sie mich falsch verstanden. Ich kenne den aktuellen Stand dieser Initiative gerade nicht. Ich wollte nur darauf verweisen, dass wir uns das Thema in anderer Form sehr zu Herzen genommen haben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Vielen Dank!)

Präsident Willi Stächele: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Frage des Herrn Kollegen Poreski? Bitte schön.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Frau Ministerin, wie beurteilen Sie Aussagen wie die des Kollegen Haußmann – wir haben sie aber auch von anderen gehört –, dass man bei einem Projektpartner, auf den man an anderer Stelle angewiesen ist, nicht so genau hinschauen dürfe, weil man von ihm abhängig sei?

(Unruhe bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das hat er nicht gesagt! – Abg. Tanja Gönner CDU: Unterstellung!)

(Thomas Poreski)

Ist das aus der Perspektive der Landesregierung eine Partnerschaft auf Augenhöhe, oder übernehmen Sie die Sichtweise der damaligen Regierung?

(Unruhe)

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Sehr geehrter Herr Poreski, ich habe vorhin angedeutet, was ich für eine sinnvolle Haltung der öffentlichen Hand gegenüber der Deutschen Bahn halte: Zusammenarbeiten, da es um wichtige Angebote für unsere Bürgerinnen und Bürger geht, aber ein kritisches Auge auf die Entwicklungen und Projekte haben.

Präsident Willi Stächele: Frau Ministerin, erlauben Sie noch eine Kurzintervention des Herrn Abg. Haußmann? – Bitte.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Frau Ministerin, ich möchte eigentlich nur kurz auf den Beitrag des Herrn Poreski reagieren, weil er mich falsch zitiert hat. Ich habe nicht gesagt, dass man bei der Bahn die Dinge sozusagen durchlaufen lassen sollte. Mir ging es vielmehr darum, zu sagen: Wenn zwei Projektpartner Schwierigkeiten miteinander haben, wenn man bei einem Projekt nicht aufeinander zugeht, wie soll sich das dann bei anderen Projekten entsprechend verbessern? Das habe ich damit gemeint.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau! – Zustimmung der Abg. Tanja Gönner CDU)

Ich habe nicht damit gemeint, dass man vielleicht sagt – nehmen wir einfach das Beispiel der Rheintalstrecke –: Na ja, da wird es vielleicht etwas teurer; das lassen wir dann durchlaufen. Da haben Sie mich falsch verstanden, Herr Kollege Poreski.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Ich verstehe nicht ganz, was ich antworten soll. Ich werde es Herrn Kollegen Poreski ausrichten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das soll kein Streit werden!)

Präsident Willi Stächele: Das ist letztlich eine sachliche Richtigstellung gewesen.

Ich bedanke mich. Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Ich danke Ihnen.

Präsident Willi Stächele: Ich schließe damit Punkt 2 der Tagesordnung.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung – wir behandeln ihn noch vor der Mittagspause – auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Vierten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011 – Drucksache 15/300

Zur Begründung erteile ich dem Herrn Finanzminister das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein altes chinesisches Sprichwort besagt: Auch die längste Reise beginnt mit dem ersten Schritt.

(Unruhe)

Die neue Landesregierung hat in der Tat einen langen Weg vor sich, um den Schuldenberg, der in 57 Jahren CDU-Regierungszeit hinterlassen wurde, abzubauen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb macht ihr jetzt mehr Schulden!)

Der Härtetest am 29. Juni hat es schonungslos zutage gefördert – auch wenn einige das nicht gern hören möchten –:

(Beifall der Abg. Claus Schmiedel SPD und Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Wir erben Schulden, verlagerte Verpflichtungen und Eventualverbindlichkeiten von insgesamt über 70 Milliarden €. Dazu kommen ungedeckte Pensionsverpflichtungen in Höhe von 68 Milliarden €. Wir haben einen Sanierungsstau bei Landesliegenschaften und Landesstraßen von zusammengerechnet über 3 Milliarden € übernommen. Beim digitalen Polizeifunk kommen weit über 100 Millionen € Mehrkosten auf uns zu und beim Hochwasserschutz insgesamt 450 Millionen €. Die Risiken aus dem EnBW-Deal lassen sich bis heute nicht seriös beziffern. Eine erste Ahnung könnten wir durch die Halbjahreszahlen des Konzerns erhalten, die demnächst veröffentlicht werden.

Zusammengefasst bedeutet das, vor uns liegt ein Langstreckenlauf. Dort, wo bisher nur geredet wurde, wird nun angepackt. Wir handeln mutig, kraftvoll und entschlossen. Dieser Nachtragshaushalt ist der erste Schritt, um den Landeshaushalt insgesamt wieder auf den rechten Weg zu bringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das glauben Sie ja selbst nicht!)

Um es ganz deutlich zu sagen: Sie haben von Konsolidierung geredet, wir packen es an.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Ein herzhaftes Lachen!)

Deshalb nutzen wir die Mehreinnahmen aus der Mai-Steuerschätzung und senken die Nettokreditaufnahme um 250 Millionen €. All jene, die jetzt in der Opposition ganz schnell und plötzlich die Nettonull fordern, sollten einmal in sich gehen, sich die Verschuldungslage des Landes insgesamt anschauen

(Abg. Tanja Gönner CDU: Eben!)

und sich bewusst machen, wer die Verantwortung dafür trägt. Es war die schwarz-gelbe Landesregierung, die auch in guten Zeiten Schulden angehäuft hat.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Tanja Gönner CDU: Aber nicht bis 2020!)

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat von der Substanz gelebt und Rücklagen abgebaut. Es war die schwarz-gelbe Landesregierung, die einen riesigen Sanierungsstau hinterlassen

(Minister Dr. Nils Schmid)

hat. Wenn diese beiden Fraktionen jetzt in der Opposition plötzlich davon reden, sie wollten konsolidieren,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es war die SPD, die mehr Stellen gefordert hat! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

dann ist das keine seriöse Haushaltspolitik, sondern nichts anderes als ein leeres politisches Versprechen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Was haben wir denn im Haushalt 2008/2009 an Neuverschuldung stehen? Nullneuverschuldung!)

Vernünftige Politik in Baden-Württemberg sieht anders aus. Mit Augenmaß, seriös und solide werden wir vorangehen und nicht polemisch und polternd, so, wie Sie die Landtagsdebatten gestalten. Deshalb machen wir uns mit dem Nachtragshaushalt an die Aufgaben, mit denen uns die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Auftrag am 27. März betraut haben. Wir steigen mit voller Kraft ein. Dieser Nachtragshaushalt ist Ausdruck des demokratischen Wechsels, der sich natürlich auch im Haushalt widerspiegelt. Wir haben ja schon über die Stellen geredet.

Aber der Nachtragshaushalt dient zunächst einmal dazu, Versäumnisse der Vergangenheit aufzuarbeiten, die Sie uns hinterlassen haben. Zwangsläufige Mehrausgaben in Höhe von 150 Millionen € werden bis auf wenige Ausnahmen zurückgeführt, ebenso Verpflichtungen, die Sie eigentlich hätten veranschlagen müssen. Ich erinnere daran, dass Sie Ihre Bildungsoffensive nicht im Versorgungsfonds des Landes abgebildet haben und dass Sie auch keine Vorsorge für die steigenden Zahlen von Asylbewerbern getroffen haben, eine Aufgabe, bei der die Kommunen eine Finanzierungsbeteiligung des Landes erwarten.

Deshalb sage ich ganz deutlich: Dieser Block des Nachtragshaushalts verdient Ihre Zustimmung mindestens genauso, wie er unsere Zustimmung verdient.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Die kommt sicher auch!)

Es wäre natürlich ein Leichtes gewesen, zu sagen: Wir nehmen die Steuermehreinnahmen und wollen gleich zu Beginn sozusagen als großer Sparfuchs auftreten. Aber wir gehen nicht den Weg des geringsten Widerstands in dieser Frage, sondern wir wollen den Haushalt nachhaltig konsolidieren. Das bedeutet, beides in den Blick zu nehmen: die offenen Schulden am Kreditmarkt und die verdeckten Schulden, die Sie uns insbesondere mit dem Sanierungsstau hinterlassen haben.

Nicht taktische Manöver, sondern der Sinn für das Ganze bestimmt die Finanzpolitik dieser Regierung. Das ist unser Verständnis davon, wie man in unserem Land seriöse Politik gestaltet. Was hilft uns eine öffentlichkeitswirksame Nettonull in diesem Haushaltsjahr, wenn über Jahrzehnte hinweg die nachfolgenden Generationen die Zeche zahlen müssen, weil zu wenig in die Vermögenssubstanz investiert wird, weil ein Sanierungsstau ins Unendliche wächst und weil die landeseigenen Liegenschaften langsam, aber sicher vor die Hunde gehen? Wer von der schwäbischen Hausfrau und ihrer Sparsamkeit spricht, darf eines nicht vergessen: Gerade diese schwä-

bische Hausfrau würde Haus und Hof eben nicht verkommen lassen, so, wie Sie es in den letzten Jahrzehnten getan haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Da gibt es nicht einmal Beifall von der eigenen Fraktion!)

Wir legen 560 Millionen € in einer zweckgebundenen Sanierungsrücklage an, um diesen Sanierungsstau abzubauen. Im Einzelnen werden wir den Antragsstau bei der Förderung der Krankenhäuser in kommunaler und privater Trägerschaft mit einem einmaligen Sonderprogramm außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs abbauen. In gleicher Weise wollen wir ein einmaliges Sonderprogramm für Investitionsmaßnahmen bei den landeseigenen Zentren für Psychiatrie vorsehen. Auch werden wir in einem ersten Schritt den gewaltigen Sanierungsstau von 2,6 Milliarden € bei den landeseigenen Gebäuden Stein für Stein abtragen, damit Projekte, die aufgrund fehlender Mittel bislang nicht zur Bauausführung freigegeben worden sind, mit einem kurzfristigen Mittelabfluss realisiert werden können.

Das bedeutet auch, dass wir uns in diesem Landeshaushalt entlang des Wählerauftrags dort verstärkt einbringen, wo die soziale, wirtschaftliche und ökologische Modernisierung des Landes auf dem Spiel steht. Deshalb werden wir punktuell in bestehenden Ministerien neue Stellen schaffen und auch in den neuen politischen Schwerpunktbereichen im Verkehrsministerium und im Integrationsministerium den Wählerauftrag, den wir erhalten haben, umsetzen. Zukunftsaufgaben wie nachhaltige Mobilität und die zentrale gesellschaftliche Frage der Integration wollen wir endlich angehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ganz zentral lösen wir auch ein wichtiges Wahlversprechen bezüglich der Steuerverwaltung ein. Denn ein planvoller, gesetzmäßiger und gerechter Steuervollzug setzt voraus, dass man ausreichend Personal hat. Das gilt übrigens auch für die konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung. In den vergangenen Jahren wurde das Gegenteil getan. Sie haben über 2 000 Stellen in der Steuerverwaltung abgeschafft. Wir bauen 100 neue Stellen auf: 50 Anwärterstellen und 50 Stellen für diejenigen, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben.

Ich will Ihnen die Argumente hierfür noch einmal nennen. Sie haben sicher die verschiedenen Rechnungshofberichte zu diesem Thema gelesen. Allein im Bereich der Veranlagung wurde die Höhe der Einnahmeausfälle auf 360 Millionen € taxiert. Auch bei der Betriebsprüfung und bei der Steuerfahndung werden dem Land regelmäßig hohe Einnahmeverluste durch mangelnde Kontrolle bescheinigt. Jahr für Jahr gehen der öffentlichen Hand in Deutschland Beträge in zweistelliger Milliardenhöhe verloren,

(Widerspruch bei der CDU)

weil steuerpflichtige Einkünfte hinterzogen werden. Baden-Württemberg liegt – Stand heute; das ist das Erbe von Ihnen, von CDU und FDP/DVP – auf dem vorletzten Platz im Vergleich aller Bundesländer hinsichtlich der Personalstärke in der Steuerverwaltung. Mit diesem Nachtragshaushalt wollen wir daher eine Trendwende einleiten und mehr Steuergerechtigkeit in Baden-Württemberg herstellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen zunächst Steuererhöhung?)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Schließlich finden Sie in diesem Nachtragshaushalt die ersten politischen Duftmarken der neuen Regierung. Mit Augenmaß werden die Maßnahmen formuliert, die unerlässlich sind, um bereits noch in diesem Jahr politische Neuerungen einzuführen, die wir als Landesregierung in der Koalition verabredet haben.

Das Erste ist die Aufstockung der Mittel für Krankheitsstellvertretungen. Denn jede Stunde, die ersatzlos ausfällt, ist eine Stunde Ausfall zu viel. Wir wollen die beste Bildung für die jungen Menschen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zweite Duftmarke: Wir unterlegen die Energiewende hier im Land finanziell, indem wir zusätzliche Mittel für Umwelt und Klimaschutz zur Verfügung stellen und die Programme "Zukunft Altbau" und "Klimaschutz-Plus" verstärken. Die ökologische Modernisierung in Baden-Württemberg darf nicht länger auf die lange Bank geschoben werden. Sie beginnt jetzt und heute.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zudem unterstützen wir die Polizei im Land mit der Finanzierung dringend benötigter zusätzlicher Fahrzeuge und Technik. Denn eines ist klar: Auch hier wurden in der Vergangenheit Neuanschaffungen und Modernisierung zu lange verschleppt. Gerade unsere Polizistinnen und Polizisten leisten einen schweren Job. Sie opfern sich für die Allgemeinheit auf, damit wir alle in Baden-Württemberg sicher leben können. Deshalb wird diese Landesregierung unsere Polizistinnen und Polizisten nicht im Regen stehen lassen und wird ihnen nicht nur mit Worten, sondern mit konkreten Taten helfen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich noch einmal die wichtigen Punkte zusammenfassen:

Mit diesem Nachtragshaushalt beweist die neue Landesregierung trotz eines schweren Erbes ihren absoluten Willen zur Konsolidierung. Wir senken die Neuverschuldung um 250 Millionen €. Wir legen 560 Millionen € in eine zweckgebundene Sanierungsrücklage, um die verdeckten Schulden abzubauen. Wir stärken die Steuerverwaltung, um Mehreinnahmen für den Landeshaushalt zu generieren und um dafür zu sorgen, dass in Baden-Württemberg der Ehrliche nicht weiter der Dumme ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Immer Misstrauen gegenüber den Bürgern!)

Wir setzen wichtige Impulse bei den politischen Schwerpunktthemen dieser Regierung: der Bildung unserer Kinder, der Erhaltung der Umwelt, der Gewährung der inneren Sicherheit als öffentlicher Aufgabe. Damit ist klar: Es geht um beides. Es geht um Sparen und um Investieren, wo es notwendig ist. Es geht um Konsolidierung und gleichzeitig um das Hegen und Pflegen der Quellen unseres Reichtums. Es geht schlicht und ergreifend um intelligente Konsolidierungspolitik.

Ich lade Sie alle ein. Machen Sie mit. Bringen Sie sich konstruktiv in die Ausschussberatung ein. Ich freue mich auf den

kommenden Montag und auf die zweite und dritte Lesung in der nächsten Woche.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr überzeugend! Gutes Konzept! – Abg. Martin Rivoir SPD: Guter Mann!)

Präsident Willi Stächele: Das Wort in der Aussprache erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Abg. Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Ende sind es die Zahlen. Die Faktenlage ist eindeutig, und über diese werden Sie auch durch die tollste Rhetorik nicht hinwegtäuschen können. Baden-Württemberg nimmt in diesem Jahr 1 Milliarde € mehr ein. Diese Mehreinnahmen hätten gereicht, um die 800 Millionen € Neuverschuldung, die als Überbleibsel aus dem Urhaushalt noch im aktuellen Haushalt stehen, zu tilgen. Genau das tun Sie seitens der Regierung nicht. Sie verschließen sich der Konsolidierung des Haushalts – und dies in einer Zeit, in der die Steuereinnahmen sprudeln.

Heute beraten in Brüssel die Staats- und Regierungschefs über die Eurokrise und über die Frage, wie man dem hoch verschuldeten Griechenland helfen kann. Griechenland hat eine Wirtschaftskraft, die etwa zwei Drittel der Wirtschaftskraft Baden-Württembergs entspricht. Wir alle wissen, dass die Eurokrise eine Krise des Vertrauens in die Staatshaushalte ist, weil das Vertrauen schwindet, dass Schulden, die gemacht wurden, zurückgezahlt werden können respektive dass der Staat letztendlich nicht mehr der unendliche Bürge für Schulden ist.

Der Euro ist eine Gemeinschaftswährung, und jeder in dieser Gemeinschaft der Euroländer, auch die baden-württembergische Landesregierung und dieser Landtag, hat die Pflicht, in dieser besonderen Zeit alles dazu beizutragen, dass diese Gemeinschaftswährung stabilisiert und nicht destabilisiert wird.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sind wir jetzt alle Griechen, oder wie?)

Die Griechen reduzieren ihre Neuverschuldung, obwohl die Wirtschaft schrumpft. Unsere Wirtschaft wächst, die Steuereinnahmen wachsen, und Sie erhöhen die Neuverschuldung. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch gar nicht wahr! Was erzählen Sie denn da? – Abg. Martin Rivoir SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

– Natürlich erhöhen Sie die Neuverschuldung, zwar nicht gegenüber der bisherigen Planung,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na also!)

aber gegenüber den Möglichkeiten, die Sie haben. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gegenüber Ihren haltlosen Behauptungen, meinen Sie!)

(Peter Hauk)

Deshalb sollten wir alles dafür tun – auch als Körperschaft innerhalb der Europäischen Union –, dass wir unseren Beitrag dazu leisten, dass das Vertrauen in den Staat, das Vertrauen in die Staatshaushaushalte nicht weiter schwindet, sondern sich wieder mehrt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eigentlich müssten Sie sich jetzt einen Überbietungswettbewerb im Bereich der Haushaltskonsolidierung und der Staatsverschlankung liefern. Aber der Weg in die Verschuldung geht weiter. Die grün-rote Regierung gibt vor, mit einem sogenannten Kassensturz, der zudem noch auf falschen Zahlen basiert, erkannt zu haben, was Baden-Württemberg droht. Wenn Sie eine Lehre daraus hätten ziehen können, dann doch die, den Sparkurs dann, wenn es möglich ist, unvermindert und in aller Härte fortzusetzen.

(Zuruf: So ist es!)

Das wäre die richtige Konsequenz gewesen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber Sie machen beides. Sie führen die Verschuldung weiter, obwohl Sie noch vorhaben, auch die Einnahmen durch Steuererhöhungen zu steigern.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Plus 1 Milliarde €!)

Aber der richtige Weg führt über Konsolidierung und nicht über die Erhöhung der Staatseinnahmen.

Nachhaltigkeit heißt: Ich belaste nicht andere, künftige Generationen mit meiner heutigen Lebensweise.

Herr Kollege Schmiedel, vielleicht erinnern Sie sich noch an diese Aussage,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau so machen wir es! – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

die Sie am 15. Dezember 2010 hier an dieser Stelle gemacht haben. Wenn ich mir den Entwurf des heute vorgelegten Vierten Nachtrags anschaue, frage ich mich: Stimmt das Gesagte noch,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

oder hat sich Ihre Definition von Nachhaltigkeit geändert?

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Wenn Sie Ihren eigenen Koalitionsvertrag ernst nehmen, dann können Sie eigentlich für diesen Nachtrag nicht die Hand heben. Zur Erinnerung: In Ihrem Koalitionsvertrag steht:

Wir wollen, dass auch unsere Kinder und Enkel noch Möglichkeiten zur politischen Gestaltung haben. Mit einer nachhaltigen Finanzpolitik werden wir dafür die Grundlage schaffen.

Mit dem vorliegenden Nachtragshaushalt entmündigen Sie die Kinder und Enkel und geben den Ball gleich an die Urenkel weiter.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Ja, genau! Sankt-Nimmerleins-Tag!)

Sie führen das Land nicht auf den Weg der Konsolidierung, sondern Sie setzen ganz andere Prioritäten. Sie schaffen mehr Beamtenstellen, und die wenigsten davon sind für die politische Priorisierung vorgesehen. Das haben wir ja gestern bei der Regierungsbefragung von Frau Kollegin Splett gehört. Über die Hälfte der im Verkehrsministerium neu geschaffenen Stellen werden für die allgemeine Verwaltung eingesetzt, nicht für politische Prioritäten,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

auch nicht für den Straßenbau, wie Sie, Herr Schmiedel, vollmundig erklärt haben.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Mehr Beamtenstellen, mehr Ausgaben, mehr Verschuldung, mehr Steuerbelastungen für junge Familien, die Eigentum erwerben wollen, weniger Schuldentilgung, weniger Nachhaltigkeit – damit sind die Kernpunkte Ihrer Haushaltspolitik umschrieben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Der Landesrechnungshof hat Ihnen eine eindeutige Empfehlung gegeben. Ich zitiere eine Aussage von Vizepräsident Kunz vom 11. Juli:

Überraschend schnell ist die Chance zur Konsolidierung des Haushalts wiedergekommen. Diese Chance muss auch genutzt werden. Sonst bleibt nachhaltige Finanzpolitik Wunschdenken.

Winfried Kretschmann hat am 5. Mai 2010 in der Aktuellen Debatte zur Auswirkung der Griechenlandkrise auf Baden-Württemberg wörtlich ausgeführt – ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten –:

Aber machen wir uns nichts vor: Der griechische Virus hat längst auch Baden-Württemberg befallen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!Zuruf des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann)

In der Tat, Herr Ministerpräsident: Mit Ihrem Nachtrag untermauern Sie, dass der griechische Virus zwar nicht früher Baden-Württemberg, aber in der Tat die heutige Landesregierung befallen hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich sage Ihnen ganz offen: Besinnen Sie sich! Philosophische Gedanken reichen nicht aus, um ein Land zu regieren. Konkrete Umsetzung ist gefragt, und zwar hier und heute.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Peter Hauk)

Herr Ministerpräsident, ich erinnere mich auch daran, dass Sie mit dem damaligen Ministerpräsidenten Oettinger Mitglied in der Föderalismuskommission waren.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Die Föderalismuskommission hat damals die Einführung einer Schuldenbremse beschlossen, und dies wurde im Grundgesetz auch umgesetzt. Sie scheinen sich aber nicht mehr an das Datum zu erinnern. Die grundgesetzliche Schuldenbremse gilt nämlich seit dem 1. Januar 2011.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Seit dem 1. Januar 2011 ist es den Ländern zunächst einmal grundsätzlich untersagt, überhaupt neue Schulden aufzunehmen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Sie haben das damals begrüßt. Wir haben diese grundgesetzliche Vorschrift für die Übergangszeit bis zum Jahr 2020 in die Landeshaushaltsordnung aufgenommen – mit Ihrer Zustimmung. Sie wollten damals sogar noch ein Verfassungsrecht daraus machen – nicht ein einfaches Gesetz, sondern Verfassungsrecht – und dieser Bestimmung Verfassungsrang einräumen.

In dieser Landeshaushaltsordnung, die bis zum heutigen Tag, also auch am 21. Juli 2011, Gültigkeit hat, steht, dass Neuverschuldung verboten ist, wenn die Staatseinnahmen nicht gegenüber dem Vorjahr um mehr als 1 % sinken.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Das ist die klare LHO-Vorgabe.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Herr Ministerpräsident, Sie halten dies sehenden Auges nicht ein.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie halten nicht nur dem Grunde nach die Vorgabe nicht ein, dass Konsolidierung geboten ist, gerade auch im Lichte der Eurokrise, die die Menschen beschäftigt, wenn es um die Frage der Härte der Währung geht. Vielmehr halten Sie auch die gesetzlichen Vorgaben nicht ein, die Sie selbst mit beschlossen und initiiert haben. Wo bleibt Ihre Glaubwürdigkeit und die Ihrer Regierung?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Am Ende liefern Sie ein Kontrastprogramm. Die neue, grünrote Regierung schlägt im Entwurf des Nachtragshaushalts vor, die Nettokreditaufnahme lediglich um 250 Millionen € abzusenken, aber dafür 560 Millionen € neue Schulden zu machen. Bezeichnenderweise ist die Nettoneuverschuldung im Vierten Nachtrag genauso hoch wie die Zuführung zu einer ominösen Rücklage für Sanierungsmaßnahmen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die ist nicht ominös, sondern real!)

Lieber Kollege Schmiedel, die Sozialdemokraten waren einmal selbstbewusst, und zwar sowohl als Abgeordnete als auch als Fraktion. Ich appelliere an Sie, darüber nachzudenken: Wo bleibt Ihr Selbstbewusstsein, wenn Sie 560 Millionen € pauschal der Regierung zur Verfügung stellen, ohne die Maßnahmen klar zu benennen?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! Sanierungsmaßnahmen!)

Es entspricht dem Haushaltsrecht des Landes, dass immer dann, wenn investiert wird, größere Beträge nicht einfach in einem Pauschaltitel abgefeiert werden. Vielmehr muss über größere Beträge – auch hierüber – eine Abstimmung im Landtag erfolgen.

(Zuruf: So ist es!)

- So ist es. - Wo bleibt hierbei aber Ihr Selbstbewusstsein?

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Meine Damen und Herren, die Maß-, Hemmungs-, aber auch Orientierungslosigkeit der neuen Landesregierung

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

zeigt sich aber auch bei den neuen Stellen, die im Haushalt ausgebracht sind. Es handelt sich um 180 neue Stellen. Wir haben darüber debattiert. Das bedeutet eine strukturelle Mehrbelastung für den Landeshaushalt von 100 Millionen € bis zum Inkrafttreten der Schuldenbremse im Jahr 2019. Dies als Demokratiekosten zu verkaufen ist doch ein Hohn für den Wähler, wenn man weiß, dass die Mehrzahl der Stellen gerade nicht für neue politische Schwerpunkte benötigt werden, sondern irgendwo versickern, um alte Parteisoldaten und Genossen zu bedienen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf: So ist es! – Zuruf von der SPD: Alte?)

An dieser Stelle möchte ich noch einmal die gestrige Regierungsbefragung aufgreifen, die sehr erhellend war. Im Verkehrsministerium werden 59 neue Stellen geschaffen. Gerade einmal neun Stellen davon sind für ein Programm gedacht, das Sie als neuen politischen Schwerpunkt vorstellen, nämlich für die nachhaltige Mobilität. Der Rest versickert irgendwo in der allgemeinen Verwaltung, nur weil Ihre Regierung – Ihr Haus und die anderen Ministerien – nicht bereit war, proportional zum Anteil der Beamten, die beim neuen Verkehrsministerium beschäftigt sind, Beamtenstellen aus der allgemeinen Verwaltung zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Die neun Stellen akzeptieren wir. Wir akzeptieren die Inhalte, mit denen die Beamten betraut werden. Dass Sie neue Stellen dafür brauchen, ist verständlich. Die 50 anderen hingegen sind nicht akzeptabel.

(Zuruf: So ist es!)

Im neuen Integrationsministerium sieht es ähnlich aus. Hier wollen Sie 45 neue Stellen schaffen. In Niedersachsen kommt man bei einem deutlich breiteren Aufgabenspektrum mit gerade einmal der Hälfte der Stellen aus.

(Peter Hauk)

Schauen wir uns einmal die Wertigkeit der Stellen im Integrationsministerium an. Das beginnt mit einer B-9-Stelle. Dann folgen drei – drei! – Abteilungsleiter im Dienstrang eines Ministerialdirigenten, die also nach B 6 besoldet werden. Insgesamt sind es 45 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Selbstbedienungsladen!)

Meine Damen und Herren, das ist ein Selbstbedienungsladen, wie ihn dieses Land bisher noch nie gekannt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Finanz- und Wirtschaftsministerium behält trotz der Zusammenlegung zweier Ministerien zwei B-9-Stellen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ja!)

Es behält aber nicht nur diese B-9-Stellen, sondern es kommen zusätzliche Stellen hinzu. Wo bleiben aber die Synergieeffekte gerade in der allgemeinen Verwaltung? Wenn Sie Stellen abgegeben hätten – was Sie hätten tun müssen, weil Sie Kompetenzen verloren haben –, wäre das nachvollziehbar gewesen. Sie haben aber Kompetenzen abgegeben, haben keine Stellen eingespart und wollen sogar zusätzliche Stellen ausweisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat mit einer seriösen Finanz- und Stellenpolitik nichts zu tun. Sie erhöhen nämlich den Personalbestand der Ministerialverwaltung um insgesamt 6 %.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Negativbeispiel!)

Meine Damen und Herren, Grün-Rot hat ohne Not die Nullverschuldung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. So haben Sie es jedenfalls vor. Erst hieß es 2019, jetzt heißt es 2020.

Lieber Herr Finanzminister, was haben Sie in der Vergangenheit gegen vermeintliche Schattenhaushalte polemisiert, die es nicht gab. Jetzt sind Sie derjenige, der selbst den Schattenhaushalt Wahrheit werden lässt. Mit dieser ominösen Sanierungsrücklage entziehen Sie dem Haushalt eine halbe Milliarde Euro. Damit verletzen Sie das Jährlichkeitsprinzip. Voraussichtlich werden Sie auch noch einen Modus finden, wie Sie diese Rücklage am Haushaltsgesetzgeber vorbei verwenden können. Das ist der Stil der neuen Regierung, der Umgang mit dem Parlament. Das ist der neue Stil, den Sie angekündigt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Sie sind angetreten, in der Regierung einen neuen Politikstil für Baden-Württemberg – so haben Sie selbst es formuliert – einzuführen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das merkt man!)

Dieser neue Stil zeigt bereits heute mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf sein wahres Gesicht. Damit sagen Sie den Bürgern dieses Landes nur eines: Nachhaltigkeit ist schön, aber nicht in dieser Legislaturperiode.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Sie sagen den Bürgern: Sparen ist schön, aber nicht bei unseren verdienten Parteigenossen.

(Zuruf: Genau!)

Sie sagen den Bürgern: Wir halten die Verfassung, die Gesetze grundsätzlich hoch, aber nur, soweit sie uns nicht behindern.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Noch ist es nicht zu spät, Herr Ministerpräsident Kretschmann, um den Finanzminister und die Verabschiedung dieses Haushaltsentwurfs zu stoppen. Der Vizepräsident des Rechnungshofs hat mit Blick auf den kommenden Nachtragshaushalt gesagt – ich zitiere –:

Der Haushalt 2012 wird die Weichen für die Finanzpolitik der kommenden Jahre stellen. Für Landtag und Landesregierung wird er zur Bewährungsprobe für eine nachhaltige Haushaltspolitik.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Damit hat er recht!)

Der Konsolidierungspfad sollte nicht bis 2019, dem Jahr vor Inkrafttreten der bundesrechtlichen Schuldenbremse, gestreckt werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Im Jahr 2020!)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, meine Damen und Herren Minister und Staatssekretäre, Herr Ministerpräsident, sorgen Sie dafür, dass diese Mahnungen in Ihren eigenen Reihen nicht weiterhin auf taube Ohren stoßen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es sind so wenige Vertreter der Regierung bei diesem Thema da! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ein Stück weit Ehrlichkeit!)

Helfen Sie mit, einen seriösen und für dieses Land gewinnbringenden Haushalt aufzustellen. Übernehmen Sie jetzt endlich Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger, für die kommenden Generationen. Machen Sie nicht nur Ankündigungen. Dann unterstützen wir Sie dabei. Der erste Schritt dahin heißt: Nullneuverschuldung im Jahr 2011.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wo sind denn die ganzen Minister, die das Geld wollen?)

Präsident Willi Stächele: In der weiteren Aussprache erteile ich Frau Abg. Aras für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über die Personalstellen haben wir in der letzten Plenarsitzung bereits ausführlich debattiert.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Das ist aber nicht Teil des Haushalts gewesen!)

Lassen Sie mich deshalb vorweg nur drei Punkte dazu anführen: Auch meine Fraktion wird sich die Notwendigkeit jeder

(Muhterem Aras)

einzelnen Stelle in den Beratungen des Finanzausschusses darlegen lassen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Aha! – Abg. Volker Schebesta CDU: Da bin ich aber gespannt!)

 Ja. – Allein mit der Tatsache, dass neue Stellen geschaffen wurden, den Generalverdacht der Unwirtschaftlichkeit zu begründen, ist völlig daneben, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Es kommt darauf an!)

Erstens handelt es sich zu einem erheblichen Teil um Stellen, die in der Steuerverwaltung geschaffen wurden. Wir sind uns hoffentlich darin einig, dass die Inhaber dieser Stellen mehr Geld erbringen, als sie kosten. Es ist keineswegs so, Herr Rülke, dass der Großteil der Einnahmen in den Länderfinanzausgleich fließen würde. Jeder Betriebsprüfer bringt nach dem Finanzausgleich Mehreinnahmen von ca. 1 Million € pro Jahr. Vor der Einbeziehung des Finanzausgleichs sind es 1,25 Millionen €.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wenn Sie 45 000 Stellen schaffen, dann können wir zufrieden sein!)

Diese Stellen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen nicht zulasten der Steuerzahler, sondern zulasten der Steuerhinterzieher. Damit trägt diese Maßnahme zu mehr Steuergerechtigkeit bei.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt nicht! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie misstrauen dem Bürger! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wir sind gegen Betrüger! – Unruhe)

Ich erinnere nur an die Diskussion darüber, ob die "Steuer-CD" gekauft werden sollte oder nicht. Ich weiß schon, wovon ich rede.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur CDU: Im Gegensatz zu Ihnen ist sie vom Fach! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Diesen Eindruck hat man nicht!)

Zweitens: Alle neu geschaffenen Stellen werden wieder abgebaut; dafür sind k.w.-Vermerke im Nachtragshaushalt eingefügt. Die Ausnahme bilden die Stellen in der Steuerverwaltung und die Funktionsstellen der neuen Ministerien.

Drittens: Beim Land sind über 205 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Wie viele davon sind Lehrer und Polizisten?)

Abgesehen von den Stellen in der Steuerverwaltung kommen noch 180 neue Stellen hinzu. Das ist gerade einmal ein Promille, es ist ein Tausendstel des bisherigen Personalbestands.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Unruhe bei der CDU)

Hier von einer Aufblähung der Verwaltung zu sprechen ist völlig fehl am Platz.

(Beifall bei den Grünen)

Diese neu geschaffenen Stellen werden den Landeshaushalt weder ruinieren, noch werden sie ihn sanieren. Dennoch – das sage ich noch einmal – werden wir uns um jede Stelle kümmern. Denn es geht in der Finanzpolitik um Sorgfalt im Einzelnen wie auch um Tragfähigkeit und Nachhaltigkeit im Ganzen.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Um Gesetze!)

Nachhaltigkeit, meine Damen und Herren, ist das Leitmotiv grüner Haushaltspolitik. Dieser Nachtragshaushalt, der erste Haushalt, den die neue Regierung vorlegt, ist in der Tat ein Schritt zu mehr Nachhaltigkeit, auf jeden Fall zu mehr Nachhaltigkeit, als die CDU jemals hinbekommen hat.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe der Abg. Volker Schebesta und Peter Hauk CDU)

Zum Thema Nachhaltigkeit kann ich Ihnen, lieber Kollege Hauk, als Steuerberaterin nur einmal sagen: Die Bilanz hat immer zwei Seiten, Aktiva und Passiva. Wenn man nur die Schulden anschaut, das Vermögen aber verwahrlosen und herunterkommen lässt, dann haben wir uns de facto verschuldet und haben Substanz abgebaut. Damit nehmen wir den nächsten Generationen Gestaltungsmöglichkeiten weg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war sehr gut!)

Leider bildet unser veraltetes staatliches Rechnungswesen, die Kameralistik, die betriebswirtschaftliche Nachhaltigkeit völlig unzulänglich ab. Die ökologische Nachhaltigkeit findet überhaupt keinen Niederschlag. Zukünftige Verpflichtungen oder unterlassene Investitionen berücksichtigt unser Rechnungswesen nicht. Ebenso wenig sieht es Veränderungen in der Vermögenssubstanz vor. Diese Bilanzpositionen sind aber für das Thema Nachhaltigkeit ganz wesentlich. Wer sich auf die Kameralistik verengt, lügt sich bei der Nachhaltigkeit in die eigene Tasche. Das haben wir nicht vor.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herr Vizepräsident Kunz hat kürzlich bei einer Pressekonferenz des Rechnungshofs formuliert – ich zitiere aus einem Pressebericht –:

Ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden ist 2012 rechtlich möglich, und er ist auch geboten.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Aha!)

Dies ist ein Beispiel für eine Sichtweise, die zu kurz greift

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Rechnungshof!)

– Moment, ich bin noch nicht fertig –, weil unsere Buchhaltung, die Kameralistik, zu kurz greift.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ah ja! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Muhterem Aras)

Ich will es anhand eines Beispiels erläutern,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

das vom Rechnungshof selbst stammt und in der Denkschrift des Rechnungshofs 2011 ausgeführt ist. Es geht um den Sanierungsrückstau, beispielsweise bei den Landesgebäuden. Diesen Rückstau beziffert der Rechnungshof selbst mit 2,4 Milliarden €. Dabei handelt es sich um nicht erledigte Aufgaben, Schulden in der Vermögenssubstanz in Höhe von 2,4 Milliarden €, die wir Ihrer Politik zu verdanken haben, liebe Kollegen von der Opposition.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Rechnen Sie nun die aktuellen Steuermehreinnahmen von 1 Milliarde € dagegen, dann landen Sie bei einem Minus von 1,4 Milliarden €. Da bleibt nichts für die Nullneuverschuldung übrig. Wir sind längst im Minus. Einfach gesagt: Ich finanziere nicht nachhaltig, wenn ich heute 100 € im Portemonnaie habe, aber weiß, dass ich morgen Zahlungsverpflichtungen von 200 € habe.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Nachhaltig schuldenfrei zu sein bedeutet, auf Dauer mehr Einnahmen als Ausgaben oder weniger Ausgaben als Einnahmen zu haben, was das Gleiche ist. Nachhaltigkeit bedeutet, über den Tellerrand des Augenblicks und der Kameralistik hinaus zu schauen. Mit der Entscheidung, mehr als die Hälfte der Steuermehreinnahmen auf die Seite zu legen, nämlich 560 Millionen € in eine zweckgebundene Sanierungsrücklage einzubringen −

(Abg. Klaus Herrmann und Abg. Peter Hauk CDU: Schuldenfinanziert!)

so, wie es der Rechnungshof anmahnt –, übernimmt dieser Haushalt praktische Verantwortung für Nachhaltigkeit, ob es Ihnen passt oder nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Schuldenfinanziert! – Abg. Peter Hauk CDU: Aber Sie werden mir doch zugestehen, dass sich die Bilanz dann trotzdem nicht verändert!)

 Darf ich erst einmal zum Ende kommen? Dann dürfen Sie gern fragen.
 Die neue Regierung übernimmt damit Verantwortung für die Aufarbeitung der Versäumnisse der vorherigen Regierung, sei es bei der Sanierung von Krankenhäusern, bei der Sanierung im staatlichen Hochbau oder beim Erhalt der Landesstraßen. Auch Letzteres ist ein Lieblingsprojekt von Ihnen; auch da haben Sie nicht genügend saniert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! Mangel wohin man schaut! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/ DVP, haben die Vermögenssubstanz des Landes heruntergewirtschaftet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mit drei Exzellenzuniversitäten?)

Genau deswegen können wir die Neuverschuldung nicht sofort auf null senken. Es sind Ihre Versäumnisse, die verhindern, was Sie jetzt fordern.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ausreden!)

Dann wollen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP, noch die Steuern senken. Sie wollen ferner – unter Tagesordnungspunkt 6 werden wir dazu noch kommen – die Zuführung zur Versorgungsrücklage verdoppeln. Kurz gesagt: weniger einnehmen, mehr ausgeben und gleichzeitig die Verschuldung senken.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weniger einnehmen?)

- Sagen Sie.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo leben Sie denn? Weniger einnehmen! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Grunderwerbsteuer; ich greife nur ein Thema auf. – Ich habe keine Sparvorschläge gehört. Das, Herr Rülke und Herr Hauk, ist nicht die Quadratur des Kreises. Es ist schlicht die Verwechslung von Plus und Minus.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nochmals die Zahlen im Überblick, damit die Relationen nicht vergessen werden: für die Zuführung zur Sanierungsrücklage 560 Millionen €, für neue Stellen im Regierungsbereich ca. 8 Millionen €. Der Rest – das ist ein wesentlicher Teil – sind zwangsläufige Ausgaben wie etwa zum Vollzug der Besoldungsanpassung laut Tarifvertrag. Oder sollen wir den Tarifvertrag nicht anwenden?

Die Verschuldung wird durch diesen Nachtragshaushalt um 250 Millionen € gesenkt. Wir bleiben dabei aber nicht stehen. Wenn sich reale Möglichkeiten – ich betone: reale Möglichkeiten – ergeben, die Neuverschuldung weiter zu senken, werden wir das tun.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann brauchen Sie aber 10 Milliarden € Mehreinnahmen!)

Die Regierungsfraktionen werden darauf achten, dass jeder Euro, der über die nach der Mai-Steuerschätzung veranschlagten Steuermehreinnahmen hinaus eingeht, der Senkung des Schuldenstands zugutekommt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Sie können jetzt sofort damit anfangen! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Brauchen Sie eigentlich noch mehr Beispiele, als wir um uns herum haben?)

– Warten Sie einmal ab. – Ich halte es für nicht ausgeschlossen, dass wir am Ende des Jahres eine Nettokreditaufnahme von null oder von nahezu null sehen werden. Es gehört aber zur kaufmännischen Vorsicht, dass wir dies jetzt nicht fest einplanen können.

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg haben den Wechsel gewählt, einen Wechsel zur Nachhaltigkeit,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Zur Verschuldung! – Abg. Peter Hauk CDU: Ein Wechsel zu Steuern und ein Wechsel zu Schulden!)

zu neuen Chancen in der Verbindung von Ökologie und Ökonomie, zu einem neuen sozialen Miteinander, das die Vielfalt

(Muhterem Aras)

zum Vorteil macht. Diese neuen Themen sind neue Schwerpunkte und werden auch in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik aufgenommen.

Die neuen Schwerpunkte werden beispielsweise konkret in den zwei neu geschaffenen Ministerien – Ministerium für Verkehr und Infrastruktur sowie Ministerium für Integration – umgesetzt. Neue Schwerpunkte erfordern neue Arbeitsstrukturen. Daher finde ich es richtig, die neuen Ministerien auch adäquat einzurichten. Es handelt sich um Schlüsselthemen der Landesentwicklung. Dies ist eine gute Investition.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dreimal B 6 im Integrationsministerium! Bei rund 50 Leuten! Das ist adäquat?)

 Lieber Kollege Hauk, die CDU hat nicht nur zu wenig in Landesimmobilien investiert, sie hat auch in die Gesellschaft und in die Volkswirtschaft wenig investiert.

(Zurufe von der CDU)

Hätten Sie die Integrationsthematik in den letzten 58 Jahren ernsthaft betrieben, brauchten wir heute vielleicht kein Integrationsministerium. "Dank" Ihrer Politik brauchen wir es heute.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Ich kritisiere das gar nicht! Aber dreimal B 6, das sollen Sie einmal erklären! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Ich komme zum Schluss. Wir haben uns auf einen klaren Fahrplan zur Einhaltung der Schuldenbremse 2020 verständigt. Damit sichern wir im Wechsel, in der Veränderung auch die finanzpolitische Nachhaltigkeit. Dieser Nachtragshaushalt ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da wünscht man sich Herrn Schlachter zurück! Er hat wenigstens etwas davon verstanden!)

Präsident Willi Stächele: Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Abg. Maier. Bitte schön.

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vom Finanzminister eingebrachte Vierte Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 2011 enthält drei wichtige Botschaften:

Erstens: Die Steuereinnahmen steigen um knapp über 1 Milliarde €. Bei allem Gezänk, das man in diesem Haus erlebt, sollten wir an dieser Stelle den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, den braven, fleißigen baden-württembergischen Bürgerinnen und Bürgern auch einmal Dank sagen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU)

Zweitens: Wir senken die Nettokreditaufnahme von 810 Millionen ϵ auf 560 Millionen ϵ .

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU) Das ist ein erster Schritt zur Konsolidierung der Staatsfinanzen.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Bei 1 Milliarde € Steuermehreinnahmen!)

Und die dritte wichtige Botschaft ist:

(Zuruf: Schulden!)

Wir ziehen aus dem Kassensturz des Finanzministers die ersten Konsequenzen. Wir gehen den Sanierungsstau an und bilden dafür eine Rücklage.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: "Eine Rücklage"! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Schuldenfinanziert!)

Meine Damen und Herren, wir sehen in diesem Nachtragsentwurf erste erfreuliche politische Akzente. Wir stärken die Krankheitsvertretung bei den Lehrern und schaffen damit eine sichere Unterrichtsversorgung. Wir geben Mittel für Umwelt- und Klimaschutz. Die Polizei kommt bei ihrer Ausrüstung nicht zu kurz. Und wir finanzieren erste innovative Projekte.

Aber ich glaube, die wichtige politische Aussage dieses Nachtrags ist die Bildung einer Rücklage zum Abbau des Sanierungsstaus. Dabei verhält sich die Regierung wie ein vernünftiger Hausbesitzer: Wenn es durch das Dach hineinregnet, macht man keine großen Sondertilgungen, sondern man nimmt das Geld und repariert das Dach.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie machen neue Schulden! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir reparieren. Wir erhalten des Vermögen des Landes und verringern die Nettokreditaufnahme. Meine Damen und Herren, das ist Politik mit Augenmaß. Dies kommt den Menschen schon in diesem Jahr zugute, und zwar in Form von Sofortprogrammen. Wir können das Behördenbauprogramm und das Programm für die Forschungsförderung, einen wichtigen politischen Schwerpunkt, ausstatten und hier 36 Millionen € in die Universitäten investieren. Wir können in die Gebäude investieren. Wir können energetische Maßnahmen angehen.

Eine neue Landesregierung braucht natürlich auch neues Personal. Die neue Landesregierung setzt mit der Schaffung von zwei neuen Ministerien auch neue politische Schwerpunkte. Dafür müssen wir natürlich auch neue Stellen schaffen. Nehmen wir das Ministerium für Integration. Wir wollen es zu einem Aushängeschild unserer Regierung machen.

(Zuruf: Das ist gelungen!)

Dort wird gerade Pionierarbeit geleistet. Es werden Referate aus dem Nichts aufgebaut. Neue oder bisher vernachlässigte Politikfelder werden bearbeitet, Probleme gelöst und Vorurteile abgebaut. Das ist bei einem Migrantenanteil von rund 25 % in Baden-Württemberg eine wichtige und in der Vergangenheit sträflich vernachlässigte Aufgabe. Dies mit 59 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – davon 45 neuen – zu stemmen verdient unseren Respekt und keine Kritik. Die Ausgaben für

(Klaus Maier)

die Integration sind eine Investition in eine bessere Zukunft, und zwar für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Wir werden eine bedeutende Personalverstärkung bei der Steuerverwaltung vornehmen. Mehr Steuerprüfer schaffen mehr Steuergerechtigkeit und finanzieren letztendlich die hierfür notwendigen Personalausgaben und mehr mit.

Wir müssen auch an den Spitzen der Ministerien Personal einstellen, diese Spitzen aufbauen und gestalten. Wir hätten das anders gemacht, mit mehr Versetzungen und Umsetzungen oder Abordnungen von grünen oder sozialdemokratischen Beamtinnen und Beamten. Solche findet man aber in den Ministerien nicht.

(Beifall der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Sie wurden außen vor gehalten. Man findet in manchen Referaten der Ministerien mehr Parteibücher der CDU als Aktendeckel.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Peter Hauk CDU: So einen Blödsinn habe ich noch nie gehört!)

Deswegen bringen wir neue, motivierte Personen in unsere Politik. Das wird uns vorwärtsbringen. Es hat noch nie geschadet, gute Kommunalpolitiker oder Menschen von außen in die Ministerien zu bringen.

Der Vierte Nachtrag umfasst auch notwendige Mehrausgaben wie die Erstattung für Flüchtlinge, Gelder für Staatsbesuche, Tariferhöhungen, BAföG-Kostenerstattungen, Ausgaben zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes sowie Hilfen im Bereich der Landwirtschaft von insgesamt 186 Millionen €. Das sind die normalen Ausgaben, die hier noch enthalten sind.

Das wichtigste Ziel für unsere Zukunft wird allerdings sein, die Nettokreditaufnahme kontinuierlich auf null abzusenken und die Schuldenbremse, die uns das Gesetz vorgibt, einzuhalten.

Lieber Herr Hauk, wir haben viel über den Stil der neuen Regierung gehört. Aber es gibt auch einen Stil der vorherigen Regierung. Auf der einen Seite war in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen, die Verschuldung Schritt für Schritt abzubauen, und zwar von 700 Millionen € im Jahr 2012 auf 400 Millionen € im Jahr 2013 und schließlich auf null im Jahr 2014.

Erschrocken war ich aber, als ich auf die Ausgabenseite schaute. Da sah ich nur große schwarze Löcher, und zwar für das Jahr 2012 eine Deckungslücke in Höhe von 2,3 Milliarden €,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das war doch bekannt!)

für 2013 eine Deckungslücke in Höhe von 2,89 Milliarden €

(Abg. Peter Hauk CDU: Entschuldigung, was ist daran neu? Wir haben sie immer geschlossen!)

und für 2014 eine Deckungslücke in Höhe von 3 Milliarden €.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

Ich als Bürgermeister einer Gemeinde bin das nicht gewohnt.

(Zurufe: Doch!)

Wenn man mit solchen Haushalten zum Landrat kommt, wird man zum Nachsitzen wieder nach Hause geschickt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Genau!)

Präsident Willi Stächele: Kollege Maier, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Klaus Maier SPD: Das ist jetzt meine erste Rede, und die darf ich ohne Zwischenfragen zu Ende bringen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wo steht das?)

Präsident Willi Stächele: Gut.

Abg. Klaus Maier SPD: Diese Lücken zu schließen wird eine Herkulesaufgabe werden.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir haben es immer geschafft!)

Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger verstehen, dass wir Rücklagen – auf gut Schwäbisch gesagt: ein Sparkässle – bilden, dass wir unsere Steuereinnahmen vernünftig einsetzen und eine solide Haushaltspolitik mit Tilgung und mit Abbau des Sanierungsstaus machen.

Meine Damen und Herren, bei dem uns vorliegenden Vierten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan hätte die Regierung die Möglichkeit gehabt, alle Steuermehreinnahmen zur Absenkung der Nettokreditaufnahme einzusetzen. Kurzfristiger Beifall wäre sicher gewesen.

(Zuruf: Genau!)

Genauso sicher wäre aber, dass Teile des Landesvermögens weiter verfallen. Eine solche Politik nennt man Kaputtsparen.

Die neue Landesregierung hat einen anderen Weg gewählt: eine maßvolle Absenkung der Nettokreditaufnahme, erste Schritte zum Abbau des Sanierungsstaus und die Bildung einer Rücklage, dazu erste neue politische Akzente. Meine Damen und Herren, das ist eine kluge und seriöse Politik. Unsere Fraktion wird diese Politik unterstützen und den Nachtragshaushalt mittragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Willi Stächele: Herr Kollege Maier, lassen Sie keine Nachfrage zu?

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Auch am Ende nicht? – Unruhe)

Bitte schön, Herr Abg. Dr. Kern, eine kurze, knappe Nachfrage.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Kollege, Sie haben gesagt, dass in den Ministerien sehr viele Parteibücher gefun-

(Dr. Timm Kern)

den worden wären. Meines Wissens unterliegt das dem Datenschutz und dem Persönlichkeitsschutz. Mich würde sehr interessieren, durch wen und wie diese Parteibücher gefunden wurden.

(Unruhe)

Das darf nämlich in keinem Rathaus gespeichert werden, das darf in keiner Schule gespeichert werden. Mich würde sehr interessieren, wie Sie diese gefunden haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Unruhe)

Präsident Willi Stächele: Zur Beantwortung, Kollege Maier, bitte.

Abg. Klaus Maier SPD: Wir haben keine grünen oder roten Beamten gefunden, um die neuen Ministerien ohne Neueinstellungen bilden zu können.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wie bitte? Haben Sie schon einmal etwas vom Berufsbeamtentum gehört? Staatsverständnis! – Abg. Peter Hauk CDU: Unglaublich!)

Das lässt darauf schließen, dass hier die Regierungsfraktionen in den letzten Jahrzehnten die Ministerien sehr gut mit ihren Leuten besetzt hatten und im Griff haben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Unglaublich!)

Präsident Willi Stächele: Gestatten Sie noch eine Nachfrage des Kollegen Herrmann? Dann möchte auch Kollege Dr. Bullinger noch eine Frage stellen. Dann würde ich aber die Liste der Fragesteller schließen.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Kollege Maier, Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten festgestellt, dass in der mittelfristigen Finanzplanung für die nächsten Jahre Deckungslücken – z. B. für das Jahr 2012 in Höhe von 2 Milliarden € – enthalten sind. Ist Ihnen bekannt, dass in den mittelfristigen Finanzplanungen der früheren Jahre ebenfalls immer Deckungslücken – teilweise in Milliardenhöhe – enthalten waren und dass es der CDU-FDP/DVP-Koalition bei der jeweiligen Haushaltsplanung immer gelungen ist, diese Deckungslücken zu schließen?

(Unruhe bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sanierungsstau!)

Abg. Klaus Maier SPD: Herr Kollege Herrmann, ich habe gesehen, wie die Deckungslücken geschlossen werden: Man zieht Einnahmen vor, man zieht Vermögen ab

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sonderausschüttungen!)

und macht Sonderausschüttungen. Dann bekommt man eine ausgeglichene Situation wie jetzt im Jahr 2011.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Willi Stächele: Jetzt noch Herr Kollege Dr. Bullinger. Dann sind wir so weit.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Kollege Maier

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Bürgermeister!)

– Bürgermeister Maier; man kann vielleicht noch ein paar Titel anfügen –, ich war Amtschef im Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg und bin 1996 in die Zentralstelle des Ministeriums gekommen. Deshalb darf ich Ihnen eines sagen: Ich finde das, was Sie hier gesagt haben, unverschämt. Denn ich kann Ihnen nachweisen, dass ich 1996, also nach der Amtszeit von Minister Spöri, hervorragende Leute in der Besoldungsgruppe A 14 vorgefunden habe, bei denen nach kürzester Zeit – als ich aus dem Amt ausschied – die Beförderung nach B 3 anstand. Das waren hervorragende Leute. Das Gleiche gilt für einen Referatsleiter von den Grünen im Wirtschaftsministerium, den ich in leitende Funktion brachte.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ausnahmen bestätigen die Regel!)

Die Frage ist: Wie kommen Sie dazu, hier solche Behauptungen aufzustellen?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Ausnahme bestätigt die Regel!)

Abg. Klaus Maier SPD: Ich freue mich, dass es diese Ausnahme gibt. Aber wir haben diese Beamten nicht vorgefunden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Setzen, Sechs!)

Präsident Willi Stächele: Ich lasse den Herrn Kollegen Maier entscheiden, ob er noch eine Nachfrage zulässt. – Ich sehe, dass sein Redebeitrag mit der Beantwortung dieser letzten Frage beendet ist.

Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten in der vorherigen Landesregierung aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und dadurch wegbrechender Steuereinnahmen ursprünglich einen Haushalt für das Jahr 2011 mit einer Neuverschuldung von über 2 Milliarden € vorgesehen. Es war von vornherein das Ziel der vorherigen Landesregierung, dass für den Fall, dass die wirtschaftliche Entwicklung besser wird, die Neuverschuldung für die Krisenprogramme, die vom Bund, von den Ländern und zum Teil auch von den Kommunen aufgelegt wurden, abgesenkt werden soll, wenn es Spielräume durch Steuermehreinnahmen gibt. Auf der Basis der vorletzten Steuerschätzung Ende 2010 war es dann möglich, letztlich mit 800 Millionen € zusätzlichen Schulden im Dritten Nachtrag für das Jahr 2011 auszukommen, in der Hoffnung, unter Berücksichtigung der Mai-Steuerschätzung 2011 dann zur Nullneuverschuldung zu gelangen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ich stelle zunächst einmal objektiv fest: Nach der Mai-Steuerschätzung erwarten wir zusätzliche Steuereinnahmen von brutto 1,65 Milliarden €. Davon gehen rund 300 Millionen € in den Länderfinanzausgleich und etwas mehr als 300 Millionen € in den kommunalen Finanzausgleich. Netto verbleiben 1,008 Milliarden €. Es wäre also möglich, im Jahr 2011 zu einer Nullneuverschuldung zu gelangen und darüber hinaus sogar Schulden aus der Vergangenheit abzubauen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Notwendig wäre das!)

Wir akzeptieren – ich sage das in aller Deutlichkeit für die FDP/DVP-Fraktion –, dass es zusätzliche zwangsläufige Positionen gibt, beispielsweise rund 26 Millionen € für die Flüchtlingsaufnahme - das ist für uns nachvollziehbar -, 9 Millionen € für Schulen an Heimen für Minderjährige und natürlich auch die knapp 35 Millionen € für die Besoldungsund Tarifabschlüsse, die wir ja so wollten, sowie 25 Millionen € für die zusätzliche Ausstattung des Versorgungsfonds. Wir akzeptieren auch, dass es neue Schwerpunkte der Landesregierung gibt, beispielsweise das mit 4,3 Millionen € dotierte Technik-Sofortprogramm für die Polizei oder die 3,5 Millionen €, die für energie- und klimapolitische Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Wir halten es ebenfalls für richtig, 7 Millionen € als Unwetterhilfe für Landwirte zur Verfügung zu stellen. Wir würden sogar vorschlagen, diese Hilfe auf 9 Millionen € aufzustocken, weil dies notwendig ist.

Allerdings: Wenn Sie all dies zusammenrechnen, meine Damen und Herren, wäre es noch immer leicht möglich, zur Nullneuverschuldung zu gelangen. Wenn Sie, Herr Finanzminister Schmid, gestern in diesem Haus den Satz geprägt haben, man könne nur das verteilen, was man erwirtschaftet habe, dann haben Sie heute die Gelegenheit, genau diesen Worten Taten folgen zu lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie haben die Chance.

Heute haben Sie erklärt, zur Sanierung des Landeshaushalts müssten Sie einen langen Weg gehen und würden heute den ersten Schritt machen. Ebendiesen Schritt vermissen wir, Herr Finanzminister. Das Einzige, was Sie machen, sind neue Schulden. Sie verkaufen uns hier eine um 250 Millionen € geringere Neuverschuldung als große Sparleistung, haben andererseits aber Steuermehreinnahmen in Höhe von 1 Milliarde €. Das ist keine große Sparleistung, das ist eine Mogelpackung.

Wenn Sie erklären, Herr Minister, die neue Regierung setze "Duftmarken", dann stellen wir fest, dass einige dieser Duftmarken ganz gewaltig stinken. So ist die Realität. Es ist nämlich nicht in Ordnung, 180 Stellen, die Sie mit dem Stichwort "Regierungsneubildung" begründen, zusätzlich zu schaffen, gleichzeitig aber über künftige Pensionslasten zu jammern. Entsprechendes gilt für weitere Stellen im Regierungsapparat, beispielsweise zehn Stellen im Energiebereich. Hierzu haben Sie öffentlich gesagt, diese Aufgaben würden Sie den vorhandenen Beamten nicht zutrauen. Daran wird bereits deutlich, was Sie vom Berufsbeamtentum in Baden-Württemberg halten – nämlich nicht viel, so, wie Sie sich in der Öffentlichkeit über diese Menschen äußern.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wieder Unterstellungen!)

Dasselbe gilt für die Kampftruppe, die im Verkehrsministerium gegen Stuttgart 21 eingestellt wurde.

(Oh-Rufe von den Grünen)

Das haben wir bei der gestrigen Regierungsbefragung erfahren. Da sitzen dann Leute am Telefon, und wenn jemand im Verkehrsministerium anruft, nimmt am anderen Ende jemand ab und meldet sich mit "Parkschützer". So werden offensichtlich –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben Sie dort angerufen?)

- Ja, gestern. Ich habe es nicht --

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ist das so passiert?)

So wurde es gestern hier vorgetragen.

(Zuruf von den Grünen: Von wem?)

 Von Frau Staatssekretärin Splett. Sie sagte, dass da ein Parkschützer am Telefon sitzt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Und der meldet sich mit "Parkschützer"?)

- Ja, ich nehme an, er meldet sich mit "Parkschützer".

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das nehmen Sie an! Das ist eine Unterstellung! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber er argumentiert wie ein Parkschützer! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu den Grünen: Das ist doch egal! Er ist doch Parkschützer! Stehen Sie doch zu Ihren Gesinnungsgenossen! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Bitte geben Sie dem Redner Gelegenheit, seine Ausführungen fortzusetzen.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Offensichtlich haben wir einen wunden Punkt getroffen, indem wir das angesprochen haben, meine Damen und Herren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Muhterem Aras: Sie arbeiten mit Unterstellungen!)

Jedenfalls ist es so, dass es dort eine Kampftruppe gegen Stuttgart 21 gibt. Diese Kampftruppe wird vom Steuerzahler finanziert. Das ist eine nüchterne, sachliche Feststellung.

(Widerspruch bei den Grünen – Zurufe: "Kampftruppe"? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: "Kampftruppe" ist ein völlig normaler Begriff! – Zuruf von den Grünen: Herr Präsident! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Ich darf kurz intervenieren, weil die Frage nach der Legitimität des Begriffs "Kampftruppe"

(Präsident Willi Stächele)

aufgeworfen wurde. Wenn man dieses Wort nicht negativ interpretiert, ist es ein ganz normales Wort aus dem deutschen Sprachschatz, das durchaus auch so verwendet wird. Ich sehe da keinen –

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Entschuldigung! Ein Jackett auszuziehen ist nicht erlaubt, aber die Verwendung der Begriffe "Kampftruppe" und "Helfershelfer"? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Solange keine Gewalt angewendet wird, geht es ja!)

Sie dürfen jetzt nicht Äpfel mit Birnen verwechseln, Frau Kollegin.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bleiben Sie schön ruhig, Frau Kollegin! – Abg. Karl Zimmermann CDU zu Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Bleiben Sie Aktivistin!)

Bitte setzen Sie Ihre Rede fort, Herr Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nennen Sie es, wie Sie es wollen. Ich hoffe, dass das Wort "Parkschützer" nicht auch eine Beleidigung ist.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: "Kampftruppe" ist ein völlig normales Wort! Es geht ja um Straßenkampf!)

Kommen wir zu Ihren angeblichen Rücklagen für den Sanierungsstau, Herr Finanzminister. Wenn es so ist, wie Sie es angekündigt haben und wie es offensichtlich auch die Sprecher der Koalitionsfraktionen verstanden haben, kann man sich das zunächst einmal so vorstellen: Sie nehmen neue Schulden auf − einen Kredit in Höhe von 560 Millionen € −, und diesen Betrag legen Sie dann zurück. Das wäre, um es vorsichtig zu formulieren, nicht sehr intelligent. Denn es ist klar, dass die Sollzinsen höher sind als die Habenzinsen, die Sie für diese Rücklage bekommen. Wenn es so einfach wäre, könnten wir den Haushalt dadurch finanzieren, dass wir gewaltige Kredite aufnehmen, das Geld zurücklegen und dann von den Zinsen den Haushalt finanzieren. Aber so ist es nun einmal nicht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So macht es Griechenland!)

Wenn man sich den Haushalt genau anschaut, meine Damen und Herren – ich empfehle die Lektüre von § 6 Abs. 15 Ihres Gesetzentwurfs –, dann stellt sich heraus, dass das, was Sie planen, im Grunde eine Liquiditätssteuerung über Rücklagen ist. Sie erteilen sich damit so etwas wie eine pauschale Verpflichtungsermächtigung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Sie nehmen nämlich dieses Geld zunächst nicht auf, sondern Sie lassen sich nur diese Verpflichtungsermächtigung geben, um das Geld gegebenenfalls aufzunehmen. Deshalb, Frau Aras, ist es keine Zuführung, und deshalb, Herr Maier, ist es auch keine Rücklage, sondern es ist eine pauschale Verpflichtungsermächtigung. Im Grunde handelt es sich bei diesen 560 Millionen € um Spielgeld für die Landesregierung.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Na klar!)

Im Haushalt ist keinerlei Festlegung dafür getroffen, dass dieses Geld auch tatsächlich in die Sanierung fließen muss. Sie haben es so offen formuliert, dass Sie alles damit machen können

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Am Parlament vorbei!)

Das entspricht weder dem Prinzip der Haushaltswahrheit noch dem Prinzip der Haushaltsklarheit. Sie entmachten damit das Parlament.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Sie nehmen ihm sein Etatrecht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Herr Finanzminister – Herr Kollege Hauk hat es ausgeführt –, der Landeshaushaltsordnung werden Sie mit den neuen Schulden auch nicht gerecht. Denn bei diesen Steuermehreinnahmen entspricht es eben nicht der Landeshaushaltsordnung, sich neu zu verschulden, es sei denn, man schaut sich an, welche Begründungen es dafür geben könnte, beispielsweise Naturkatastrophen. Ich hoffe nicht, dass Sie Ihre eigene Landesregierung als eine solche Naturkatastrophe betrachten.

Ich fasse zusammen, meine Damen und Herren: Wenn man sich diesen Nachtragshaushalt, den meine Fraktion zumindest in der vorliegenden Form ablehnen wird, anschaut, stellt man fest: Was Sie bisher an neuer Gründerzeit einlösen – Ministerpräsident Kretschmann hat in seiner Regierungserklärung eine neue Gründerzeit versprochen –, ist lediglich die Gründung von neuen Stellen und neuen Schulden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Doch, hier ist noch eine! Der Minister!)

– Der Herr Finanzminister erhält das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will jetzt doch noch etwas zu dem Spektakel sagen.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wortwahl!)

Das war schon denkwürdig, Herr Hauk, was Sie hier als Aufführung geliefert haben. Der "Weltökonom" Hauk erklärt, das Schicksal des Euro hänge an dem Nachtragshaushalt hier in Baden-Württemberg.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und wir alle sind Griechen! – Abg. Peter Hauk CDU: Also Entschuldigung!)

Hätten wir noch vor einem halben Jahr behauptet, die Finanzlage Baden-Württembergs sei schuld an der Eurokrise, dann hätten Sie uns in das Reich der Fabel verwiesen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Machen Sie sich doch nicht lächerlich!)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Denn die Finanzlage des Landes Baden-Württemberg ist das Ergebnis von 50 Jahren CDU-Herrschaft, Herr Hauk.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Machen Sie sich doch nicht lächerlich! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Welche Beispiele brauchen Sie noch, um sparen zu können? – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wenn wir schon über die Euroschuldenkrise reden, Herr Hauk, dann will ich daran erinnern, dass es gerade Ihre Partei und Ihre Bundeskanzlerin waren, die über Monate die Zügel haben schleifen lassen, anstatt entschieden und entschlossen eine europäische Lösung zu finden.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau! – Abg. Winfried Mack CDU: Kein Beifall! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wie sieht die Lösung bei Ihnen aus?)

Dann kippt der "Weltökonom" Hauk ins Kleinkarierte. Wir können im Ausschuss meinetwegen über jede Stelle – auch aus meinem Haus – reden. Ich will nur auf eines hinweisen:

(Abg. Peter Hauk CDU: Drei B-6-Stellen für 50 Leute! Drei Abteilungsleiterstellen für 50 Personen! Das müssen Sie einmal erklären, Herr Schmid!)

Wer bereit ist und sich die Mühe macht, den Haushalt zu lesen, wird nachvollziehen können, dass entsprechend den Übergängen von Fachreferaten aus den abgebenden Häusern auch Querschnittsaufgaben an die aufnehmenden Häuser übergegangen sind.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo?)

– Das gilt für das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, das gilt übrigens auch für das Umweltministerium und in ganz kleinem Ausmaß auch für das Innenministerium, das in sehr überschaubarem Umfang Personal an das Integrationsministerium abgegeben hat.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Es geht um die Neustellen!)

Im Übrigen hat jedes Haus im politischen Leistungsbereich neue Stellen mit dem Vermerk "k.w. 2017" geschaffen. Das war ein Ausdruck des Regierungswechsels.

(Abg. Peter Hauk CDU: In Ordnung!)

Da haben Sie selbst nichts dagegen gehabt.

Schließlich, wenn wir schon über das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft reden – das können wir im Ausschuss, aber auch gern hier machen –: Wir schaffen drei neue Stellen für zurückkehrende Beamte, die nicht mehr wiedergewählt worden sind. Es ist, glaube ich, in unser aller Interesse, dass diese Beamten das Rückkehrrecht ordentlich wahrnehmen können, egal, welcher Partei sie angehören.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Rechtsanspruch!)

 Genau. – Das ist das Tableau der zusätzlichen Stellen im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das macht nicht anderthalb Milliarden aus! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mack zu diesem Themenbereich?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja, natürlich.

Präsident Willi Stächele: Bitte, Kollege Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Minister Schmid, Sie haben zwei Ministerialdirektoren. Ist es richtig, dass der Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium gar nicht die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllt, um Ministerialdirektor zu sein, und wie gestalten Sie diese Position?

(Abg. Karl Zimmermann CDU zu GRÜNEN und SPD: Ihr verwechselt das: "MD" heißt "Mittlerer Dienst"!)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Die Tatsache, dass er das Amt seit vielen Wochen ausübt, zeigt Ihnen, dass er selbstverständlich die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllt. Er ist ein politischer Beamter. Er wurde eingestellt, und damit ist das erledigt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und damit "howgh"!)

Abg. Winfried Mack CDU: Ist er politischer Beamter und trägt den Titel Ministerialdirektor?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: In der Tat. Schauen Sie nach.

Abg. Winfried Mack CDU: Erfüllt er auch die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es gibt keine laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für einen Ministerialdirektor!)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja, natürlich. Er ist politischer Beamter und erfüllt die Voraussetzungen für dieses Amt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Für Sie gibt es keine laufbahnrechtlichen Voraussetzungen!)

Präsident Willi Stächele: Jetzt stellt Herr Kollege Kößler eine Zwischenfrage.

Abg. Joachim Kößler CDU: Herr Minister Schmid, ich wundere mich über Ihre Äußerungen hinsichtlich der Ausführungen unseres Fraktionsvorsitzenden. Ich erinnere mich noch ganz genau daran, dass Sie in der vergangenen Legislaturperiode im Finanzausschuss jede Stelle, die die vorherige Regierung beantragt bzw. in den Haushalt aufgenommen hatte, kritisiert haben und die Regierung ausführlich dazu befragt haben. Ich erinnere mich noch gut, dass Sie jede Äußerung in einen weltwirtschaftlichen Zusammenhang gestellt haben.

Ich frage mich: Wie kommt es zu dem Sinneswandel, dass Sie jetzt dem Fraktionsvorsitzenden der CDU unterstellen, er würde hier Monologe über die Weltwirtschaft halten und über die Tagespolitik im Land hinausgehen?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Kößler, wir beide waren in den entsprechenden Debatten anwesend. Ich habe in den vergangenen Haushaltsdebatten darauf verzichtet, Ausführungen über die Weltwirtschaft zu machen. Insbesondere habe ich auch nicht die Lage der Landesfinanzen mit der Situation des Euro in Verbindung gebracht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber lernen sollte man daraus!)

Insofern glaube ich, wir tun gut daran, uns auf das zu konzentrieren, was wir im Nachtragshaushalt umzusetzen haben.

(Abg. Joachim Kößler CDU: Da bin ich Ihrer Meinung! Aber man sollte dann auch unqualifizierte Angriffe von Ihrer Seite bleiben lassen! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Wir wollen uns wieder darauf verständigen, Fragen zu stellen. Es liegt noch eine Nachfrage des Herrn Kollegen Groh vor. Genehmigen Sie diese Zusatzfrage? – Ja.

Abg. Manfred Groh CDU: Ich darf Sie fragen, Herr Minister Schmid: Sie hatten vorhin Ihre Schuldenbilanz dargelegt. Dazu würde mich interessieren, ob darin auch die Schulden enthalten waren, die Sie selbst mit verursacht haben, als Ihre Fraktion in der Regierung war.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Große Koalition!)

Die zweite Frage ist: Zu den Schulden gehört immer auch das Vermögen. Die Schuldenbilanz haben Sie vorgelegt. Warum haben Sie uns keine Vermögensbilanz eröffnet?

(Zuruf: Kommt noch!)

Präsident Willi Stächele: Bitte schön, Herr Minister.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Selbstverständlich sind in dem Kassensturz alle Verbindlichkeiten des Landes über alle Regierungen hinweg, auch diejenigen aus der Zeit mit SPD-Regierungsbeteiligung, berücksichtigt.

(Abg. Manfred Groh CDU: Zehn Jahre!)

Das habe ich aber beim Kassensturz auch transparent gemacht.

Ich habe beim Kassensturz auch schon darauf hingewiesen, dass der Kassensturz selbstverständlich keine ausgebaute Vermögensrechnung ist, dass wir als Landesregierung aber genau das anstreben werden.

Um nur einmal die Vermögensposition des Landes bei der EnBW aufzugreifen: Nach einer Ad-hoc-Meldung von heute rechnet die EnBW mit einem Konzernfehlbetrag in der Halbjahresbilanz von knapp 600 Millionen €.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wundert Sie das?)

So viel zu diesem "genialen" EnBW-Deal der vorherigen Landesregierung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wundert Sie das? – Abg. Peter Hauk CDU: Sie wollen sie ja behalten!)

Ich würde gern noch darauf eingehen, was Sie --

Abg. Manfred Groh CDU: Ich darf noch eine kleine Zusatzfrage an Sie richten: Was hat das, was Sie gerade zur EnBW dargelegt haben, mit der Vermögensbilanz zu tun?

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Sie haben doch gerade selbst gesagt:

(Abg. Manfred Groh CDU: Ja!)

Der EnBW-Deal ist eine Eventualverbindlichkeit, und dahinter steht eine Vermögensposition.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Sie sehen allerdings an den aktuellen Entwicklungen, dass die Landesregierung da vielleicht von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die vorherige!)

und wir deshalb zu Recht auf die Risiken dieses Deals hingewiesen haben. Das ist die schwerste Hypothek, die Sie uns hinterlassen haben; damit das einmal klar ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es gibt noch eine Verwirrung über die Rücklage. Das ist eine zweckgebundene Rücklage für Sanierungsaufgaben.

(Abg. Ingo Rust SPD: Kein Spielgeld!)

Sie wird selbstverständlich im ordentlichen Haushalt 2012 aufgelöst und auch mit einer ordentlichen Veranschlagung versehen, so, wie es sich gehört.

(Abg. Ingo Rust SPD: Richtig! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Und mit Einzelprojekten!)

– Und mit Einzelprojekten unterlegt. – Es gibt einen großen Unterschied zu den Rücklagen, die Sie in Ihrer Regierungszeit gebildet haben. Sie haben nicht zweckgebundene allgemeine Rücklagen aus Steuermehreinnahmen gebildet. Das waren die wahren Sparkässle der früheren Landesregierung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Legen Sie das Geld zurück oder nicht?)

Wir stellen Geld in die Rücklage ein, damit wir in den Jahren 2012 ff.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also nehmen Sie das Geld auf!)

weitere Sanierungen stemmen können.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie nehmen also das Geld auf!)

Ich will noch eines sagen: Ich bin einmal gespannt, ob Sie dann wirklich gegen diese Sanierungsprojekte stimmen wol(Minister Dr. Nils Schmid)

len, wenn ich mir anschaue, welche flehentlichen Briefe zu den anstehenden Sanierungsvorhaben ich aus den Wahlkreisen bekomme.

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aus dem Enzkreis!)

Sie müssen sich spätestens in der nächsten Woche entscheiden, ob Sie gegen Steuergerechtigkeit stimmen, ob Sie gegen das Sanierungsprogramm dieser Landesregierung stimmen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Die "Dagegen-Partei"! – Zuruf von der CDU: Gegen Schulden!)

Ich bin gespannt auf Ihre Antwort.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Willi Stächele: Nun liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/300 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Sie dauert bis 14:45 Uhr

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist gut so, Herr Präsident! Sie zeigen sich von der menschlichen Seite!)

(Unterbrechung der Sitzung: 13:29 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:45 Uhr)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die unterbrochene Plenarsitzung fort.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 15/257

Die Fragestunde ist während des sogenannten Probelaufs zur inneren Parlamentsreform und Geschäftsordnung auf 30 Minuten begrenzt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Paul Locherer CDU – Rechtliche Rahmenbedingungen für das angekündigte Umbruchverbot bei Grünland

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abg. Paul Locherer CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die erste Anfrage in der zweiten Fragestunde hat Fragen zum geplanten Umbruchverbot von Grünland zum Inhalt. Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie wird mit Blick auf das verfassungsrechtliche Rückwirkungsverbot das angekündigte rückwirkende Inkrafttreten einer Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes zum 1. Juli 2011 bewertet?
- b) Wie ist der mit dem Umbruchverbot verbundene Eingriff in das Eigentumsrecht der betroffenen Grundstückseigentümer zu bewerten (mit Angabe, inwieweit Entschädigungen für die Beeinträchtigung der Nutzung vorgesehen sind)?

Ich erkläre ausdrücklich, dass ich auf die mündliche Beantwortung dieser beiden Fragen insofern verzichte, als ich eine schriftliche Antwort bekomme. Herr Minister Bonde hat mich darauf hingewiesen, dass er heute beurlaubt sei, und zwar aus einem sehr schönen und wichtigen Grund. Die Familie Mayer-Bonde hat nämlich das dritte Kind bekommen. Das ist ein schöner und guter Grund – auch angesichts der demografischen Entwicklung unseres Landes –, die Frage heute nicht mündlich zu beantworten.

(Heiterkeit und Beifall)

Der Herr Minister hat ein "Butzele" bekommen, wie man auf Schwäbisch sagt. Hierzu gratulieren wir sehr herzlich.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Vielen Dank. Dann werden wir so verfahren.

*

Schriftliche Antwort des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Zu a: Der Gesetzentwurf zur Änderung des Landwirtschaftsund Landeskulturgesetzes sieht vor, dass Dauergrünland, das zwischen dem 1. Juli 2011 und dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes umgewandelt wurde, bis zum 15. August 2012, spätestens jedoch unmittelbar nach der Ernte einer zu diesem Zeitpunkt auf der Fläche stehenden einjährigen Hauptkultur wiederhergestellt werden muss. Durch diese Regelung sollen "Last-Minute-Umbrüche" durch einzelne Landwirte vermieden werden.

Es handelt sich dabei nach Einschätzung des MLR um eine unechte Rückwirkung, da die Regelung zwar an einen in der Vergangenheit abgeschlossenen Tatbestand, nämlich die Umwandlung von Dauergrünland, anknüpft, die sich daraus ergebende Rechtsfolge, nämlich das Wiederherstellungsgebot, aber erst nach dem Inkrafttreten des Gesetzes verbindliche Wirkung entfaltet.

Die unechte Rückwirkung eines Gesetzes begegnet nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts für sich allein noch keinen verfassungsrechtlichen Bedenken, wenn dem möglichen schutzwürdigen Vertrauen der Betroffenen durch eine entsprechende Ausgestaltung der gesetzlichen Regelung Rechnung getragen wird.

Dies ist beim vorliegenden Gesetzentwurf der Fall. Das Gebot der Wiederherstellung von Dauergrünland, das nach dem 1. Juli 2011 umgewandelt wurde, ist – auch im Hinblick auf den dafür eingeräumten Übergangszeitraum – zumutbar. Auf die vorgesehene Gesetzesänderung wurde durch eine Pressemitteilung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 30. Juni 2011 hingewiesen. Darüber hi-

(Schriftliche Antwort des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz)

naus wurden die Landwirte vorab in verschiedenen Veranstaltungen informiert, und es erfolgte eine allgemein zugängliche Information über die Homepage des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Diejenigen, die ihre Dauergrünlandflächen nach diesem Zeitpunkt umgewandelt haben, mussten deshalb damit rechnen, dass diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht werden muss.

Im Übrigen gelten auch für das Wiederherstellungsgebot die Ausnahmeregelungen, die für das Umwandlungsverbot vorgesehen sind. Danach kann die untere Landwirtschaftsbehörde in begründeten Einzelfällen Ausnahmen zulassen, wenn der Verlust des Dauergrünlands durch Umwandlung einer anderen Fläche in Dauergrünland ausgeglichen wird, wenn überwiegende Gründe des Allgemeinwohls dies erfordern oder wenn im Einzelfall der Betroffene unzumutbar belastet würde und die Ausnahme mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist

Darüber hinaus kann die untere Landwirtschaftsbehörde im Einzelfall unter bestimmten Voraussetzungen den Anbau bestimmter landwirtschaftlicher Dauerkulturen genehmigen, wobei danach wieder eine Grünlandnutzung zu erfolgen hat.

Zu b: Mit dem Umwandlungsverbot von Dauergrünland werden Inhalt und Schranken des Eigentumsrechts nach Artikel 14 des Grundgesetzes neu bestimmt. Das Privatinteresse des Einzelnen ist dabei gegenüber dem mit dem Gesetz verfolgten Allgemeininteresse, Dauergrünland als eine der wichtigsten Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft und wertvolles Kulturgut zu schützen sowie einen wesentlichen Beitrag zum Arten-, Boden-, Klima- und Gewässerschutz zu leisten, abzuwägen. Nach Auffassung des MLR kommt eine derartige Abwägung zu dem Ergebnis, dass im Rahmen der Sozialpflichtigkeit des Eigentums den genannten berechtigten Allgemeininteressen Vorrang einzuräumen ist.

Von erheblichem Gewicht sind in diesem Zusammenhang die in der Beantwortung zu Buchstabe a dargestellten Ausnahmeregelungen im Gesetzentwurf. Das MLR geht davon aus, dass angesichts der in Betracht zu ziehenden tatsächlichen Gegebenheiten nicht mit Fällen zu rechnen ist, in denen das Verbot der Umwandlung von Dauergrünland nur durch Gewährung eines finanziellen Ausgleichs zumutbar wäre.

*

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Volker Schebesta CDU – Realschulabschluss an Werkrealschulen

Bitte, Herr Abg. Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

Wird nach den Vorstellungen der Landesregierung, die Frau Ministerin Warminski-Leitheußer in ihrem Brief vom 7. Juli 2011 an Eltern, Schulen, Kindergärten und Schulträger veröffentlicht hat, an Werkrealschulen die gleiche Prüfung wie an Realschulen abgelegt, um den von ihr angestrebten vollwertigen Realschulabschluss zu erhalten, der auf dem Bildungsplan der Realschulen basieren soll?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Vielen Dank. – Ich darf für die Landesregierung Herrn Staatssekretär Dr. Mentrup ans Rednerpult bitten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aha! Da schickt man den Fachmann! – Heiterkeit des Abg. Volker Schebesta CDU)

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Ich antworte gern auf die Frage von Herrn Schebesta. Geplant ist, dass an den Werkrealschulen, die sich zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln, dann der echte Realschulabschluss möglich ist, wenn an diesen Schulen der Bildungsplan der Realschule als Teil des Gemeinschaftsschulkonzepts umgesetzt worden ist.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine Nachfrage, Kollege Röhm.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Staatssekretär, die Frage, die ich jetzt stelle, habe ich schon einmal gestellt. Ich glaube, Sie sind in der Lage, diese zu beantworten.

Gestern haben wir von der Ministerin erfahren, dass in der künftigen Gemeinschaftsschule – wir sind gerade beim Thema Werkrealschule – sowohl die Bildungsstandards der Hauptschule als auch die der Realschule, als auch die des Gymnasiums gelten sollen. Können Sie versuchen, ein wenig Klarheit in diese Aussage zu bringen?

Der zweite Teil meiner Frage bezieht sich auf die Aussage, dass auf dem Konzept dieser Gemeinschaftsschule aufbauend eine gymnasiale Oberstufe mit zwölf Schülern pro Klasse entstehen soll. Wie gedenken Sie sicherzustellen, dass diesen Schülern eine Wahlmöglichkeit eingeräumt wird?

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Zur ersten Nachfrage: Das Wesen einer Gemeinschaftsschule ist, dass sie allen Schülern jederzeit alle Bildungsstandards anbietet. Damit eröffnet sie die Möglichkeit, den Bildungsplan individuell anzubieten. Allerdings muss ich Sie korrigieren: Es handelt sich um den Bildungsplan der Werkrealschule, der Realschule und des Gymnasiums.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gut! Prima!)

Zur zweiten Nachfrage: Ich glaube, Ihnen ist dabei etwas durcheinandergeraten. Wir planen, an mehr Werkrealschulen als bisher eine zehnte Klasse einzuführen. Eine solche Klasse kann auch dann eingerichtet werden, wenn dafür möglicherweise nur zwölf Schüler in dieser Jahrgangsstufe vorhanden sind. Das ist unser momentaner Diskussionsstand. Dieses Vorhaben ermöglicht, an vielen Schulen mit einzügigen Klassen ein zehntes Schuljahr anzubieten.

Die gymnasiale Oberstufe, die als Fortentwicklung der Gemeinschaftsschule zusätzlich geschaffen werden kann, kann dagegen nicht durch so wenige Schüler getragen werden. Vielmehr muss diese deutlich größer ausfallen. Insofern wird es aus meiner Sicht in den ersten Tranchen der Gemeinschaftsschulentwicklung nicht besonders viele Standorte geben, die aufgrund ihrer Größe überhaupt eine gymnasiale Oberstufe separat einrichten können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Okay, das ist auch vernünftig! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sagt man das auch den Bürgermeistern?)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Schebesta vor.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Staatssekretär, auf meine Frage haben Sie mitgeteilt, wie die Organisation an den Gemeinschaftsschulen sein wird. Dies war aber nicht Gegenstand meiner Frage. Mich interessiert, was künftig an den Werkrealschulen geschieht. Der Begriff "Gemeinschaftsschule" taucht in dem Brief der Kultusministerin erst unter Ziffer 4 auf. Unter Ziffer 3 steht: "Werkrealschulen weiterentwickeln". Weiter heißt es:

Die neuen Werkrealschulen

 also Schulen, die entweder bereits eine Werkrealschule sind oder es nach Ihrer neuen Konzeption werden sollen –

können einen vollwertigen Realschulabschluss anbieten, der aber auf dem Bildungsplan der Realschulen basieren muss.

Mich interessiert, ob an diesen Werkrealschulen für diesen Realschulabschluss dieselbe Prüfung abgelegt wird wie an den Realschulen, und nicht, wie es an den Gemeinschaftsschulen läuft. Könnten Sie die Frage daher noch einmal mit Blick auf die Werkrealschulen beantworten?

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Dies war der damalige Diskussionsstand. In der Tat wurde überlegt, den Werkrealschulabschluss an den Werkrealschulen zu einem echten Realschulabschluss nach dem Bildungsplan für Realschulen weiterzuentwickeln. Dies ist aber nur dann möglich – das ist völlig logisch –, wenn zuvor auch nach dem Bildungsplan für Realschulen an den entsprechenden Standorten unterrichtet worden ist.

Momentan sagen wir aber bezüglich dieser von uns angedachten Idee, dass dies nur dann an einer Werkrealschule als "Zwischenschritt" möglich ist, wenn es später eine vollwertige Gemeinschaftsschule geben soll. Im Grunde geht dies nur dann, wenn an den Werkrealschulen ab der fünften Klasse der Bildungsplan für Realschulen zugrunde gelegt wird.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine letzte Zusatzfrage des Herrn Abg. Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Staatssekretär, zwischen dem 7. Juli und dem heutigen Tag, dem 21. Juli 2011, ergaben sich grundlegende Änderungen bezüglich der Umsetzung der Vorhaben der Landesregierung, die die Ministerin in ihrem Brief angekündigt hat. Ich bitte Sie, die Schulen darüber zu informieren, dass diese innerhalb von 14 Tagen entstandenen Änderungen – die Ministerin hat die Vorhaben in ihrem Brief erst am 7. Juli angekündigt – dazu führten, dass der Inhalt des Briefes nicht mehr Gegenstand der Planungen des Ministeriums ist.

Stimmen Sie mir zu, dass es für die Perspektiven der Schulen sinnvoll wäre, dass sie diesen neuen Planungsstand, der sich gegenüber dem Stand von vor 14 Tagen geändert hat, mitgeteilt bekommen?

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Ich sehe diesbezüglich überhaupt kein Problem. Wenn eine Werkrealschule durch den angesprochenen Brief ermuntert worden ist, sich darauf ein-

zulassen, einen Realschulabschluss anzubieten, dann kann sich diese Werkrealschule bei uns melden. Dann werden wir ihr erklären, dass es ihr dann möglich ist, einen Realschulabschluss anzubieten, wenn sie sich auf den Weg dahin begeben hat, eine Gemeinschaftsschule zu werden. Im Rahmen dieses Prozesses kann dann auch ein echter Realschulabschluss angeboten werden. Dann kann sich diese Schule entscheiden, ob sie eine klassische Werkrealschule bleibt oder sich in Richtung Gemeinschaftsschule entwickelt.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Die nächste Zusatzfrage, Herr Abg. Röhm, bitte.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Staatssekretär Mentrup, vielen herzlichen Dank. Wir wissen jetzt, dass ein Durcheinander herrscht. Wir wissen nicht, ob die Ministerin das Sagen hat oder ob Sie das Sagen haben – was für das Land Baden-Württemberg vielleicht besser wäre.

(Unruhe)

Meine Frage ist: Welche Ressourcen wollen Sie zusätzlich bereitstellen, um die Schüler zu dem von Ihnen vorgeschlagenen gemeinsamen Abschluss zu führen? Wie wird sich der Klassenteiler weiterentwickeln?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich weise noch einmal darauf hin, dass Zusatzfragen keine Feststellungen oder Wertungen enthalten sollten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist eine Tatsachenfeststellung gewesen! – Vereinzelt Heiterkeit)

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Die Vertreter der Opposition – insbesondere die Herren – sollten sich einmal überlegen, ob sie die Fragestunde zu einer öffentlichen Beurteilungsveranstaltung machen wollen oder ob sie wirklich Interesse an den Antworten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Thomas Blenke: Die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran!)

Jetzt muss ich noch einmal über Ihre Frage nachdenken.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich helfe noch einmal! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

- Helfen Sie mir noch einmal.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

- Welche Ressourcen stehen bereit? Genau.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nur die Frage.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Präsidentin, ich frage wirklich nur: Herr Staatssekretär, welche Ressourcen wollen Sie bereitstellen, und welche Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen wollen Sie einleiten, damit die Kinder den von Ihnen neu ins Auge gefassten Abschluss gemeinsam erreichen können?

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Wir müssen jetzt mit den Schulen, die sich schon auf einem solchen Weg befinden, und mit entsprechenden Fachleuten darüber reden, welche Un-

(Staatssekretär Dr. Frank Mentrup)

terstützung die Schulen brauchen, die sich auf einen solchen Weg begeben wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Da muss es Fortbildungen geben, da muss es Moderation geben, da muss es im Grunde eine Prozessbegleitung geben. Denn dieses Verfahren, sozusagen ein eigenes Konzept der Schule entwickeln zu müssen, ist für die Schulen sehr ungewohnt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das wird auch Ihnen noch sehr viel Geduld abverlangen, weil Sie natürlich aus Ihrem klassischen Denken heraus zuerst immer die Frage stellen: Wie groß ist die Klasse? Wie viele Züge hat die Schule? Welche Bücher werden gebraucht? Wann soll die Schule morgens beginnen? Wie wirkt sich das auf die Schülerbeförderung aus? Diese Fragen stellen Sie, anstatt zunächst einmal folgende Fragen zu stellen:

(Abg. Tanja Gönner CDU: Das sind die Fragen, die die Eltern interessieren!)

Welche Zielsetzungen sollen erreicht werden, und wie sollen sie erreicht werden?

Es wird sicherlich kein Einheitskonzept für die Gemeinschaftsschule geben können, weil eine kleine einzügige Gemeinschaftsschule im ländlichen Raum möglicherweise eine andere Konzeption braucht als eine mehrzügige Gemeinschaftsschule, die etwa aus einer Realschule in einer mittelgroßen Stadt hervorgegangen ist.

Dann werden wir bezüglich der benötigten Ressourcen, etwa zusätzlicher Lehrerstellen oder des sonstigen Bedarfs, sehr genau schauen müssen, wie die einzelnen Konzeptionen umzusetzen sind. Denn es macht keinen Sinn, hier eine einheitliche Bewertung für jeden Standort vorzunehmen.

Das Gute ist, Herr Röhm, dass wir bereits Schulen haben, die sich auch auf der Basis der bisherigen Lehrerzuteilung auf diesen Weg begeben haben und es schaffen – z. B. an einer einzügigen Hauptschule –, eine individuelle Förderung sicherzustellen.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

die so interessant ist, dass dort auch viele Eltern ihre Kinder angemeldet haben, obwohl diese eine Realschulempfehlung haben. Dieser Schulbetrieb funktioniert ja. Insofern denke ich, wenn wir diese Erfahrungen bündeln, wenn wir das an die Standorte vermitteln, die sich entwickeln wollen, dann müssen wir anschließend genauso individuell darüber reden, welche zusätzlichen Ressourcen benötigt werden.

Diskussionen etwa über Klassenteiler und Klassengrößen sind schwierig, wenn man Schulen ausdrücklich ermuntern will, sich von den typischen Klassenverbandsorganisationen zu lösen, jahrgangsübergreifend zu denken, in Lerngruppen zu denken und entsprechende Schulformen einrichten zu wollen. Daher kommen wir mit diesen klassischen Betrachtungen nicht weiter. Am Ende können wir gern über die Lehrer-Schüler-Relationen reden. Das ist sicher etwas, was sich da fassen lässt. Aber wir sind im Moment noch dabei, die Erfahrungen auszuwerten, die es im Land gibt, um hier zu einer Anhaltsgröße zu kommen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt eine weitere Zusatzfrage vor. Herr Abg. Wacker, bitte.

Abg. Georg Wacker CDU: Herr Staatssekretär, zur klassischen Betrachtung gehört sicherlich die Frage nach der Qualität. Qualität beschäftigt alle Akteure vor Ort, dort, wo Schulstandorte bestehen oder auch – nach Ihrem Willen – neue Schulstandorte entstehen sollen.

Unabhängig davon, ob aus den bestehenden Werkrealschulen Gemeinschaftsschulen entstehen sollen oder ob die Werkrealschulen selbst als eigenständige Schulart einen gleichwertigen mittleren Bildungsabschluss anbieten können, stelle ich die Frage: Wie bewerten Sie den Gesichtspunkt der Qualität? Werden diese Abschlüsse den KMK-Standards entsprechen? Sie wissen, dass die KMK-Standards unter den Bildungsstandards von Baden-Württemberg liegen. Oder haben Sie die Absicht, an den bisherigen hochqualitativen Bildungsstandards Baden-Württembergs festzuhalten, auch in Ihrem neuen System? Bitte äußern Sie sich zur Qualität.

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Es ist völlig klar: Wir halten an den Bildungsstandards fest und werden die Standards von keinem Abschluss senken, nur damit der entsprechende Abschluss von mehr Schülern erreicht wird. Vielmehr wollen wir die Rahmenbedingungen für die Schülerinnen und Schüler verbessern, damit mehr Schülerinnen und Schüler diese Qualität erreichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Georg Wacker CDU – Größe der Einheitsschule

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das treibt dich um, Georg!)

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich frage die Landesregierung:

Kultusministerin Warminski-Leitheußer kündigt bei verschiedenen Gelegenheiten die Einführung der sogenannten Gemeinschaftsschule an. Welche Schülerzahl benötigt eine sogenannte Gemeinschaftsschule zur Genehmigung?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Vielen Dank. – Ich bitte wiederum Herrn Staatssekretär Dr. Mentrup für die Landesregierung ans Rednerpult.

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Sehr geehrter Herr Kollege Wacker, wir sind noch dabei, herauszufinden, ob es für die Einführung einer Gemeinschaftsschule eine Mindestgröße geben wird, was die Zahl der Schülerinnen und Schüler angeht. Wir stellen fest, dass wir uns bei den Konzepten und der Qualität sehr stark an der Frage orientieren, ob es gelingt, im Rahmen des betreffenden Schulstandorts alle Bildungsstandards anzubieten. Das ist das wichtigste Qualitätsmerkmal, und um dessen Überprüfung und Sicherstellung müssen wir uns bemühen.

(Staatssekretär Dr. Frank Mentrup)

Wenn Sie sich die verschiedenen Schulen im Land, die diese Voraussetzung gegebenenfalls erfüllen, einmal ansehen, dann finden Sie völlig unterschiedliche Gegebenheiten. Es gibt beispielsweise eine kleine Hauptschule in Bergatreute, die ein gymnasiales Niveau auch deswegen anbieten und dies überprüfen kann, weil sie mit einem benachbarten Gymnasium kooperiert. Sie übernimmt immer auch die Arbeiten in den entsprechenden Fächern aus diesem Gymnasium und überprüft so z. B., ob die Schülerinnen und Schüler die entsprechenden Leistungen auf gymnasialem Niveau erbringen. Diese Schule würde sich von ihrer Konzeption her als einzügiger Standort einen gymnasialen Standard vorstellen können. Sie bietet ihn auch schon heute an.

Es gibt andere, zweizügige Standorte im Land, die uns die deutliche Rückmeldung geben, dass sie große Schwierigkeiten haben werden oder es als große Schwierigkeit empfinden, einen gymnasialen Standard in ihre Konzeption zu integrieren

So wird es sehr unterschiedliche Formen geben, wie man dieses Thema angeht. Wir werden mit Sicherheit eine Mindestschülerzahl für einen Schulstandort definieren müssen. Diese Zahl kann ich Ihnen aber heute noch nicht liefern.

Aber wir werden uns, wenn wir über eine Berechtigung entscheiden wollen, aus diesem System mit der Frage nach der Zahl der Züge und mit diesen ganzen eher etwas althergebrachten Betrachtungen lösen müssen, weil diese Kategorien den entsprechenden Anforderungen der einzelnen Standorte nicht gerecht werden.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Wacker vor. Erst kommt die Frage von Herrn Abg. Wacker, dann eine Zusatzfrage von Herrn Abg. Röhm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Danke, Frau Präsidentin!)

Abg. Georg Wacker CDU: Herr Staatssekretär, Sie werden sicher verstehen, dass diese Fragen die Menschen vor Ort beschäftigen, nachdem Ihre ersten Ankündigungen in widersprüchlicher Weise erfolgt sind. Die Ministerin hat mehrfach behauptet, auch die kleinsten Schulen – so, wie Sie es eben auch dargestellt haben – hätten die Möglichkeit, sich zur Gemeinschaftsschule zu entwickeln. Frau Wissenschaftsministerin Bauer hat dagegen in einer Sitzung des Wissenschaftsausschusses gesagt, nur größere Schuleinheiten könnten zu Gemeinschaftsschulen werden.

Deswegen bitte ich hier um eine Klarstellung, ob auch die kleinsten Schulen diese Entwicklung vornehmen können oder ob eher nur die größeren Schulen die Chance dazu haben. Dazu bitte ich um eine präzise Auskunft.

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Wir ermuntern alle Schulstandorte, sich mit dieser Entwicklung zu beschäftigen. Es wird sich im Verlauf der Diskussionen zeigen, ob die einzelnen Standorte das darstellen können oder nicht.

Es wird sicher kleine Schulen geben, die im Rahmen der Diskussion feststellen, dass es unrealistisch ist, sich auf diesen Weg zu begeben. Aber es wäre unfair und entspräche auch nicht der neuen Kultur der Landesregierung, wenn wir von vornherein bestimmten Standorten den Zugang zu dieser Diskussion ganz verweigerten, indem wir sagten: "Ihr seid so klein. Ihr braucht euch damit gar nicht zu beschäftigen."

Unser Ziel, Herr Wacker, ist: Wir wollen erreichen, dass Standorte in Zukunft interessanter werden und dadurch mehr Schülerinnen und Schüler akquiriert werden können, als das gegenwärtig der Fall ist. Damit können wir trotz zurückgehender Schülerzahlen viele Standorte halten, die wir ohne dieses neue Angebot überhaupt nicht halten könnten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich noch eines hinzufügen: Dass es hier im Land Hauptschulstandorte mit 35, 40 oder 50 Schülern gab oder gibt, hat doch etwas damit zu tun, dass Sie die politische Verantwortung nicht rechtzeitig übernommen haben, diese Entwicklung in einer vernünftigen Richtung zu gestalten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aha!)

Vielmehr haben Sie sie ein Stück weit einfach toleriert, weil Sie sich mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zum Teil nicht darüber auseinandersetzen wollten, was das anschließend bedeuten könnte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Genau!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Röhm.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Staatssekretär, ich entnehme verschiedenen Äußerungen eine Gemeinsamkeit: Auch Sie wollen am Hauptschulabschluss festhalten. Könnten Sie dazu Stellung nehmen?

Die zweite Frage in diesem Zusammenhang: Welche Lernzeit gedenken Sie Kindern, die sich schwertun, an dieser Schule einzuräumen?

Dritte und abschließende Frage: Beabsichtigen Sie, auch eine sogenannte Flexklasse, eine flexible Klasse, nach dem Beispiel Schleswig-Holsteins einzuführen? Wir haben sie einmal besucht; ich weiß allerdings nicht, ob Sie dabei waren. Aber Sie kennen den Vorgang.

Staatssekretär Dr. Frank Mentrup: Es ist ganz klar: Wir wollen als Abschlüsse an der Gemeinschaftsschule und damit als Standardabschlüsse im Land den Hauptschulabschluss, den Realschulabschluss und das Abitur anbieten. Ich habe schon gesagt, dass sich da an der Qualität nichts ändern wird. Wir bieten allen, die einen Hauptschulabschluss machen wollen, ein zehntes Schuljahr an. Das wird auch an einer Gemeinschaftsschule so sein. Anders geht es gar nicht.

Nun zur Frage: Wie viele Jahre brauche ich bis zu welchem Abschluss?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich meine die Schüler, die es nach zehn Jahren nicht schaffen!)

Grundlage für dieses Angebot einer zehnten Klasse, Herr Röhm, ist ja nicht, dass wir über Klassen- und Jahrgangszahlen diskutieren wollen. Vielmehr ist die Idee, dass es für viele sinnvoller wäre, den Hauptschulabschluss erst nach der (Staatssekretär Dr. Frank Mentrup)

zehnten Klasse zu machen, anstatt einen sehr schlechten Abschluss nach der neunten Klasse zu machen, ihn gar nicht zu machen oder den Abschluss erst anschließend in den entsprechenden Übergangssystemen mit einem damit verbundenen Schulwechsel zu erwerben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und diejenigen, die es nicht schaffen?)

Wenn jemand am Ende der zehnten Klasse noch nicht in der Lage ist, den Hauptschulabschluss zu erwerben, würde es von derselben Denkweise her Sinn machen, ihm anzubieten, dass er entweder in das Ausbildungssystem geht – sofern er etwas findet; das wird schwierig sein – oder in das berufliche Schulsystem. Aber wenn es Sinn macht, dass er ein weiteres Jahr an dieser Schule verbringt, dann werden wir sicherlich die Letzten sein, die sagen: Da das zehnte Schuljahr abgeschlossen ist, ist auch die Schulzeit abgeschlossen. Es muss dabei aber in der Einzelfallbetrachtung mehr Sinn machen, zu sagen: "Wir probieren es an diesem Standort noch einmal", als zu sagen: "Da gibt es eine andere Möglichkeit." Denn ein Schulwechsel kann manchmal auch sinnvoll sein.

Uns geht es nicht darum, allen Schülern am selben Schulstandort zwangsweise alle Abschlüsse anzubieten. Aber wir wollen versuchen, dass Schüler, die das möchten, an dem Schulstandort, den sie wählen, möglichst weit bis zu dem von ihnen gewünschten Abschluss kommen. Das sind die unterschiedlichen Möglichkeiten, die wir herstellen wollen, die heute oft nicht gegeben sind und die in Zukunft noch weniger gegeben wären, wenn wir es bei reinen Hauptschulen und Werkrealschulen belassen würden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Frage zur Flexklasse noch!)

– Ich habe das Modell in Schleswig-Holstein, ehrlich gesagt, nicht mehr so genau im Kopf.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann reden wir ein anderes Mal darüber!)

Aber ich denke, das ist die flexible Handhabung eines solchen Jahrgangs für Schüler, denen es besonders schwerfällt, mit einem besonderen Unterstützungsangebot. Das ist, denke ich, im Rahmen einer individuellen Förderung sozusagen dauernd systemimmanent. Insofern brauche ich dazu weder eine zusätzliche Flexklasse noch extra definierte Angebote für besonders schwache Schüler. Unsere individuelle Förderung, möglichst an allen Schulen, soll allen Schülern jederzeit die Möglichkeit geben, die zusätzlichen Angebote zur Unterstützung zu bekommen, die sie brauchen, und nicht fixiert auf einen bestimmten Jahrgang und auf eine bestimmte Gruppe.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gut. Herzlichen Dank. – Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Thomas Blenke CDU – Persönlichkeitsschutz im Polizeivollzugsdienst

Bitte, Herr Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Präsidentin, ich frage die Landesregierung:

- a) Ist der Landesregierung bekannt, dass aufgrund der vom Innenminister angekündigten Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte eine hohe Verunsicherung in der Landespolizei hinsichtlich des Schutzes der Privatsphäre der Beamten und ihrer Familien besteht?
- b) Welchen Handlungsbedarf leitet sie für sich aus dieser Verunsicherung ab?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Vielen Dank. – Ich darf für die Landesregierung Herrn Minister Gall ans Rednerpult bitten

Innenminister Reinhold Gall: Werte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich beantworte namens der Landesregierung die Anfrage des Kollegen Blenke wie folgt:

Zu a: Die Landesregierung hält es für übertrieben, von einer "hohen Verunsicherung" in der Landespolizei zu sprechen. Ich will aber sagen: Es ist uns bekannt, dass die Thematik insbesondere von einer gewerkschaftlichen Seite kontrovers diskutiert wird und dass auch Kolleginnen und Kollegen, besonders in den Einsatzeinheiten, Bedenken gegen eine solche Kennzeichnung haben.

Im Übrigen hat der Innenminister eine solche Einführung nicht angekündigt, sondern auf Nachfrage der Presse eine solche Aussage im Koalitionsvertrag bestätigt. Das heißt, wir wollen keinen Schnellschuss machen, sondern die Art der Umsetzung des Vorhabens intensiv prüfen. Es ist also noch keine Festlegung zur Ausgestaltung der anonymisierten Kennzeichnung erfolgt.

Darüber hinaus strebe ich eine bundeseinheitliche Lösung an. Wir wollen die Thematik deshalb in den entsprechenden Gremien auf Bundesebene einbringen, weil wir in der Tat – Stand heute – unterschiedlichste Regelungen zur Verpflichtung zum Tragen von Namensschildern oder individuellen Kennzeichnungen in den Bundesländern haben.

Dabei werden wir größten Wert darauf legen, dass die Anonymität der einzelnen Einsatzkräfte und damit auch die Persönlichkeitsrechte sowie der Schutz der Polizeibeamtinnen und -beamten sowie auch deren Familienangehörigen gewahrt bleibt, was bei der gegenwärtigen Regelung nur bedingt der Fall ist.

Außerdem gehe ich von einer mitbestimmungspflichtigen Maßnahme aus, sodass gewährleistet ist, dass die Beschäftigtenvertreter eng in einen solchen Prozess eingebunden sind – worauf wir aber unabhängig von einer Mitbestimmungspflicht im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit sowieso achten würden.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Minister, das beruhigt mich jetzt schon ein wenig, auch Ihre Ankündigung, die Sorgen der Beschäftigten und ihrer Vertreter mit einzubeziehen.

(Heiterkeit des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

(Thomas Blenke)

Ich habe eine Sorge, die von vielen Betroffenen geteilt wird, und mich würde einfach interessieren, ob auch Sie diese Sorge teilen: Es besteht zumindest theoretisch – wahrscheinlich auch praktisch – die Gefahr, dass bei Großeinsätzen – vielleicht sogar massenhaft – in missbräuchlicher Absicht Anzeige gegen Polizeibeamte erstattet wird. Dabei sehe ich folgendes Problem: Wenn Anzeige erstattet wird, muss ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden, dann muss ermittelt werden. Während eines solchen Ermittlungsverfahrens darf beispielsweise keine Beförderung stattfinden. Es müsste also Sorge getragen werden, dass nicht durch solche vorsätzlichen missbräuchlichen Anzeigen in größerem Umfang, im Massenumfang, Beamte, die im Einsatz sind, in ihrer beruflichen Entwicklung beispielsweise dadurch behindert werden, dass sie nicht befördert werden können.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Man kann alles konstruieren!)

Ich hoffe, Sie haben diese Fragestellung ebenfalls im Hinterkopf.

Danke schön.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Kollege Blenke, ich habe gesagt, dass wir keinen Schnellschuss machen, gerade weil in diesem Zusammenhang, denke ich, umfangreiche Problematiken zu klären sind. Es besteht jedoch auch bislang schon die Möglichkeit, das Einsatzgeschehen und die Einsatzhandlungen Einzelner oder der Polizei im Gesamten zu hinterfragen, zu kritisieren und auch zur Anzeige zu bringen. Davon wird auch gegenwärtig schon Gebrauch gemacht, allerdings nicht massenhaft; das will ich auch deutlich sagen.

Ich habe grundsätzlich nicht die Befürchtung, dass dies zukünftig massenhaft missbräuchlich geschieht; zumindest die Hoffnung sei mir da jetzt einmal gelassen. Aber wir werden diesen Themenbereich im Zusammenhang mit der Einführung einer Kennzeichnungspflicht natürlich auch ausführlich erörtern und entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, damit ein solcher Missbrauch nicht zu Folgewirkungen wie einem Beförderungsstopp und Ähnlichem führen kann, wie Sie es befürchten.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Mir liegt eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Röhm vor.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Innenminister, welche Schutzmaßnahmen sind angedacht, um unsere Polizeibeamten bereits im Vorfeld vor bundesweit bekannten Gewalttätern zu schützen?

Innenminister Reinhold Gall: Frau Präsidentin, ich gehe einmal davon aus, dass diese Frage nicht in einem Zusammenhang mit der Mündlichen Anfrage des Kollegen Blenke steht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlig neue Frage!)

Wir sprechen jetzt über die Kennzeichnungspflicht, und das hat mit den Auswirkungen von Gewalt gegen Polizei, glaube ich, relativ wenig zu tun. Gehen Sie davon aus, dass die Schutzmaßnahmen, die im Zusammenhang mit Gewalt gegen Polizeibeamte getroffen werden – sowohl von Menschen innerhalb unseres Bundeslands als auch von Menschen außerhalb unseres Bundeslands –, fortgeführt werden wie bislang auch. Das heißt, wir werden alles tun, um Gewalt gegen Polizeibeamte einzudämmen und – das hatten wir in der jüngsten Vergangenheit, in der letzten oder vorletzten Woche, schon einmal diskutiert – zu ächten. Deshalb spreche ich in der Öffentlichkeit auch immer wieder an, dass unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mehr Respekt bei ihrem Tun und Handeln verdient haben.

Wir werden uns natürlich in den Diskussionsprozess darüber, wie wir dem Phänomen der Gewalt gegen Polizei entgegenwirken können, der in der Tat auch bundesweit stattfindet, intensivst einbringen. Da sind wir auch im Gespräch mit unseren Polizeibeamtinnen und -beamten. Deshalb sprechen wir im Zusammenhang mit einer Kennzeichnungspflicht auch von einer anonymisierten Kennzeichnung. Nach der gegenwärtigen Rechtslage müssen Polizeibeamtinnen und -beamte auch im Einsatzgeschehen auf Verlangen ihren Dienstausweis vorzeigen. Da sehen wir dieses Persönlichkeitsrecht eben nicht mehr in dieser Form gewahrt. Deshalb verspreche ich mir und versprechen wir uns von einer anonymisierten Kennzeichnung, dass es gelingt, Polizeibeamte und auch deren Familienangehörige mehr in Schutz zu nehmen, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Ich darf darauf hinweisen, dass die 30 Minuten für die Fragestunde vorbei sind und dass die restlichen Mündlichen Anfragen aus Zeitgründen jetzt nicht mehr von der Regierung beantwortet werden können. Wenn die Fragestellerinnen und Fragesteller damit einverstanden sind, werden die Mündlichen Anfragen schriftlich beantwortet und diese Anfragen mit den Antworten auch in das Sitzungsprotokoll aufgenommen.

Darüber hinaus darf ich Ihnen mitteilen, dass die unter Ziffer 10 aufgeführte Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Einstellung von Personal im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur mit der Qualifikation "Parkschützer" – zwischenzeitlich zurückgezogen wurde.

*

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU – Fuhrpark-management der Ministerialfahrzeuge in Baden-Württemberg

- a) Trifft die Berichterstattung in den Medien zu, dass seit mehreren Wochen das bisherige Dienstfahrzeug des ehemaligen CDU-Finanzministers verwaist in der Ministeriumstiefgarage an der Willy-Brandt-Straße steht (gegebenenfalls mit Angabe der Grundlage für die Entscheidung zur Nichtnutzung des Fahrzeugs)?
- b) Welche sonstigen bisherigen Dienstfahrzeuge von Regierungsmitgliedern sind derzeit verwaist (mit Angabe der monatlich hierfür anfallenden Kosten)?

Schriftliche Antwort des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Zu a: Die Berichterstattung ist zutreffend. Nach der Zusammenführung von Finanz- und Wirtschaftsministerium wurden zwei Dienstwagen des ehemaligen Finanzministeriums nicht mehr benötigt. Einer der beiden konnte an ein anderes Ressort vermittelt werden, der in der Frage erwähnte Dienstwagen jedoch nicht.

Zu b: Es sind nach unserem Kenntnisstand keine weiteren Dienstfahrzeuge ehemaliger Regierungsmitglieder zurzeit ohne Verwendung.

Mündliche Anfrage der Abg. Tanja Gönner CDU – Veränderter Zuschnitt der Grundbuchämter

- a) Nach welchen sachlichen Kriterien ist die Veränderung der Zuschnitte bei der Erhöhung von bislang vorgesehenen elf um nunmehr zwei zusätzliche Standorte für Grundbuchämter erfolgt?
- b) Ist sich die Landesregierung bewusst, dass die ehemalige Landesregierung die Standortentscheidungen für die zukünftigen Grundbuchämter als Teil eines landesweit ausgewogenen Gebiets- und Standortkonzepts, das im besonderen Maß der Stärkung des ländlichen Raumes dienen sollte, angesehen und in die Standortentscheidungen auch die Standortentscheidungen für 21 staatliche Schulämter und 18 gemeinsame Dienststellen der Landkreise im Bereich der Flurneuordnung einbezogen hat?

Schriftliche Antwort des Justizministeriums

Zu a: Der Koalitionsvertrag sieht vor, die Festlegung auf die elf Grundbuchstandorte noch einmal auf den Prüfstand zu stellen und Fehlentwicklungen zu korrigieren. Dabei sollte insbesondere darauf geachtet werden, dass die sozialen Belange der von der Reform Betroffenen angemessen berücksichtigt werden.

Die Fehlentwicklungen lagen – wenn man die Interessen der Beschäftigten in den Blick genommen hat – offen auf der Hand.

Im badischen Rechtsgebiet bestehen derzeit elf staatliche Grundbuchämter, deren Personal nach Möglichkeit an den neuen Standorten eingesetzt werden soll. Drei dieser Ämter befinden sich in Mannheim, Heidelberg und Weinheim. Dass sich deren Beschäftigte nicht für einen Wechsel nach Tauberbischofsheim begeistern konnten, verwunderte nicht. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln dauert beispielsweise die Fahrt von Mannheim nach Tauberbischofsheim mit zweimaligem Umsteigen mindestens zweieinhalb Stunden. Mit dem Pkw benötigt man für die 150 km einfache Fahrtstrecke noch immer mindestens eineinhalb Stunden. Ein tägliches Pendeln ist damit schlicht nicht möglich.

Versetzungen gegen den Willen der Betroffenen wären unseres Erachtens sozial nicht vertretbar. Eine Beschäftigung bei anderen Justizbehörden in der Rhein-Neckar-Region wäre – auch unter Berücksichtigung der üblichen Fluktuation – nur in wenigen Einzelfällen in Betracht gekommen. In Nordbaden führt der Wegfall der staatlichen Grundbuchämter in Mannheim, Heidelberg und Weinheim deshalb zu einem per-

sonalwirtschaftlich kaum zu bewältigenden Personalüberhang. Umgekehrt gestaltet sich der Personalaufbau beim neu einzurichtenden Standort in Tauberbischofsheim äußerst schwierig.

Wenn man weiter bedenkt, dass das staatliche Grundbuchamt Mannheim in einem landeseigenen Gebäude untergebracht ist, welches auch in Zukunft weiter genutzt werden kann, während in Tauberbischofsheim ein Erweiterungsbau für etwa 2,3 Millionen € erforderlich würde, entspricht es einem Akt der Vernunft, einen weiteren Standort in Mannheim einzurichten. Dies steht im Übrigen in völligem Einklang mit den Forderungen der Justizpraxis.

Die Landesregierung hat sich bewusst dafür entschieden, daneben aber auch den Standort Tauberbischofsheim beizubehalten. Dabei wurde – insoweit wird die Beantwortung der zweiten Frage vorweggenommen – selbstverständlich auch berücksichtigt, dass die Festlegung der früheren Regierung auf elf Standorte Teil eines landesweiten Gebiets- und Standortkonzepts war, das der Stärkung des ländlichen Raumes dienen sollte und auch Standortentscheidungen für 21 staatliche Schulämter und 18 gemeinsame Dienststellen der Landkreise im Bereich der Flurneuordnung umfasste.

Im württembergischen Rechtsgebiet hat die Landesregierung ebenfalls eine dringende Forderung der Justizpraxis aufgegriffen und sich für die Einrichtung eines weiteren Standorts in Ravensburg ausgesprochen. Hierfür sprechen ebenfalls personalwirtschaftliche Gründe, da der südwürttembergische Raum zu wenig alternative Beschäftigungsmöglichkeiten bietet

Die Einrichtung des neuen Standorts in Ravensburg wird durch eine Änderung der Zuständigkeitsbereiche der Standorte Sigmaringen und Böblingen flankiert. Nach bisheriger Konzeption wäre das Amtsgericht Sigmaringen für die Landgerichtsbezirke Tübingen, Hechingen und Rottweil und damit flächenmäßig für einen sehr weit ausgedehnten Bereich zuständig, der nordwestlich mit Bad Herrenalb bis auf 30 km an Karlsruhe heranreicht. Indem der Landgerichtsbezirk Tübingen dem Standort Böblingen zugeschlagen wird, wird der Zuständigkeitsbereich von Sigmaringen im Interesse der Bürgernähe und Servicefreundlichkeit angepasst, was auch die Personalgewinnung für diesen Standort erleichtert. Gleichzeitig wurde aber auch hier – ganz im Sinne der Stärkung des ländlichen Raums – der Standort Sigmaringen beibehalten.

Insgesamt hat die Landesregierung bei ihrer maßvollen Korrektur des Standortkonzepts selbstverständlich auch berücksichtigt, dass der Gesamtzeitplan der Reform nicht gefährdet wird. Auch wurde im Interesse der Wirtschaftlichkeit auf bereits unter der früheren Landesregierung getätigte Investitionen, insbesondere in Gebäude, Rücksicht genommen

Zu b: Ja. Die von der Landesregierung vorgenommene maßvolle Korrektur des Standortkonzepts, welche zur Einrichtung
zweier zusätzlicher Standorte in Mannheim und Ravensburg
führt, stellt das landesweite Gebiets- und Standortkonzept
nicht infrage. Die Landesregierung hat sich bewusst dafür entschieden, auch an den in ländlichen Regionen gelegenen
Standorten, insbesondere Tauberbischofsheim und Sigmaringen, festzuhalten. Im Interesse der sozialen Belange der Beschäftigten war hier jedoch eine gewisse "Abfederung" geboten, die auch in der Praxis durchweg gutgeheißen wird.

Mündliche Anfrage des Abg. Jürgen Filius GRÜNE – Einsatz der elektronischen Fußfessel in Baden-Württemberg

Beabsichtigt die Landesregierung den Einsatz elektronischer Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) in anderen Fällen als vom Bundesgesetzgeber in § 68 b StGB vorgesehen?

Schriftliche Antwort des Justizministeriums

Die Landesregierung schafft aktuell die technischen und organisatorischen Voraussetzungen dafür, dass die vom Bundesgesetzgeber in § 68 b des Strafgesetzbuchs neu eingeführte elektronische Überwachung des Aufenthaltsorts von rückfallgefährdeten Straftätern im Rahmen der Führungsaufsicht von den Gerichten im Land angewandt werden kann. Dazu ist eine Kooperation mit Hessen vorgesehen, an der sich alle Bundesländer beteiligen werden. Das Land muss zunächst einen Staatsvertrag und eine Verwaltungsvereinbarung abschließen. Wir haben den Landtag soeben hierüber unterrichtet.

Es ist nicht beabsichtigt, die elektronische Aufenthaltsüberwachung auf dieser rechtlichen Grundlage in anderen Fällen als zur Umsetzung von Weisungen im Rahmen der Führungsaufsicht einzusetzen.

Das Justizministerium weist darauf hin, dass das von der Vorgängerregierung initiierte Landesprojekt nach dem Gesetz über elektronische Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe vom 30. Juli 2009, das den Einsatz einer elektronischen Fußfessel zu Vollzugszwecken vorsieht, nicht mit dem angesprochenen Vorhaben im Zusammenhang steht. Hierzu läuft der Pilotversuch seit dem 1. Oktober 2010.

Mündliche Anfrage des Abg. Georg Wacker CDU – Abschaffung der Sonderkindergärten

Kultusministerin Warminski-Leitheußer kündigte im Gespräch mit dem Verband Bildung und Erziehung (VBE) die Abschaffung der Sonderkindergärten an. Welche Unterstützung sollen Kinder mit unterschiedlichen Behinderungen künftig im Kindergarten erhalten?

Schriftliche Antwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Die Frau Ministerin kündigte an, dass es keine Kindergärten mehr geben soll, die ausschließlich von Kindern mit Behinderung besucht werden. Auch an Schulkindergärten soll Inklusion gelebt werden. Unabhängig vom Kindergartentypus haben alle Kinder mit sonderpädagogischem Bedarf den Anspruch auf eine qualifizierte sonderpädagogische Förderung. An die Abschaffung bestimmter Kindergartenstrukturen oder Kindergartenstandorte ist nicht gedacht.

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Unterrichtsausfall durch Babypause junger Pädagogen, insbesondere in naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern

- a) Trifft es zu, dass aufgrund verstärkter Inanspruchnahme der Babypause durch junge P\u00e4dagogen zu bef\u00fcrchten ist, dass im kommenden Schuljahr mit zus\u00e4tzlichem Unterrichtsausfall, insbesondere in naturwissenschaftlichen und mathematischen F\u00e4chern, im Land zu rechnen ist?
- b) Wie haben sich die Unterrichtsausfälle in den letzten drei Jahren in den Landkreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis unter dem oben genannten Aspekt entwickelt, und welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung in diesem Zusammenhang zu ergreifen?

Schriftliche Antwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Zu a: Eine Aussage über möglichen Unterrichtsausfall durch Elternzeit im Schuljahr 2011/2012 ist zum jetzigen Zeitpunkt nur eingeschränkt möglich, da die Antragsfrist für Elternzeit bei sieben Wochen liegt. Alle zum jetzigen Zeitpunkt schon bekannten Fälle werden von der Schulverwaltung bereits bei der Lehrerzuweisung berücksichtigt. Für Elternzeitfälle während des Schuljahrs gelten die unter der Antwort auf Buchstabe b genannten Maßnahmen zur Vermeidung von Unterrichtsausfall.

Zu b: Eine elektronische Auswertung der Elternzeitfälle auf Landkreisebene ist nicht möglich. Eine Stichprobe zu den Fallzahlen für die Gymnasien im Regierungsbezirk Stuttgart hat ergeben, dass im Kalenderjahr 2011 sieben zweimonatige Elternzeiten angetreten wurden. Bei einem Personalbestand von rund 10 000 Lehrkräften an den öffentlichen Gymnasien entspricht dies weniger als einem Promille. Nach Einschätzung des Regierungspräsidiums Stuttgart bleiben die Zahlen auf einem niedrigen Niveau.

Die Vertretung von Unterricht erfolgt grundsätzlich nach einem gestuften Verfahren. Jede Schule versucht zunächst mit eigenen Mitteln – wie z. B. organisatorischen Maßnahmen, Mehrarbeit von Lehrkräften, selbst organisiertem Lernen, Einsatz von Stunden des Ergänzungsbereichs, der zeitlichen Verlegung von Unterricht sowie fachfremdem Unterricht –, den Ausfall aufzufangen.

Zusätzlich steht die fest installierte Lehrerreserve zur Verfügung. Diese soll in den nächsten Jahren stufenweise um bis zu 400 Stellen vergrößert werden.

Wenn diese Maßnahmen ausgeschöpft sind, kann bei den Elternzeitfällen auf die Nebenlehrermittel und die Schöpfmittel (z. B. aus Elternzeitfällen) zurückgegriffen werden, um Vertretungslehrkräfte zu beschäftigen.

Der Abschluss eines befristeten Vertrags erfolgt bei nachgewiesener Notwendigkeit und der Verfügbarkeit geeigneter Bewerber oder Bewerberinnen.

Trotz der dargestellten Möglichkeiten zur Vertretung von Abwesenheiten von Lehrkräften ist es zum aktuellen Zeitpunkt vor allem an den Gymnasien mit dem dort gegebenen breiten Fächerkanon schwierig, für jeden Vertretungsfall eine geeignete Lehrkraft mit den gewünschten Fächerkombinationen zu gewinnen. In den kommenden Jahren werden die Neubewerberzahlen bei allen Schularten jedoch deutlich über dem voraussichtlichen Einstellungsbedarf liegen. Dann wird auch die Rekrutierung von Vertretungslehrkräften wieder leichter fallen.

*

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften – Drucksache 15/197

Das Wort zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Frau Ministerin Krebs.

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zuallererst darf ich sagen, dass ich mich freue, zu Ihnen zu einem – zumindest nach derzeitigem Stand – nicht kontroversen Thema reden zu können. Im Mittelpunkt des Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrags steht die Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Es handelt sich um eine sehr tief greifende Reform von großer Bedeutung für die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Genauso tief greifend ist auch die Ursache für die Reform, nämlich der rasante Wandel in der Mediengesellschaft infolge von Digitalisierung und Konvergenz.

Die Rundfunkgebühr unterscheidet bisher zwischen einzelnen Empfangsgeräten. Sie verharrt damit in einer analogen Welt, in der sich die Nutzung von Hörfunk und Fernsehen anhand des Geräts deutlich unterscheiden ließ. Das ist Vergangenheit, wie wir alle wissen. Heute sind die Geräte mobil und multifunktional. Sie können mit Ihrem Handy fernsehen und mit Ihrem PC Radio hören. Gleichzeitig lässt sich kaum noch feststellen, wer welches Gerät zu welchem Zweck bereithält. Wie soll man das dann auch noch kontrollieren?

Der hohe Kontrollbedarf hat die Akzeptanz des Finanzierungssystems des öffentlich-rechtlichen Rundfunks schon bisher sinken lassen. Die Gebühreneinnahmen sind auch aus diesem Grund rückläufig, sodass uns mit dem alten Modell in absehbarer Zeit eine deutliche Gebührenerhöhung oder eine deutliche Unterfinanzierung des Rundfunks gedroht hätte.

Vor diesem Hintergrund haben die Länder über mehrere Jahre hinweg an dieser Neuordnung gefeilt, die schließlich im Dezember 2010 staatsvertraglich vereinbart werden konnte. Sie haben sich als zentrale Ziele dieses Reformvorhabens vorgenommen, zum einen die Rundfunkfinanzierung auf eine langfristig tragfähige Grundlage zu stellen, das Gebührensystem verständlicher zu gestalten und vor allem auch die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger stärker vor den Nachforschungen durch die GEZ zu schützen.

Im Laufe der Verhandlungen hat sich gezeigt, dass diese Ziele am besten zu erreichen sind, wenn man einen Rundfunkbeitrag hat, der nicht mehr von einzelnen Geräten abhängig ist, sondern stattdessen im Kern an die Wohnung oder an die Betriebsstätte geknüpft ist. Für den größten Teil der Privathaushalte wird sich mit dem neuen Modell finanziell nichts ändern. Heute verfügt fast jeder Haushalt über Geräte, mit denen Radio- oder Fernsehprogramme empfangen werden können. Die Rundfunkgebühr eines Haushalts beträgt demnach regelmäßig monatlich 17,98 €. Aller Voraussicht nach wird dies auch nach Inkrafttreten der Reform im Jahr 2013 so sein.

Der größte Vorteil des neuen Modells ist aber, dass es dann völlig unerheblich ist, wie viele Geräte in einem Haushalt vorhanden sind und was sie können. Ob Radio, Fernseher, Computer, Smartphone, I-Pad oder Handy mit UKW-Empfang: Es gilt der Grundsatz "Eine Wohnung, ein Betrag". Dieser Grundsatz ist nicht nur transparent, er ist auch einleuchtend. Er bedeutet, dass die GEZ nicht mehr in die Wohnungen hineinmuss. Die Kontrolle durch die GEZ endet künftig vor der Wohnungstür.

Der Bestand und die Funktionsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Deshalb ist es nur konsequent, dass der Rundfunkbeitrag auch zur Steigerung der Beitragsgerechtigkeit führen muss. Denn mit der Einführung der Wohnungsabgabe werden die Umgehungsmöglichkeiten für Schwarzhörer und -seher stark reduziert. Das kommt nicht nur dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern auch allen Gebührenzahlerinnen und -zahlern zugute. Menschen mit geringem Einkommen werden hingegen auch nach der Reform die gleichen Möglichkeiten haben wie heute, sich von der Rundfunkbeitragspflicht befreien zu lassen. Zum Teil werden diese Möglichkeiten sogar ausgeweitet.

Nach den uns vorliegenden Prognosen werden die Anteile, mit denen der private und der nicht private Bereich, also Wirtschaft und öffentliche Hand, im neuen Modell zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beitragen, in etwa unverändert bleiben.

Natürlich lässt sich bei einer so grundlegenden Reform nicht auf den Cent genau vorherberechnen, wie viel jeder Einzelne hinterher zahlen wird und ob dies etwas mehr oder etwas weniger sein wird als zuvor. Das hängt schließlich auch davon ab, wie viele Geräte derzeit von dem jeweiligen Gebührenzahler angemeldet sind.

Gerade den Aspekt der Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Lastenverteilung hat der Landtag im Vorunterrichtungsverfahren intensiv erörtert. Er hatte deshalb neben der Zustimmung zu dem neuen Modell letztlich einhellig beschlossen, dass die Ausgewogenheit der Beitragslasten zeitnah überprüft werden soll. Falls es nun durch die Reform wider Erwarten zu deutlichen Verschiebungen der Beitragslast zwischen einzelnen Bereichen kommen sollte, kann zeitnah nachgesteuert werden.

Die Länder haben hierfür Vorsorge getroffen. Sobald uns 2014, ein Jahr nach Inkrafttreten der Reform, die ersten echten Zahlen zu dem neuen Modell vorliegen, werden wir die einzelnen Beitragspflichten im Rahmen einer Evaluierung genau überprüfen.

Nicht zuletzt auf die Initiative dieses Hauses ist es auch zurückzuführen, dass dem Datenschutz im neuen Staatsvertrag ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Dem vorherigen Landtag war von den Ergebnissen dieser Initiative bereits berichtet worden. Klar ist natürlich: Wer Beiträge von Millionen Beitragspflichtigen einziehen muss, braucht dafür einen gewissen Bestand an Daten. Wir werden aber sorgfältig darüber wachen, dass die Grundsätze des Datenschutzes bei der Umstellung des Modells im Sinne eines verbraucherfreundlichen Datenschutzes eingehalten werden.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

(Ministerin Silke Krebs)

In Zukunft wird die GEZ auch nur noch die Daten eines Beitragszahlers bzw. einer Beitragszahlerin pro Wohnung speichern müssen. Alle anderen Bürgerinnen und Bürger tauchen in den Datenbanken der GEZ gar nicht mehr auf.

Im Ergebnis glauben wir, dass der Staatsvertrag eine ausgewogene Lösung darstellt, die den hochgesteckten Zielen der Neuordnung gerecht wird. Der neue Rundfunkbeitrag wird die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stabilisieren. Zugleich verspricht das Modell weniger Bürokratie, und die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger wird geschützt. Dies lässt darauf hoffen, dass auch die Akzeptanz des Rundfunkbeitrags wieder steigt. Dadurch stärken wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk insgesamt, von dessen Leistungen die gesamte Gesellschaft profitiert.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich erteile Herrn Abg. Pauli für die Fraktion der CDU das Wort.

Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Staatsministerin Krebs hat bereits die Eckpunkte dieses Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrags dargelegt. Es ist in der Tat ein gravierender Systemwechsel, der sich nun in der Finanzierung unseres öffentlich-rechtlichen Rundfunks darstellt.

Die Diskussion in den letzten Monaten und Jahren darüber, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk zukunftsorientiert als Qualitätsrundfunk stabilisiert und zukunftsfähig gestaltet werden kann, war nicht immer einfach. Die Akzeptanz – Frau Staatsministerin, Sie haben es deutlich gemacht – ist hierbei enorm wichtig, um in einer Mediengesellschaft rechtfertigen zu können, dass die breite Bevölkerung zur Mitfinanzierung herangezogen wird, unabhängig davon, ob der öffentlichrechtliche Rundfunk nun im Einzelfall genutzt werden soll oder nicht.

Ich möchte der neuen, grün-roten Landesregierung zunächst einmal dazu gratulieren, dass sie die bisherigen Arbeiten, die Vorarbeiten der Vorgängerregierung, 1:1 übernommen hat. Dies hat dazu geführt, dass das Thema, das wir nun heute in diesem Haus zur Sprache bringen – Sie haben es erwähnt –, tatsächlich nicht kontrovers ist. Ich empfehle Ihnen, auf anderen Feldern der Landespolitik ebenso vorzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/ DVP – Vereinzelt Heiterkeit)

Dann braucht uns um die Zukunft dieses Landes nicht bange zu sein.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen der CDU und der FDP/DVP haben bereits im vergangenen Herbst in einem Entschließungsantrag deutlich gemacht, dass wir die zahlreichen Anregungen und Kritikpunkte, die bezüglich der Erstentwürfe vorlagen, ernst nehmen müssen und diese auch aufgreifen

wollen. Wir sind dankbar, dass die frühere Landesregierung mit Ministerpräsident Stefan Mappus, mit Minister Rau, aber auch mit Staatssekretär Wicker unsere damaligen Anregungen ernst genommen hat und dass diese Anregungen in die Verhandlungen mit anderen Bundesländern eingeflossen sind.

Es ist uns gelungen, in der Protokollerklärung aller Länder deutlich zu machen, dass es notwendig sein wird, auch angesichts der Befürchtungen und der unterschiedlichen Zahlen, die im Raum stehen – dies wird auch mit Veränderungen bei den Erträgen einhergehen –, diese Ergebnisse rechtzeitig und zeitnah zu evaluieren. Wir müssen überprüfen, ob wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Wir müssen dafür sorgen, dass nicht ungebührliche Belastungen auf die Bürger zukommen, sondern dass eine gerechte Verteilung zwischen den Privathaushalten und der Privatwirtschaft, den Firmen, insbesondere den kleinen Handwerksbetrieben und mittelständischen Unternehmen, sowie der öffentlichen Hand so, wie das bislang auch der Fall war, bestehen bleibt.

Diese Evaluierung ist, wie gesagt, jetzt auch in der Protokollerklärung aller Länder aufgeführt. Lassen Sie mich deswegen zum Schluss nur noch eine Anregung und Bitte an Sie herantragen. Frau Staatsministerin, wichtig ist es – Sie haben es angesprochen –, dass mit der Akzeptanz dieser künftigen Gebühren auch die Entbürokratisierung und die Entlastung der GEZ einhergehen. Umso fragwürdiger ist es, dass bei der GEZ, die derzeit 1 150 Beschäftigte hat, schon jetzt die Rede davon ist, dass für diese Umstellung 400 zusätzliche Stellen notwendig sind. Das möchte ich stark anzweifeln. Daher ist unser Auftrag an Sie, diesen Punkt scharf im Auge zu behalten und es gar nicht erst so weit kommen zu lassen, sondern schon rechtzeitig dafür zu sorgen, dass bei einem unbürokratischen Verfahren nicht mehr Bürokratie entsteht.

In diesem Sinn herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Salomon für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ob auf der Straße, am Stammtisch oder in studentischen WGs: Wenn die Sprache auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt, werden Sie kaum jemanden finden, der sich über die Rundfunkgebühren begeistert zeigt. Die GEZ ist in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit vielmehr das Musterbeispiel für eine allseits unbeliebte Bürokratie. Auch die Imagekampagnen der letzten Jahre haben daran leider nichts geändert.

Wenn die Sprache auf die Rundfunkgebühren kommt, wird immer wieder Unverständnis über die Arbeit des Gebühreneinzugsapparats geäußert. Muss der "Mann von der GEZ" in die Wohnung gelassen werden?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Oder die Frau!)

 Die Frau natürlich auch. Das ist völlig klar. Danke für den Hinweis.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Das soll ja künftig wegfallen!)

(Alexander Salomon)

Warum wird bei einem Haushalt regelmäßig nachgefragt, ob er inzwischen vielleicht doch ein Fernsehgerät angeschafft hat? Sollen jetzt tatsächlich auch für Mobiltelefone Extragebühren gezahlt werden? Fragen wie diese tragen leider zum bestehenden Image des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland bei.

Sehr geehrte Damen und Herren, hier können wir etwas tun. Das Kernstück des Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrags wurde von Frau Ministerin Krebs treffend mit dem anschaulichen und klaren Bild "Eine Wohnung, ein Betrag" verdeutlicht. Für meine Fraktion kann ich schon jetzt sagen: Wir begrüßen den Schritt hin zu einem einfachen und zukunftsfähigen Gebührenmodell.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mit dem Gesetz wird ein längst überfälliger Systemwechsel im Rundfunkwesen vollzogen. Die Idee einer Gebühr pro Empfangsgerät stammt aus einer Zeit, in der das Radio, später das Fernsehgerät der Mittelpunkt des Haushalts war. Diese Zeiten sind vorbei. Zwei Drittel aller Haushalte haben Internetzugang, in jedem dritten Haushalt ist ein Notebook zu finden, Smartphones und Tablet-PCs, die einen einfachen, mobilen Internetzugang ermöglichen, werden immer beliebter. Das sieht man auch hier im Haus. Fast jeder von uns hat ein solches Gerät.

Kurzum: Die digitale Revolution hat zugeschlagen. Die klaren Grenzziehungen zwischen verschiedenen Gerätetypen gelten längst nicht mehr. Digitale Konvergenz war lange eine technische Utopie. Heute ist die Verschmelzung verschiedener Medien längst Lebensrealität. Der Rundfunkempfang auf dem Mobiltelefon gehört ebenso dazu wie das Fernsehgerät, das Zugriff auf das Internet bietet.

Bereits vor fünf Jahren hat die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen angesichts dieser Entwicklung eine zeitgemäße Finanzierung vorgeschlagen. Diese grüne Idee, den pauschalen Rundfunkbeitrag pro Haushalt, finden Sie hier und heute wieder.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Beitrag pro Haushalt hat weitere Vorteile. So ist die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weiterhin gegeben. Das wäre bei einer Steuerfinanzierung so nicht der Fall. Zudem ist es weiterhin möglich, Menschen mit geringem Einkommen von der Beitragspflicht zu befreien. Ein Beispiel dafür sind BAföG-Empfänger, ein anderes sind Bezieher der Grundrente im Alter. Diese soziale Ausgestaltung erscheint uns Grünen wichtig und richtig.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Das ist nett!)

Mit diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag sind wir also auf dem richtigen Weg. Bei zwei Punkten sehe ich allerdings in Zukunft noch weiteren Handlungsbedarf:

Erstens wäre es möglich gewesen, einen gewissen Anteil des Beitragsaufkommens direkt für Bürgermedien und freie Radios zu reservieren. Dieser Schritt ist nicht gemacht worden. Die Frage der Finanzierung freier Radios bleibt aber auf unserer Agenda.

Zweitens muss ich das Thema Datenschutz ansprechen. Hier wurde auf Druck der Grünen deutlich nachgebessert. So ist der Ankauf von Adressdaten durch die GEZ richtigerweise untersagt. Die Löschung nicht mehr benötigter Datensätze wurde aufgenommen. Der vorliegende Staatsvertrag ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Trotzdem muss ich darauf hinweisen, dass es möglich gewesen wäre, die Regelungen zum Rundfunkbeitrag von Anfang an deutlich datensparsamer umzusetzen.

Unter dem Strich gilt jedoch: Mit den Regelungen zum Rundfunkbeitrag kann ein großer Teil der bisherigen GEZ-Bürokratie

(Zuruf)

– da muss man einmal schauen; an diesem Paket werden wir auch in Zukunft weiterarbeiten – und Schnüffelei ad acta gelegt werden. Wir bekommen eine klare, einfache und bürgerfreundliche Gebührenregelung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bekommt eine stabile Finanzierungsgrundlage. Zugleich kann der Rundfunk so seiner gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und dem zukünftigen technischen Fortschritt gut gerüstet gegenübertreten. Daher unterstützen wir dieses Vorhaben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Günther-Martin Pauli CDU und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stoch für die Fraktion der SPD.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In der Tat ist es wohltuend, dass dieses Thema, über das wir uns heute unterhalten, nicht kontrovers ist. Ich darf auch an die Debatten im vergangenen Herbst über genau diesen Rundfunkänderungsstaatsvertrag erinnern.

Es ist in der Tat so, wie Kollege Pauli sagte. Es ist eine bahnbrechende Änderung. In den letzten Jahrzehnten sind wir von einer völlig anderen Realität ausgegangen, auch was die technische Nutzbarkeit von Rundfunkempfangsgeräten angeht. Mit diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag schaffen wir es jetzt, dieses doch etwas trockene Konstrukt an die Realität und die heutige technische Welt anzupassen.

Ich denke, wir sollten bei dieser Umgestaltung immer auch die Interessen bzw. die Perspektive der Empfänger, der Adressaten der Medien, im Auge behalten. Da halte ich es für ganz wichtig, dass wir den Empfängern erklären können, dass diese Umstellung für sie nicht mit Mehrbelastungen einhergeht. Deswegen ist es für mich ein wichtiges Zeichen, auch was die Verfügbarkeit von Informationen, von öffentlichrechtlichem Rundfunk angeht, im Hinblick auf das Volumen der Gebühren, die erhoben werden, nicht über das aktuelle Niveau hinauszugehen und den Einzelnen nicht stärker zu belasten.

Ich halte es für sehr wichtig – das hat auch Kollege Pauli angesprochen –, dass wir nach dem Systemwechsel zeitnah eine Evaluierung durchführen, um zu prüfen, in welchen Berei-

(Andreas Stoch)

chen es Mehrbelastungen gibt, bei denen wir möglicherweise durch gesetzliche Eingriffe Veränderungen herbeiführen müssen. Wir hatten bereits im vergangenen Herbst auf verschiedene Problemfelder hingewiesen. Ich nenne hier zum einen die kleinen und mittleren Unternehmen, die durch diese Umstellung in verschiedenen Bereichen – etwa bei den Filialbetrieben oder bei einem nur geringen Anteil an Vollzeitarbeitskräften – eine zusätzliche Belastung befürchten. Wir müssen einfach nach einer Weile schauen, ob wir an der einen oder anderen Stelle nachjustieren müssen.

Uns, der SPD-Fraktion, ist auch – da verweise ich auf eine Protokollnotiz – die Frage der Rundfunkgebührenpflicht von Menschen mit Behinderungen ganz wichtig. Dies betrifft natürlich nur die Menschen, die leistungsfähig sind. Zu dieser Frage, die wir durchaus sensibel zu behandeln haben, ist in der ersten Protokollnotiz zum Rundfunkänderungsstaatsvertrag eine Regelung enthalten, die unserer Überprüfung bedarf, wenn diese Neuregelung in Kraft gesetzt ist. Denn mit diesem Beitrag, der von Menschen mit Behinderungen zukünftig geleistet wird, soll auch gewährleistet werden, dass die Finanzierung barrierefreier Angebote erleichtert wird.

Das heißt, wir – die Parlamente, die diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag zuzustimmen haben – müssen darauf achten, dass wir hier nicht nur leere Worthülsen produzieren, sondern den Menschen, die davon betroffen sind, auch tatsächlich Hilfe angedeihen lassen. Wir müssen die Rundfunkanstalten daran erinnern, was in den Protokollnotizen steht, und den Menschen mit Behinderungen auch konkrete Angebote machen, was die Barrierefreiheit angeht.

Ich denke, dass diese Umstellung der Gebührensystematik für die nächsten Jahre tragfähig ist. Ich hoffe, dass wir auch zukünftig, wenn es um die Frage der Ausgestaltung unserer Rundfunklandschaft geht, gerade was die Rolle des öffentlichrechtlichen Rundfunks betrifft, ähnlich konstruktiv und gemeinschaftlich argumentieren. Denn ich glaube, eines ist ganz sicher: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist für uns alle in diesem Haus eine anerkannte Institution, um den Nachrichtengehalt in die Bevölkerung zu tragen. Ich finde es wichtig, dass wir starke Signale senden, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk für unser Haus von unverzichtbarer Bedeutung ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort hat nun Herr Abg. Dr. Goll für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei diesem Gesetzentwurf ist es wie bei allen Gesetzentwürfen zu Staatsverträgen: Wir haben nur noch sehr eingeschränkte Möglichkeiten der Beeinflussung. Eigentlich ist es so: Vogel, friss oder stirb! Entweder wir lehnen den Gesetzentwurf ab, oder wir nehmen ihn an.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Wir konnten aber im Vorfeld mitreden!)

Um es vorwegzunehmen: Es ist ein Staatsvertrag, den man annehmen kann. Wir sind uns – das ist in diesem Haus angesprochen worden – bei etlichen Punkten völlig einig. Das ist unstrittig. Wir sind uns über den Grundansatz des neuen Konzepts einig. Wir sind uns einig, dass die Reform aufkommensneutral sein soll. Wir sind uns einig, dass sie mit Blick auf die Belastung des privaten Bereichs, der mittelständischen Unternehmen und des öffentlichen Bereichs neutral sein soll. Dabei hat sich einiges getan.

Uns war es auch ein Anliegen, dass dem Mittelstand durch dieses Beitragssystem keine unzumutbaren Schwierigkeiten bereitet werden. Beim Ausgangskonzept bestand diesbezüglich aber noch eine große Gefahr. Der Entwurf weist gerade in diesem Bereich deutliche Änderungen auf.

Durch die Staffelung bei den Betriebsstätten ist der Entwurf deutlich mittelstandsfreundlicher ausgestaltet worden. Diese Staffelung führt beispielsweise dazu, dass bei 75 % aller Betriebsstätten nur ein Drittel des Beitrags und bei 90 % aller Betriebsstätten höchstens ein Beitrag fällig wird. Das ist ganz in Ordnung.

Außerdem ist nun pro Unternehmen ein Kraftfahrzeug beitragsfrei. Uns wäre es lieber gewesen, wenn man die gewerblich genutzten Fahrzeuge ganz außen vor gelassen hätte. Ein Fortschritt ist aber erkennbar.

Unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Aspekte muss man allerdings etwas Wasser in den Wein gießen. Das ist zu Recht angesprochen worden. Es gibt z. B. noch immer die Möglichkeit, Informationen von nicht öffentlichen Stellen zu erheben. Wir sind der Meinung, das wäre nicht nötig gewesen. Eine Anzeigepflicht und die Möglichkeit, bei öffentlichen Stellen Erkundigungen einzuholen, hätten eigentlich ausgereicht. An dieser Stelle räumt der Vertrag den Anstalten erstaunlich viele Befugnisse ein, um Daten ohne Wissen der Betroffenen erheben zu können. Deshalb darf man meines Erachtens datenschutzrechtliche Bedenken durchaus anbringen. Diese sind aber nicht in einer Intensität vorhanden, dass deswegen der Vertrag infrage zu stellen wäre. Ich möchte aber sagen, dass uns das, was ich unter datenschutzrechtlichen Aspekten angesprochen habe, nicht gefällt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen)

Entscheidend ist, dass wir mit dem Staatsvertrag einen großen, einen wirklich epochalen Schritt zur Sicherung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehen. Wir machen ihn zukunftsfähig. Wir stellen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf eine ganz neue Grundlage für die Zukunft.

Ich darf auf der anderen Seite aber genauso offen eine kleine Warnung vor allzu großen Begehrlichkeiten der Anstalten beim alten wie beim neuen System aussprechen. Man muss eines immer im Blick haben: Seit die erste Rundfunkgebühr beschlossen wurde, haben sich die Verhältnisse im Medienbereich radikal gewandelt.

Nehmen wir beispielsweise den Begriff Grundversorgung. In der Vorzeit war die Grundversorgung eine Alternative zur Nichtversorgung. Heute haben wir eher eine Überversorgung. Viele Inhalte kommen von überall her, und man hat das Problem, sich zu orientieren. So viele Angebote gibt es heute.

Das besondere Profil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bleibt also die eigentliche Begründung für die Gebühr. Herr (Dr. Ulrich Goll)

Stoch hat vorhin zu Recht gesagt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk für uns wichtig ist. Er ist für uns aber als öffentlich-rechtlicher Rundfunk wichtig. Ich registriere mit Bedenken – mir persönlich geht es genauso –, dass es zum Teil schwierig ist, das Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von anderen Angeboten zu unterscheiden. Das gilt nicht nur im Unterhaltungsbereich, sondern teilweise auch im Informationsbereich. Das müssen wir besonders beachten, wenn wir den Leuten in die Tasche greifen.

Wir setzen die Diskussion über das besondere Profil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, das er behalten muss, fort. Wir sollten diese Diskussion wach halten, weil wir eine taugliche Begründung dafür brauchen, den Haushalten Geld abzunehmen. Denn im Zweifel geben nicht alle dieses Geld freiwillig her.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, dass wir den Gesetzentwurf Drucksache 15/197 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/ DVP – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über einen Versorgungsfonds des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 15/206

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Gesetzentwurfs fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die neue Landesregierung, insbesondere der Finanzminister, hat in diesem Haus, aber auch sonst in der Öffentlichkeit wiederholt bemängelt, die vorherige Landesregierung habe für die auf das Land Baden-Württemberg zukommenden Pensionslasten zu wenig vorgesorgt. Diese entstehen durch die außerordentlich hohe Zahl von Landesbeamten – das ist in der Tat richtig –, die in den nächsten Jahren die Altersgrenze zur Pensionierung erreichen. Der Finanzminister hat der vorherigen Landesregierung vorgeworfen, es sei versäumt worden, hinreichende Rücklagen in einem Versorgungsfonds zu bilden. Damit befindet er sich in Übereinstimmung mit dem Rechnungshof des Landes Baden-Württemberg.

In der Tat ist absehbar, dass wir infolge der Einstellungen in den Siebzigerjahren massiv zu leiden haben werden. Damals, zu Zeiten der Alleinregierung der CDU, ist die Entscheidung getroffen worden, in erheblichem Umfang zusätzliche Lehrer und zusätzliche Polizisten einzustellen. Dies war zur damaligen Zeit aufgrund der demografischen Entwicklungen und der notwendigen politischen Prioritäten mit Sicherheit eine richtige Entscheidung. Falsch war, dass man nicht berücksichtigt hat, dass irgendwann die entsprechenden Pensionslasten auf das Land Baden-Württemberg zukommen. Falsch war, dass man keine Vorsorge getroffen hat.

Die Koalition aus CDU und FDP/DVP hat in der zurückliegenden Legislaturperiode einen ersten Schritt in diese Richtung getan und einen Pensionsfonds eingerichtet, in den monatlich 500 € pro neu eingestelltem Beamten eingezahlt werden. Es ist durchaus richtig, so zu verfahren. Denn wir haben die Möglichkeit, diesen Pensionsfonds so auszustatten, dass die Anlagen langfristig oder zumindest längerfristig sind. Insofern ist die Höhe des Zinssatzes dafür in etwa dieselbe wie für Kredite, die wir aufnehmen müssen, um anschließend Geld in diesem Pensionsfonds anzulegen.

Das ist etwas anderes, als wenn wir im aktuellen Haushalt tatsächlich 560 Millionen € mehr Schulden machten, um dieses Geld im Haushalt als Einnahme zu veranschlagen und irgendwann im Laufe dieser Haushaltsperiode auszugeben. Das sind zwei Paar Schuhe. Deshalb macht die neue Landesregierung dies auch nicht. Das wäre ökonomisch unsinnig. Dies haben die Koalitionsfraktionen offensichtlich auch so verstanden.

Beim Pensionsfonds aber ist es sinnvoll, in der beschriebenen Weise zu verfahren. Allerdings – dieses Versäumnis muss man einräumen – hat die vorherige Landesregierung, die wir mitgetragen haben, zu wenig Mittel in diesen Pensionsfonds eingestellt. Die Kritik der neuen Landesregierung ist insofern ein Stück weit berechtigt. Deshalb wollen wir die neue Landesregierung dabei unterstützen, es besser zu machen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist aber schön!)

Wir wollen der neuen Landesregierung helfen, den Pensionsfonds so auszustatten, dass dieser tatsächlich auskömmlich ist. Wir wollen diesen Fonds umbauen und höhere, ausreichende Beträge einstellen. Damit folgen wir den Vorschlägen des Rechnungshofs.

Bisher wurden, wie gesagt, monatlich 500 € pro neuem Beamten in den Pensionsfonds eingestellt. Unser Vorschlag ist, diesen Betrag auf 1 200 € zu erhöhen und außerdem die Beiträge zum Pensionsfonds einer regelmäßigen Dynamisierung im Ausmaß der linearen Erhöhung der Beamtengehälter zu unterwerfen. Auch hier befinden wir uns durchaus im Einklang mit den Betrachtungsweisen des Rechnungshofs.

In der Vergangenheit, zu Oppositionszeiten, haben die Vertreter der heutigen Landesregierung immer gern das zitiert, was der Rechnungshof an Vorschlägen unterbreitet hat. Nun haben Sie erstmals die Gelegenheit, dem Rechnungshof vollumfänglich zu folgen. Der Rechnungshof schlägt nämlich in seiner Denkschrift 2010 vor, jährlich 13 600 € pro neu eingestelltem Beamten in den Pensionsfonds einzuzahlen. Wenn man nun die aktuelle Besoldungserhöhung berücksichtigt, ergibt sich ein Betrag von etwa 14 400 €. Daraus errechnen sich die 1 200 € im Monat, die wir vorschlagen.

Im Übrigen befinden wir uns da durchaus auch im Einklang mit dem von Ihnen verabschiedeten Koalitionsvertrag. Auf (Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Seite 56 des Koalitionsvertrags findet sich nämlich die Formulierung – ich darf zitieren –:

Baden-Württemberg wird dennoch die Pensionen der Beamtinnen und Beamten nachhaltig sichern. Deswegen streben wir eine Anhebung der Pensionsrückstellungen für neu Eingestellte an.

Das ist genau das, was wir vorschlagen.

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, darf ich Sie auch auf Ihr eigenes Wahlprogramm hinweisen. Ich zitiere aus dem Wahlprogramm der SPD Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2011:

Wie in Rheinland-Pfalz soll in Zukunft für jede neu eingestellte Beamtin und jeden neu eingestellten Beamten eine volle Versorgungsrücklage eingestellt werden.

Eine volle Versorgungsrücklage wären 1 200 € im Monat. Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus, insbesondere aus den Regierungsfraktionen, freue ich mich darüber, dass Sie unserem Vorschlag zustimmen. Denn Sie können gar nicht anders.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kößler für die CDU-Fraktion.

Abg. Joachim Kößler CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute mit einem Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion. Ich könnte jetzt sagen: "Wir schließen uns dem vollständig an", aber ich will ein paar andere Gedanken anführen; denn der Rechnungshof hat uns mehrere Punkte ins Stammbuch geschrieben.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nicht zum ersten Mal!)

 Darauf komme ich nachher noch. – Der Rechnungshof schreibt in seiner Denkschrift 2010:

Ohne weitere Eingriffe in die bestehenden Versorgungs-, Beihilfe- und Heilfürsorgeregelungen wird der Anteil der Versorgungsausgaben an den gesamten Personalausgaben weiter drastisch steigen.

Ich füge hinzu: Ohne eine entsprechende Haushaltsvorsorge werden wir die Versorgungslasten im Grunde genommen nicht bewältigen.

Aber bevor ich auf die Vorschläge des Rechnungshofs insgesamt eingehe, will ich nur einmal ein paar Zahlen nennen, die die Dramatik der Entwicklung der Versorgungsausgaben ganz deutlich machen: Von 2009 bis 2020 steigt die Zahl der Versorgungsempfänger um 50 %, und bis 2030 steigt sie um 60 %. Wir haben dann insgesamt 156 000 Versorgungsempfänger. Die haushaltswirksamen Ausgaben, die sich daraus ergeben, betragen für 2020 etwa 6,2 Milliarden €, für 2030 rund 7,7 Milliarden €. Dies ist also in 20 Jahren eine Steigerung um insgesamt 140 %. Herr Rülke hat es bereits gesagt: Das hängt damit zusammen, dass wir in den Siebzigerjahren im Lehrerbereich und bei der Polizei sehr große Personalzuwächse hatten.

Um es zu verdeutlichen: Die sogenannte Versorgungs-Haushalts-Quote, das Verhältnis von Versorgungsausgaben zum gesamten Landeshaushalt, ist gegenüber 1980 um über 50 % gestiegen. Wir hatten 1980 eine Quote von 5,7 % und 2007 eine Quote von 9,4 %. Das heißt, jeder zehnte Euro geht in die Bestreitung der Versorgungsaufwendungen. Dies zeigt, wie dramatisch wir in unserer Finanzpolitik im Grunde eingeschränkt werden.

Ich darf noch eine Zahl hinzufügen. Der Anteil der Versorgungsausgaben an den Personalausgaben stieg von 14,5 % im Jahr 1980 auf 25,7 % im Jahr 2007. Bis 2011 ergibt sich eine weitere Steigerung. Das heißt, die Pensionsausgaben und die Personalausgaben hängen eng zusammen und bilden zwei Seiten der gleichen Medaille.

Der Rechnungshof hat uns aber insgesamt vorgeschlagen, künftig eine Verknüpfung von Personalausgaben und Steuereinnahmen vorzunehmen. Ich denke, diese Überlegung ist richtig. Wir sollten insbesondere im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft über die Einführung einer solchen Regel nachdenken.

Wir befinden uns ja schon in einer regelgebundenen Finanzpolitik. Die Schuldenbremse ist der erste Schritt. Wir werden auf Dauer keine Nullverschuldung im Landeshaushalt erreichen, wenn wir nicht Regeln darunter vereinbaren.

Aus diesem Grund schlage ich vor, dass wir in Überlegungen eintreten, das Wachstum der Steuereinnahmen als Richtschnur für die Personalausgaben heranzuziehen. Dabei geht es nicht um das jährliche Wachstum der Steuereinnahmen, sondern um einen längeren Zyklus. Denn ohne Regeln kann keine gute Finanzpolitik betrieben werden. Das sieht man beim Blick auf die Vergangenheit. Die bestehende Verschuldung geht auf eine fallweise Finanzpolitik, eine sogenannte diskretionäre Finanzpolitik, zurück.

Sie hätten jetzt allerdings die Chance gehabt, eine Nullneuverschuldung herbeizuführen. Das wurde heute schon mehrmals erwähnt. Sie haben diese Chance nicht genutzt.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wir sind dafür, Vorsorge zu treffen, wie es im vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP dargelegt wird. Aber es darf nicht so sein wie in Rheinland-Pfalz, dass wir über zusätzliche Schulden Vorsorge treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diese Taschenspielertricks machen wir nicht mit – von der einen Tasche in die andere Tasche, während die Schulden gleich hoch bleiben bzw. sich durch die Vorsorge erhöhen.

Die CDU-Fraktion ist der Meinung, wir sollten hier eine klare Haltung einnehmen. Wir sind für Vorsorge, aber nur über Steuermehreinnahmen. Wir werden in Zukunft auch sehr darauf dringen, dass Sie dies gemeinsam mit uns einhalten.

Noch einmal mein Vorschlag und mein Fazit: Überlegen Sie, ob wir nicht in eine Diskussion darüber eintreten sollten, die Personalausgaben an die Steuereinnahmen zu binden, und zwar mittelfristig, über mehrere Zyklen hinweg.

(Joachim Kößler)

Ich will Ihnen zum Schluss einen Satz von Manfred Rommel mitgeben. Er hat eine kluge Äußerung gemacht.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Viele kluge Äußerungen! – Zurufe von der CDU: Viele!)

- Viele kluge Äußerungen, ja. - Er hat gesagt:

Für die Politik kommt es darauf an, die Grenzen des Möglichen sichtbar und anschaulich zu machen und nicht mehr der Versuchung zu erliegen, die Grenzen des Möglichen als nicht vorhanden zu bezeichnen.

Dies gilt insbesondere für den Landeshaushalt und auch für die Versorgungsaufwendungen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile Frau Abg. Aras für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP betrifft eine Problemlage, die meine Fraktion – Sie führten es schon aus – bereits seit Jahren thematisiert. Wir haben dazu schon seit der vorletzten Wahlperiode immer wieder Initiativen im Landtag eingebracht, ohne dass Sie, Herr Rülke, bzw. Ihre Fraktion und die CDU uns jemals unterstützt hätten. Das Thema heißt: Wie gehen wir im Rahmen der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik mit den wachsenden Pensionsverpflichtungen um?

Der Rechnungshof hat in seiner Denkschrift 2010 nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Pensionsverpflichtungen einschließlich der Beihilfe von heute 4,1 Milliarden € jährlich bereits im Jahr 2020 auf mehr als 6,2 Milliarden € und auf mehr als 7,7 Milliarden € im Jahr 2030 steigen werden. Das sind immense Steigerungen, die sich aber nicht von heute auf morgen ergeben haben, sondern schon lange absehbar waren.

Die bei betriebswirtschaftlicher Rechnung eigentlich notwendigen Rückstellungen für künftige Pensionen beziffert der Rechnungshof mit 70 Milliarden €. Das ist eine enorme Hypothek für künftige Haushalte.

(Abg. Manfred Groh CDU: Wie bei der Rente!)

Auch der vor einigen Jahren eingeführte Versorgungsfonds des Landes löst das Problem nicht annähernd. Sie haben ja gesagt, dass die Beiträge zu niedrig sind.

Leider ist die Entwicklung nicht gebremst. Allein von 2010 auf 2011 sind die Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger von 578 Millionen € auf 629 Millionen € gestiegen, ein Zuwachs von 8,8 % in einem einzigen Jahr.

(Zuruf von der FDP/DVP: Wo ist Ihr Vorschlag?)

Deshalb müssen wir nach unserer Auffassung zwei Aspekte angehen. Erstens: Wie schaffen wir eine bessere Vorsorge für künftige Pensionsverpflichtungen? Dass die Zuführung zum Pensionsfonds angehoben werden muss, ist keine Frage. Zweitens – das gehört dazu –: Wie sorgen wir hinsichtlich künftiger Pensionsverpflichtungen für eine Entlastung, indem wir eine für die Beamten zumutbare Anpassung an die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung erreichen? Ich nenne nur das Stichwort Beihilfe.

Ich meine, dass man diese beiden Aspekte nicht voneinander trennen kann. In der Regierungskoalition werden wir beide Aspekte im Zusammenhang angehen. Lieber Herr Kollege Rülke, Sie haben Ihre Hilfe zugesagt. Wir werden Sie beim Wort nehmen. Ich bin gespannt, ob Sie noch dazu stehen werden

Wir tun dies jedenfalls zusammen mit den Beschäftigten. Wir werden mit ihnen und ihren Organisationen darüber sprechen, wie ein zumutbarer Beitrag der Pensionäre aussehen kann,

(Oh-Rufe von der CDU)

damit auch die heutigen jungen Kolleginnen und Kollegen später mit einer angemessenen Pension rechnen können.

(Zuruf von der CDU)

Wir tun dies im Zusammenhang mit dem Haushalt.

Herr Rülke, es ist ziemlich einfach, einerseits eine sofortige Nullneuverschuldung zu fordern – wie heute Morgen – und andererseits diesen Gesetzentwurf einzubringen, der bis 2020 schnell einmal 1,5 Milliarden € kostet. Sie machen es sich in der Finanzpolitik schon sehr einfach. Gleichzeitig wollen Sie auch noch die Steuern senken.

Sie machen es sich zu einfach, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, wenn Sie nur ausgeben, aber nichts einnehmen wollen.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kößler?

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Bitte am Schluss.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Okay.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ich sage nochmals: Das Thema Pensionslasten ist wichtig, das Thema ist klar. Aber Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, haben seit Jahren, ja seit Jahrzehnten weggeschaut und die Dinge treiben lassen. Darum haben wir heute ungedeckte Schecks in Höhe von 70 Milliarden €, die Sie ausgestellt haben, ohne für Deckung zu sorgen. Erst jetzt, in der Opposition, werden Sie plötzlich wach. Schön. Besser jetzt als gar nicht.

Meine Damen und Herren, wir werden das Thema voranbringen, aber verantwortlich im Sinne der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik und der künftigen Sicherung angemessener Pensionen für unsere Beamtinnen und Beamten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

So, jetzt.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollege Kößler.

Abg. Joachim Kößler CDU: Es ist richtig: Ich kenne die Aussagen der Grünen, von Herrn Schlachter, aus dem Finanzausschuss. Da war immer die Rede davon: Wir sollen die Pensionen senken, wir sollen die Beihilfe senken.

Wissen Sie eigentlich, dass es verfassungsrechtlich nach dem Alimentationsprinzip gar nicht geht, die Pensionen zu senken? Wir sind schon an einer Grenze der Senkung der Pensionen angelangt.

Zweiter Punkt, was die Beihilfe betrifft: Wenn Sie heute die Beihilfesätze senken, gibt es Schwierigkeiten, sich in der privaten Krankenkasse nachträglich mit einem höheren Anteil zu versichern. Auf die betreffenden einzelnen Beamten kommen dann ungeheure zusätzliche Lasten zu. Wir lehnen solche Maßnahmen ab. Das wird nicht gehen.

Sie können sich überlegen, so etwas vielleicht bei neu eingestellten Beamten zu machen. Da mag es verfassungsrechtlich, beamtenrechtlich und rechtlich insgesamt möglich sein. Aber Sie werden nicht weit damit kommen, jetzt bei Beamten, die schon eingestellt sind, solche Einschnitte vorzunehmen.

Ich weiß, Sie haben im Grunde immer uns beschimpft, ...

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ich habe niemanden beschimpft.

Abg. Joachim Kößler CDU: ... als wir im Finanzausschuss in der Vergangenheit das eine oder andere abgelehnt haben. Ich habe Herrn Schlachter öfter gesagt, dass es so nicht geht. Wie stehen Sie zu dieser Aussage?

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Lieber Kollege, ich bin jetzt neu dabei, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass meine Kollegen oder Kolleginnen die Kollegen anderer Fraktionen beschimpft haben. Das gehört nicht zu unserer Kultur. Das zum einen.

(Lachen bei der CDU – Abg. Edith Sitzmann GRÜ-NE: Sehr gut!)

 Kontrovers diskutieren ist in Ordnung, aber nicht beschimpfen. Das dazu.

(Beifall bei den Grünen)

Zum Zweiten: Gerade weil es so wichtig ist und weil es so komplex ist und weil wir es uns im Gegensatz zu Ihnen nicht so einfach machen, wollen wir diese Thematik vernünftig im Zusammenhang angehen. Dann werden sich diese Fragen stellen. Die werden wir vernünftig bearbeiten. Natürlich werden wir uns im Rahmen der Verfassung bewegen. Das wird sich herausstellen. Es freut mich wirklich, dass die Opposition auf einmal sehr schön dem Rechnungshof folgt. Ich wünschte mir und wünschte diesem Landeshaushalt, Sie hätten dem Rechnungshof früher etwas mehr Gehör verschafft. Dann wären wir heute deutlich besser dran.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollegin Aras, gestatten Sie eine zweite Nachfrage des Kollegen Kößler?

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Bitte.

Abg. Joachim Kößler CDU: Ich habe nur eine Anmerkung. Natürlich hat die bisherige Landesregierung, die alte Regierung, wenn Sie so wollen, alles geprüft, was möglich wäre. Die Entscheidung darüber können Sie dann treffen. Sie können auch noch einmal nachfragen. Herr Rust aus dem Finanzministerium weiß das bestimmt, dass im Finanzministerium alles geprüft wurde, was beihilferechtlich und was im Grunde auch pensionsrechtlich möglich ist. Ich kann sagen: Wer gute Beamte will, der muss sie auch gut bezahlen und versorgen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist ja unstrittig!)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Diesem Satz kann ich in vollem Umfang zustimmen. Da gibt es überhaupt keinen Dissens. Gute Beamte, aber auch gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss man immer auch gut entlohnen, damit sie auch gute Arbeit leisten. Das gehört dazu.

Die andere Frage ist: Sie haben doch vorhin selbst gesagt, dass es bei Neueinstellungen möglich wäre. Deshalb sage ich: Da gibt es keinen Schnellschuss. Wir werden das beraten und eine vernünftige Lösung im Rahmen der Verfassung finden.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Das Wort erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Maier.

Abg. Klaus Maier SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP bringt ein wichtiges Gesetz ein, begehrt eine bedeutende Änderung. Der Versorgungsfonds des Landes Baden-Württemberg war wahrscheinlich schon lange Thema in diesem Haus. Es wurde von der SPD oft aufgegriffen und vertreten. Es freut uns natürlich, dass SPD-Positionen so schnell von der Opposition übernommen werden. Die harten Bänke wirken also schon.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Den Fonds gibt es schon länger!)

– Herr Rülke, das ist richtig. – Im Koalitionsvertrag sind zukunftssichere Beamtenpensionen ein wichtiges Thema. Dort steht auch, dass der Rechnungshof einen hohen Rückstellungsbedarf in Höhe von 70 Milliarden € errechnet hat. Wir sprechen uns dafür aus, darauf zu reagieren, dass die vorhandene Vorsorge nicht annähernd ausreicht. Unsere Regierung will die Pensionen der Beamtinnen und Beamten auf eine sichere Grundlage stellen und für die neu Eingestellten die Ausstattung des Fonds verbessern.

Die Pensionsrückstellungen waren auch ein wichtiger Punkt beim Kassensturz unseres Finanz- und Wirtschaftsministers. Er stellte dort fest, dass die Pensionsverpflichtungen in Baden-Württemberg höher als in anderen Ländern sind. Im Jahr 2030 haben wir z. B. 156 000 Beamte als Versorgungsempfänger; zurzeit haben wir etwa 100 000. Die ganzen Zahlen hat Herr Kößler aufgeführt; dem ist nichts hinzuzufügen.

Um hier gegenzusteuern und den künftigen Generationen keine hohen Belastungen zu hinterlassen, müssen die Rücklagen

(Klaus Maier)

für die Pensionsverpflichtungen gestärkt werden. Insofern ist der Gesetzentwurf der FDP/DVP wünschenswert und in der Sache richtig.

Natürlich wäre es besser gewesen, wenn die früheren Regierungen dieses Problem rechtzeitig aufgegriffen hätten, eigentlich schon mit dieser Welle der Einstellungen in den Siebzigerjahren. Die demografische Entwicklung war hinreichend bekannt, und es war sicherlich auch bekannt, dass diese 500 € pro neu eingestellter Beamtin oder neu eingestelltem Beamten die Verpflichtungen bei Weitem nicht abdecken. Insofern nehme ich auch Ihre Kritik an, Herr Rülke. Das ist richtig gewesen.

Vorbildlich – da sieht man, dass es auch funktionieren kann – verhalten sich in dieser Frage die Städte und Gemeinden. Dort wird seit jeher ein Betrag, und zwar der richtige Betrag, den man braucht, um die Pensionsverpflichtungen abzudecken, in den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg eingezahlt.

(Zuruf von der CDU: Jedes Jahr!)

Damit hat man eine Rückstellung, die die gesamten Verpflichtungen abdeckt.

Ich gebe natürlich zu, dass es auf kommunaler Seite einfacher ist. Dort sind weitaus weniger Beamte beschäftigt als beim Land.

Dieses Thema, mit dem wir uns heute beschäftigen, hat allerdings eine große finanzielle Dimension. Wir sollten uns diese finanzielle Dimension im Lichte der nächsten Haushaltsplanberatungen, im Lichte der Finanzplanung 2013 bis 2015 ansehen – wir wollen die Löcher hier nicht ohne Not vergrößern –, und wir sollten auch die Verfassung – das haben wir gerade gehört – genau daraufhin prüfen, was geht und was nicht geht. Wir sollten auch die Diskussion darüber führen, ob wir das mit Steuermehreinnahmen oder ob wir das über einen Fonds machen wollen, den wir gegenfinanzieren. Da gibt es eine Menge offener Fragen.

(Glocke der Präsidentin)

Diese Fragen sollten wir in aller Ruhe bearbeiten und beantworten

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Maier, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stratthaus?

Abg. Klaus Maier SPD: Ja.

Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch: Bitte schön.

Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Herr Kollege, ist Ihnen eigentlich bekannt, dass auch der Kommunale Versorgungsverband nicht aus Rücklagen und Zinsen finanziert wird, sondern schlicht und einfach im Umlageverfahren?

Abg. Klaus Maier SPD: Ja.

Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Das war der erste Punkt.

Zweitens: Ist Ihnen bekannt, dass es volkswirtschaftlich völlig unmöglich wäre, so viele Rücklagen zu bilden, dass aus den Zinsen die gesamten Beamtenpensionen bezahlt werden könnten? Wir werden auch in Zukunft auf Umlagen, genau wie in der Rentenversicherung, angewiesen sein.

Drittens: Wenn wir diese Millionen Euro für Rücklagen einsetzen wollten und die Staaten keine Schulden mehr machen sollen: Wo wird bei diesen Pensionsfonds dann das Geld angelegt?

Abg. Klaus Maier SPD: Genau.

Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Sie sagen "genau", aber ich frage: Wo?

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Abg. Klaus Maier SPD: Mir ist das bekannt. Mir ist auch das Umlageverfahren bekannt. Sie haben diese Argumentation bereits beim Kassensturz angeführt, und das spricht nun einmal wieder dafür, dass wir die ganze Geschichte sehr genau untersuchen müssen.

Wir können natürlich das Geld nicht einmal zur Kredittilgung ausgeben – das begehrte der Antrag, über den wir heute Morgen gesprochen haben –, einmal in Pensionsrücklagen festlegen, was vielleicht gar nicht funktioniert, und dann kommen in einem Jahr oder in zwei Jahren Anträge von der Opposition, den Sanierungsstau abzubauen. Hier sollten wir schon eine Linie hineinbringen.

Ich möchte hier den CDU-Fraktionsvorsitzenden, Herrn Hauk, zitieren. Herr Hauk sagte in der Diskussion zum Kassensturz zu den Pensionsproblemen:

Dies sollte maßvoll, aber auch unter Beachtung der Konsolidierung des Landeshaushalts geschehen.

So machen wir das auch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort hat nun Herr Staatssekretär Rust.

Staatssekretär Ingo Rust: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum beschäftigen wir uns heute eigentlich mit diesem Thema?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Weil wir einen Gesetzentwurf eingebracht haben! Ganz einfach!)

Formal geantwortet: weil es einen Gesetzentwurf der FDP/DVP gibt. Aber warum liegt dieser Antrag heute vor? Weil 60 Jahre lang zu diesem Thema schlicht nichts gemacht wurde.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist doch lächerlich! Sagen Sie doch einmal, wie hoch der Betrag der Rücklage ist! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Deswegen müssen wir uns heute mit diesem Thema der Erblast im Bereich der Pensionsverpflichtungen beschäftigen. – Lassen Sie mich das noch einmal genau erläutern, Herr Dr. Rülke. Dann werden Sie sehen, dass das, was gemacht wurde, annähernd nichts ist.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ah!)

(Staatssekretär Ingo Rust)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte aus der eben gehaltenen Rede von Herrn Kößler zitieren; die fand ich sehr bemerkenswert, und das ist der Grund, weshalb wir uns heute damit beschäftigen. Er sagte:

Denn ohne Regeln kann keine gute Finanzpolitik betrieben werden. Das sieht man beim Blick auf die Vergangenheit.

Genau so ist es: In der Vergangenheit wurde keine gute Finanzpolitik gemacht, und deswegen müssen wir uns heute mit diesem Thema beschäftigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die FDP/DVP hat uns nun bei diesem Thema jovial angeboten, die helfende Hand zu reichen. "Wir wollen der neuen Landesregierung helfen", haben Sie, Herr Dr. Rülke, gesagt. Eine Hilfe wäre es gewesen, wenn Sie in Ihrem Gesetzentwurf auch geschrieben hätten, wie der Fonds finanziert werden soll. Genau das haben Sie von uns gefordert. Sie haben diesen Vorschlag des Rechnungshofs mit der Begründung abgelehnt: "Wir können es momentan aus Haushaltsmitteln nicht finanzieren." Eine Hilfe wäre es gewesen, wenn Sie uns heute sagen würden: "Liebe Landesregierung, wir zeigen euch auch, wie die von uns geforderte Erhöhung finanziert werden kann." Das wäre eine wirkliche Hilfe gewesen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Der Rechnungshof hat trotzdem recht, und die Zielrichtung Ihres Gesetzentwurfs ist ebenfalls richtig. Wir, die Landesregierung, haben uns aber auf den Weg gemacht, nicht aus Einzelbetrachtungen Schlüsse zu ziehen, sondern eine Gesamtschau über die finanzielle Situation des Landes zu machen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Noch einmal einen Kassensturz!)

– Einen Kassensturz, Herr Dr. Rülke, haben wir schon gemacht. Das hat der Minister dargelegt. Es wäre gut, wenn Sie einmal ein bisschen zuhören und erst dann Ihre Zwischenrufe tätigen würden. Dann wären die Zwischenrufe vielleicht noch besser.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das Wesen des Zwischenrufs ist, dass er dazwischen erfolgt! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Aber das Wesen sollte nicht sein, dass er sinnlos ist!)

– Aber dann sollten die Zwischenrufe auch geistreich sein.

Diese Einzelbetrachtung führt uns aber nicht weiter. Ich bin mir sicher: Würde der Rechnungshof auch eine Gesamtschau machen und nicht nur Einzelbetrachtungen anstellen, würde auch er zu dem Schluss kommen, dass es nicht hilft, an dem einen Ende der zu kurzen Decke zu ziehen, sondern dass man eine Gesamtschau anstellen muss.

Wir haben von Ihnen eben nicht nur die Erblast Pensionsverpflichtungen übernommen. Wir haben einen Sanierungsstau von über 6 Milliarden € bei den 8 000 Landesgebäuden übernommen. Auch das ist eine Verpflichtung, die wir in der Zukunft haben. Wir haben von Ihnen desolate Landesstraßen

übernommen – auch das ist, wenn man es bilanziell betrachtet, eine faktische Verschuldung, die wir haben und die wir ebenfalls in diese Gesamtschau einbeziehen müssen.

Ich habe jetzt nur die ganz großen Brocken herausgegriffen. Wir haben im aktuellen Haushalt Einmaleffekte, die Sie rechtzeitig vor der letzten Landtagswahl dort eingebaut haben und die mit fast 2 Milliarden € zu Buche schlagen. Diese Einmaleffekte werden wir im nächsten Jahr nicht haben. Wir würden sie im Übrigen auch dann noch immer im Haushalt haben, wenn wir bereits in diesem Jahr die Nullneuverschuldung anstreben würden. Diese Einmaleffekte haben Sie deshalb eingebaut, damit der Landeshaushalt im Jahr vor der Wahl möglichst gut aussah.

Aber auch diese Einmaleffekte müssen wir in den nächsten Jahren angehen. Sie zeigen sich in der mittelfristigen Finanzplanung als sogenannte Deckungslücke. Sie haben für das Jahr 2014 in der Rubrik "Neuverschuldung" das schöne Wort Null hineingeschrieben. Aber Sie hatten damals überhaupt keinen Plan, wie man dann die Deckungslücke von 3 Milliarden € ausgleicht.

(Abg. Karl Klein CDU: Doch! Hatten wir!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir, die Landesregierung, haben uns vorgenommen, eine seriöse Gesamtschau zu machen. Wir wollen nicht an Einzelpunkten herumdoktern, sondern eine seriöse Gesamtschau machen und dann einen Finanzplan für 2020 aufstellen, mit dem wir eine realistische Perspektive entwerfen, wie wir den Landeshaushalt sanieren. Es reicht nicht, irgendwo eine Null hineinzuschreiben, damit es schön aussieht, sondern es geht darum, ein realistisches Sanierungskonzept aufzubauen.

Darin ist das Thema Pensionsverpflichtungen ein Baustein. Mit diesem Thema werden wir uns beschäftigen. Vielleicht kommen wir auch zu dem Schluss, den Sie in Ihrem Gesetzentwurf implizieren. Aber wie ich bereits sagte, dürfen wir nicht lediglich an einem Ende der zu kurzen Decke ziehen, sondern wir müssen die anderen Enden mit berücksichtigen. Dazu gehören die Sanierungsstaus bei Landesstraßen und Landesgebäuden, dazu gehören die Lücken im Haushalt, für deren Deckung noch kein Plan existiert. Im Zuge einer solchen Gesamtbetrachtung werden wir dann auch das Thema Pensionsverpflichtungen angehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Staatssekretär, gestatten Sie zwei Nachfragen?

Staatssekretär Ingo Rust: Sehr gern.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Zunächst Herr Abg. Kößler und dann Herr Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Joachim Kößler CDU: Herr Staatsekretär Rust, wenn Sie die von mir vorgeschlagene regelgebundene Finanzpolitik so gut finden, warum haben Sie sie nicht in der Vergangenheit vorgeschlagen?

Meine zweite Frage: Sie haben seinerzeit auch immer wieder Vorschläge gemacht. Wenn man alle Vorschläge im Sinne ei(Joachim Kößler)

ner fallgebundenen Finanzpolitik, die Sie unterbreitet haben, verwirklicht hätte, hätten wir heute noch mehr Schulden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wie lautet die Frage?)

– Das war eine Anmerkung. – Was sagen Sie dazu? Werden Sie in Zukunft den Vorschlag machen, eine regelgebundene Finanzpolitik außerhalb oder unterhalb der Schuldenbremse einzuführen?

Staatssekretär Ingo Rust: Das Zweite war eine Bemerkung, keine Frage. Die kommentiere ich jetzt nicht.

Das Erste war eine Frage. Ich habe gesagt, wir brauchen Regeln. Aber das heißt nicht, dass ich die von Ihnen vorgeschlagene Regel für die richtige halte. Wir brauchen aber – ich glaube, da sind wir uns einig – striktere Regeln für den Umgang mit diesem Thema. Eine Regel, wenn ich es im weitesten Sinn auslege, könnte sein, dass wir einen solchen verbindlichen Orientierungsrahmen bis 2020 festlegen, der dann auch für die Ressorts verbindlich ist, mit dem wir dann ein klares Konzept und eine klare Linie haben, wie wir zu der Nullneuverschuldung im Jahr 2020 kommen. Das könnte eine Regel sein. Darüber, wie diese Regel dann noch weiter differenziert wird, werden wir gemeinsam mit Ihnen und mit dem Landtag zu diskutieren haben.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Staatssekretär, Sie, auch Ihr Minister, auch der Fraktionsvorsitzende Ihrer Partei haben immer auf den Investitionsstau im Bereich des Straßenbaus hingewiesen. Sie haben sogar einen Wettbewerb gemacht: "Wer hat die schlechtesten Landesstraßen?" Ist Ihnen bekannt, dass beispielsweise von 1988 bis 1992 unter Minister Schaufler 669 Millionen € für die Investitionsmittel im Landesstraßenbau bereitgestellt wurden

(Abg. Andreas Stoch SPD: Machen wir jetzt Landesgeschichte?)

und dass mit Eintritt von Herrn Spöri und der SPD in die Große Koalition dieser Betrag um 302 Millionen € gekürzt wurde? Dadurch haben wir noch heute Probleme.

Das Gleiche gilt beim Unterhalt: Hier erfolgte im gleichen Zeitraum eine Reduzierung um rund 370 Millionen € auf rund 300 Millionen €; dies hat die Landesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von mir, Drucksache 14/5059, so bestätigt. Ist Ihnen das bekannt, und glauben Sie, dass solche Vorgänge aus der Zeit, als Sie mitregiert haben, eindeutig auch dazu beitragen, dass der Investitionsstau im Straßenbau so heftig ausfällt, wie Sie es immer behaupten?

Staatssekretär Ingo Rust: Lieber Kollege, da ich Ihre Fachkompetenz sehr schätze, gehe ich davon aus, dass Ihre Aussagen richtig sind, und nachdem Sie diese getätigt haben, sind sie mir jetzt auch bekannt.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Hätten wir allerdings heute diese Beträge, dann hätten wir das Problem nicht gehabt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es wurde danach sofort hochgefahren mit Eintritt der FDP/ DVP im Jahr 1996! Das können Sie nachlesen! Auch Herr Sakellariou kann das nachlesen!)

Vielen herzlichen Dank.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/206 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe die **Punkte 7 bis 24** der Tagesordnung – Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse – en bloc auf:

Punkt 7:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. Februar 2011 – Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2009 bis 2012 – Drucksachen 14/7657, 15/246

Berichterstatter: Abg. Bernd Hitzler

Punkt 8:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Mai 2011, Az.: 2 BvR 633/11 – Verfassungsbeschwerde gegen § 8 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 1, § 15 Abs. 1 Unterbringungsgesetz wegen der Zulässigkeit einer Zwangsmedikation im Maßregelvollzug – Drucksache 15/199

Berichterstatter: Abg. Nikolaos Sakellariou

Punkt 9:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 21. Juni 2011 – Karlsruhe, Verkauf des landeseigenen Erbbaugrundstücks Haid-und-Neu-Straße 7 – Drucksachen 15/149, 15/218

Berichterstatterin: Abg. Beate Böhlen

Punkt 10:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 24. Juni 2011 – Heidelberg, Ausgabe eines Erbbaurechts für eine Teilfläche des landeseigenen Grundstücks Flurstück Nr. 5932, Gemarkung Heidelberg – Drucksachen 15/150, 15/219

Berichterstatterin: Abg. Beate Böhlen

Punkt 11:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 11. November 2010 – Ergebnisbericht 2010 – Drucksachen 14/7150, 15/220

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Punkt 12:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Juni 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 – Beitrag Nr. 6: Das Ökokonto als Lösungsansatz für Umsetzungsdefizite bei Straßenbau und Gewässerentwicklung – Drucksachen 14/2934, 15/221

Berichterstatterin: Abg. Tanja Gönner

Punkt 13:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Juni 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 – Beitrag Nr. 8: Fuhrparkmanagement bei den Regierungspräsidien – Drucksachen 14/6503, 15/222

Berichterstatter: Abg. Manfred Hollenbach

Punkt 14:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Juni 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 21: Neubau für den Höchstleistungsrechner der Universität Stuttgart – Drucksachen 14/6526, 15/223

Berichterstatter: Abg. Karl-Wolfgang Jägel

Punkt 15:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2006 – Beitrag Nr. 24: Haushalts- und Wirtschaftsführung eines in der Krankenversorgung tätigen Unternehmens – Drucksachen 14/6572, 15/224

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

Punkt 16:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Juni 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag

Nr. 4: IuK-Ausfallvorsorge für Großschadensfälle – Drucksachen 14/6671, 15/225

Berichterstatter: Abg. Manfred Hollenbach

Punkt 17:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 16. Juli 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 15: Förderung von Vertragsforschungseinrichtungen – Drucksachen 14/6688, 15/226

Berichterstatterin: Abg. Andrea Lindlohr

Punkt 18:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 31. August 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschriften des Rechnungshofs zu Landeshaushaltsrechnungen von Baden-Württemberg

- a) Denkschrift 2008 für das Haushaltsjahr 2006 Beitrag Nr. 15: Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem
- b) Denkschrift 2007 für das Haushaltsjahr 2005 Beitrag Nr. 22: Förderprogramme im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
- Drucksachen 14/6871, 15/227

Berichterstatter: Abg. Dr. Markus Rösler

Punkt 19:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. Oktober 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 10: Außerunterrichtliche Veranstaltungen der Gymnasien – Drucksachen 14/7057, 15/228

Berichterstatter: Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei

Punkt 20:

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 1. Juli 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlungen des Untersuchungsausschusses "Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten" – Empfehlungen zum Bereich der Polizei: Nachbereitung des Polizeieinsatzes – Drucksachen 15/185, 15/200

Berichterstatter: Abg. Thomas Blenke

(Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch)

Punkt 21:

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. Mai 2011 – Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß § 23 a Abs. 9 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation – Drucksachen 15/10, 15/203

Berichterstatter: Abg. Dr. Ulrich Goll

Punkt 22:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2011 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Zweiten Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten – Drucksachen 15/163, 15/204

Berichterstatter: Abg. Stefan Teufel

Punkt 23:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 12. Juli 2011 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditie-

rungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts – Drucksachen 15/202, 15/243

Berichterstatter: Abg. Ulrich Lusche

Punkt 24:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2011 – Information über die Stresstests für Atomkraftwerke in der Europäischen Union – Drucksachen 15/176, 15/244

Berichterstatter: Abg. Ulrich Lusche

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen diesen Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 25 der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/212, 15/213, 15/214, 15/215

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt sind.

Die nächste Sitzung findet in der nächsten Woche am Mittwoch, 27. Juli, 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen ganz herzlich und schließe die heutige Sitzung.

Schluss: 16:17 Uhr